Bruckenstatiker weisen Kritik zurück

Mittwoch, 23. Mai 1984 - D ✱✱

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 120 - 21.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Golfkrieg: Präsident Reagan hat Saudi-Arabiens Regierung schriftlich gebeten, amerikanischen Kampfflugzeugen Landeerlaubnis auf saudischen Flugplätzen zu geben, wenn der Einsatz von US-Streitkräften zum Schutz der Schiffahrt im Persischen Golf erforderlich werden sollte. (S. 5)

Appell an Japan: Die Außenminister Iraks und Kuwaits haben Japan aufgefordert, seine Ölimporte aus dem gegen Irak Krieg führenden Iran zu drosseln. Nur wenn das Geld knapp werde, lasse sich Teheran zur Beendigung des Krieges bewegen.

Ausgewiesen: Die britische Regierung hat zwei tschechoslowakische Diplomaten wegen Spionage des Landes verwiesen. In Belgien wurden zwei Personen aus der „DDR" von der Spionageabwehr als Agenten entlarvt. Erst am Wochenende waren in Belgien zwei Angestellte der sowjetischen Handelsmission wegen Spionage verhaftet worden. In Moskau wurde ein britischer Diplomat ausgewiesen, offenbar als Reaktion auf die Ausweisung eines Sowjetdiplomaten in London vergangene Woche.

Rumänien nimmt teil: Staatspräsident Ceausescu habe zugesichert, daß sein Land Sportler nach Los Angeles schicken werde, teilt der Organisator der Olympischen Spiele mit. (S. 10)

Streik-Kosten: Nach dem Ende der gegenwärtigen Streiks will der Deutsche Städtetag notfalls gerichtlich klären lassen, wer den Gemeinden die durch Streikfolgen entstehenden Sozialhilfeausgaben ersetzt. (S. 4)

Flucht: Einem 17jährigen Polen ist an der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze die Flucht in die Bundesrepublik gelungen. Ein ihn begleitender Freund wurde von tschechoslowakischen Grenzern festgenommen.

Studium: Nur noch 59,2 Prozent der Schüler, die dieses Jahr die Hochschul- oder Fachhochschulreife erwerben, wollen studieren, ermittelte das Statistische Bundesamt. 1983 waren es 62,5 Prozent, 1982 noch 67,1 Prozent.

Postgebühren: Bis 1985 wird die Bundespost ihre Gebühren nicht erhöhen, teilte Minister Schwarz-Schilling mit.

Vatikan/CSSR: Papst Johannes Paul II. hat eine Einladung des Prager Erzbischofs zu einem Besuch im nächsten Jahr angenommen, verlautete aus westlichen Diplomatenkreisen in Prag.

Heute: Wahl des Bundespräsidenten. – Fortsetzung der Tarifverhandlungen für die Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden. – 4. Konferenz der europäischen Kultusminister in Berlin.

ZITAT DES TAGES



„Wir sind gespannt, welche Kommentare die IG Druck-Zensur über unseren Parteitag zuläßt"

FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer gestern zur Äußerung des Gewerkschaftsvorsitzenden Ferlemann auf dem SPD-Parteitag, er sei nicht traurig, wenn aufgrund des Drucker-Streiks bestimmte Kommentare „erst mit Zeitverzögerung" erschienen

FOTO: FRANK DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Glasfaser: Um das Projekt einer gemeinschaftlichen Produktion von Glasfaserkabeln doch noch verwirklichen zu können, will Siemens stellvertretend für die anderen Kabelhersteller AEG, Philips, Kabelmetal und SEL einen Antrag auf Ministererlaubnis stellen. Die fünf Firmen hatten vom Bundeskartellamt eine Abmahnung erhalten. (S. 11)

Automarkt: In den ersten vier Monaten des Jahres wurden 1,1 Millionen neue Kfz zugelassen – 1,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Arbeitslosigkeit: Die Zahl der Arbeitslosen in den EG-Staaten (ohne Griechenland) sank im April saisonbereinigt um 227 000 auf 12,5 Millionen.

Börse: In der Hoffnung auf ein baldiges Streikende kam es an den Aktienbörsen zu Meinungskäufen, so daß sich bei den meisten Standardwerten Kurssteigerungen ergaben. Der Rentenmarkt war teilweise freundlicher. WELT-Aktienindex 150,9 (150,0). Dollarmittelkurs 2,7445 (2,7656) Mark. Goldpreis pro Feinunze 379,50 (380,75) Dollar.

KULTUR

Sacharow: Während die Welt um den sowjetischen Nobelpreisträger bangt, nahm man bei den Filmfestspielen in Cannes kaum Notiz von Jack Golds Produktion „Sacharow". Das erschütternde Werk über das Schicksal des Regimekritikers wurde nicht ins Programm aufgenommen. Ihm blieb nur ein kleines Kino abseits des Festivals. (S. 21)

Philadelphia Orchestra: Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren ist das amerikanische Elite-Ensemble auf Europa-Tournee. Sie führt die Musiker in 17 Tagen von München nach Wien, London, Berlin (1. Juni) Paris und in sechs italienische Städte. Die Tour de Force wird das Orchester etwa 2,8 Millionen kosten. (S. 21)

SPORT

Tennis: Beim World-Team-Cup in Düsseldorf unterlag Andreas Maurer (Neuss) dem Amerikaner John McEnroe 1:6, 2:6. Die CSSR besiegte Italien; Schweden die Australier.

Fußball: Die Sowjetunion erlitt beim Kongreß des Weltverbandes eine neue Niederlage. Sie mußte ihren Antrag auf Änderung der Olympia-Zulassung für Profi-Spieler zurückziehen. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Erbeben: Heftige Erdstöße haben weite Teile Ostchinas, darunter die Hafenstadt Shanghai, erschüttert. Die Stärke erreichte 6,2 auf der Richterskala.

Absturz: Auf einer Routinemission stürzte gestern südlich von Seoul ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug vom Typ U 2 ab. Vor 24 Jahren hatte ein andere U 2 Schlagzeilen gemacht, als sie aus großer Höhe über der Sowjetunion abgeschossen wurde. (S. 22)

Wetter: Wolkig mit zunehmenden Aufheiterungen, nur vereinzelt Schauer. 15 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagan bekennt sich zu Berlin

US-Präsident: Prüfstein für westliche Willensstärke / Mauer ist ein grausames Symbol der Unterdrückung

PETER GILLIES, Bonn

Die Sicherheitsgarantie der Westalliierten für Berlin ist „dauerhaft und unverbrüchlich", und die amerikanischen Freundschaftsbande mit der Stadt sind „fest und unerschütterlich". Das bekräftigt der Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, in einem Exklusiv-Beitrag für die WELT. Gleichzeitig weist er auf die Chancen hin, die Ost-West-Beziehungen „auf der Basis von Realismus, Stärke und Dialog" zu verbessern. Reagan schlägt vor, den 750. Geburtstag der Stadt als Gelegenheit zu nutzen, „den weiteren Abbau der Barrieren zu feiern, welche diese Stadt teilen".

Das Vier-Mächte-Abkommen von 1971 habe dazu beigetragen, Berlin „ruhiger, stabiler und sicherer zu machen", schreibt Reagan für den Berlin-Report der WELT, der dieser Ausgabe beiliegt. Dieser Vertrag „muß weiterhin strikt eingehalten und voll angewendet werden, in allen Sektoren Groß-Berlins." Trotz der tiefen Unterschiede zwischen Ost und West „läßt sich doch vieles erreichen, was im Interesse der Menschen liegt". Berlin sollte „Ausgangspunkt für die Minderung jener Teilungen sein, die soviel Elend in die Welt gebracht haben". Die Vereinigten Staaten „betrachten es als eine Ehre, eine wichtige Rolle in der Erhaltung der Freiheit Berlins zu haben", meint der US-Präsident. Wie der übrige Westen ziehe auch diese Stadt Nutzen aus der Fähigkeit des westlichen Bündnisses, Kriege zu verhindern. Wie vor 35 Jahren (Luftbrücke) habe es der Westen auch 1983 (Nachrüstungsentscheidung) abgelehnt, sich einem sowjetischen Diktat zu beugen. Infolgedessen sei seine Sicherheit gewachsen. „Die Sowjetunion weiß nun, daß der Westen das Notwendige tun wird, um den Frieden zu bewahren", erklärt Reagan. Berlin stelle „einen Prüfstein für westliche Willensstärke" dar, sei aber auch „zum Beispiel für die erfolgreiche Bewältigung empfindlicher Ost-West-Probleme geworden", erinnert der Präsident.

Ronald Reagan nennt die Mauer, die Berlin teilt, ein grausames Symbol der Unterdrückung. Er erinnert an seinen Berlin-Besuch 1982, als er die Sowjets aufforderte, „sich mit dem Westen in dem Bemühen zusammenzufinden, die Barrieren für die Menschen zu reduzieren, welche Europa teilen". Heute wolle er diese Herausforderung wiederholen.

Bundeskanzler Helmut Kohl sieht Berlin nach Jahrzehnten der Selbstbehauptung „auf dem besten Weg, ein Beispiel zu geben für neue Lebenskraft, für Kreativität und Innovationsbereitschaft, für Tradition und Mut zur Zukunft". Heute rede man in der Stadt weniger von Krisen, vielmehr „weht wieder ein frischer Wind". Er wolle die Probleme nicht verniedlichen, aber es dominiere wieder „der Geist wachsenden Selbstvertrauens und des unternehmerischen Elans", meint der Kanzler im WELT-Report. Mit einer aktiven Industriepolitik sei „der Anfang zur Erneuerung der Wirtschaftsstruktur gemacht".

Richard von Weizsäcker, der sich heute der Wahl zum Bundespräsidenten stellt, bezeichnet Berlin als „Klammer der Deutschen in Ost und West, als Hoffnungsträger für die Menschen in der DDR und Ost-Berlin". Auch bei seinen „künftigen Aufgaben" werde er sich von den Berliner Erfahrungen leiten lassen, versicherte der ehemalige Regierende Bürgermeister. Sein Amtsnachfolger Eberhard Diepgen bekennt sich zu „praktischer Zusammenarbeit zwischen Ost und West" und nimmt die Stadt „in die Pflicht, in der Deutschlandpolitik vorzudenken und anzuregen". Der Status Berlins, das Vier-Mächte-Abkommen, die Bindungen zum Bund und der alliierte Schutz „werden von uns dabei weder als leerer Formelkram noch als politisches Hemmnis betrachtet", schreibt Diepgen.

Der freie Teil Berlins „ist allen Voraussagen zum Trotz nicht in das Gravitationsfeld Moskaus abgedriftet", schreibt Bundestagspräsident Rainer Barzel in der gleichen Ausgabe. Berlin beweise, daß Deutschland lebt. Zwar gebe es noch keinen Friedensvertrag, aber das letzte Wort über Deutschland sei noch nicht gesprochen. „Dies letzte Wort gehört nämlich unserem Volk", erklärt Barzel.

WELT-Report Berlin
Ein 84seitiger Farb-Report skizziert diese Stadt, die wie keine andere Metropole soviel Zuneigung auf sich zieht

DER KOMMENTAR

Früh angekündigt

GÜNTHER BADING

Arbeitskämpfe schaden der betroffenen Industrie und, nach Dauer und Umfang, der gesamten Volkswirtschaft. Dennoch sind Streik und Abwehraussperrung legitim, wenn man sich ihrer als „ultima ratio" nach dem Ausschöpfen aller Verhandlungsmöglichkeiten bedient. Politische Streiks können diesen Anspruch auf Legitimität allerdings nicht erheben. Entsprechend empfindlich, ja empört reagieren denn auch die Gewerkschaften, hält man ihnen politische Absichten im Arbeitskampf vor. Das gilt für den Streik gegen die Informationsfreiheit im Druckgewerbe; das gilt ebenso für den Kampf der Metaller für die 35-Stunden-Woche.

Verbale Attacken der Funktionäre auf die Arbeitgeber sind im Arbeitskampf etwas Normales. Nicht aber, wenn sie in Art einer Zwangsneurose tagtäglich angereichert werden mit Ausfällen gegen die Bundesregierung. Und dennoch sollte dies kein politischer Streik sein? Da widerlegen sich die Führungsfunktionäre oft selbst. So Hans Janßen, Tarifpolitiker im Vorstand der IG Metall: „Wenn wir um die Arbeitszeit nicht nur streiten, sondern auch streiken müssen, wird das der politisierteste Streik sein, den die IG Metall je geführt hat." Nicht in der Hitze des Arbeitskampfes, nein, sorgfältig vorformuliert, schriftlich fixiert und dann mit Bedacht vorgelesen hat er dies auf jenem Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1983, auf dem die Forderung nach der 35-Stunden-Woche beschlossen wurde.

Folgerichtig wird jetzt Politik gemacht gegen die bei den Funktionären mit dem SPD-Parteibuch verhaßte Regierung; man bläst zum „Marsch auf Bonn", weil es der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit gewagt hat, der Pflicht zur Neutralität des Staates in Arbeitskämpfen zu folgen und deshalb kein Arbeitslosengeld an die vom Tarifkonflikt mittelbar Betroffenen zu bezahlen. Gegen die Entscheidung läuft die IG Metall Sturm; keinesfalls bestehe eine „nach Art und Umfang" gleiche Forderung in allen Tarifgebieten, wie es bei der Begründung des Nein unterstellt worden sei.

Keine zentrale Forderung? Hat denn Janßen im Oktober seinen Kongreß belogen, als er nach der Ankündigung des „politisiertesten" Streiks ohne Luft zu holen fortfuhr: „Diese Auseinandersetzung wird nicht in einem Tarifgebiet allein – wo immer auch ein Erzwingungsstreik stattfinden mag – entschieden werden, sondern durch die soziale Bewegung, durch die Beweglichkeit der Mitgliedschaft, durch die Beweglichkeit der Arbeitnehmer in der Metallindustrie und bei Eisen und Stahl im ganzen Bundesgebiet, von Flensburg bis Friedrichshafen, von Aachen bis Berlin."

Arbeitgeber greifen zur Abwehraussperrung

65 000 Metaller im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden betroffen / IG Druck: Politische Schlichtung notwendig

fac./DW. Stuttgart / Frankfurt

Mit Beginn der Frühschichten haben die Metallarbeitgeber gestern im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden insgesamt rund 65 000 Metallarbeiter ausgesperrt. Gleichzeitig setzte die IG Metall in dem Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ihren zu Beginn der Woche auf das Tarifgebiet Hessen ausgeweiteten Streik fort. Wie der Verband der Metallindustrie (VMI) in Stuttgart mitteilte, ist die Abwehraussperrung in den Betrieben des Tarifgebiets mit mehr als 2000 Beschäftigten planmäßig angelaufen. Zu den betroffenen Betrieben gehören Werke der Daimler-Benz AG in Stuttgart, Mannheim und Gaggenau sowie Bosch und Standard Electric Lorenz (SEL) in Stuttgart. Auch Siemens in Karlsruhe, Audi in Neckarsulm und Brown Boveri & Cie AG in Mannheim sind in die Abwehraussperrung einbezogen.

Von der Maßnahme der Arbeitgeber, die eine Antwort auf den Anfang vergangener Woche von der Gewerkschaft in Nordwürttemberg/Nordbaden begonnenen Streik in 35 Metallbetrieben ist, sind Angestellte, Auszubildende und Mitglieder der betrieblichen Notdienste nicht betroffen.

Unterdessen halten die Bemühungen um ein Ende der Auseinandersetzung an. So kamen die Vertreter von IG Metall und Gesamtmetall bei einem Gespräch am Montagabend nahe Frankfurt überein, die Tarifverhandlungen für Nordwürttemberg/Nordbaden stellvertretend für alle Tarifbezirke am Donnerstag wiederaufzunehmen.

Ohne nennenswertes Ergebnis verlief gestern auch das zweite Spitzengespräch zwischen dem Bundesverband Druck und der IG Druck und Papier in der Nähe Frankfurts. Beltz Rübelmann, der Verhandlungsführer des Bundesverbandes Druck, bezeichnete die fünfstündigen Beratungen als „kleinen Schritt auf dem Wege zu einer tarifpolitischen Verständigung". Die Arbeitgeberseite habe wieder dargelegt, daß weitere Verhandlungen nur möglich seien wenn über „die Materie insgesamt" verhandelt werden könne. Ein Herauslösen etwa der Lohnstruktur, wie sie die IG Druck und Papier vorgeschlagen hatte, sei kein Weg zu diesem Ziel.

Beltz Rübelmann versicherte vor Journalisten, daß „noch keine politische Schlichtung vereinbart" worden sei. Es sei auch „keine bestimmte Persönlichkeit ins Auge gefaßt worden". Der Streik der IG Druck und Papier gehe weiter. Eine Schlichtung werde möglicherweise telefonisch vereinbart, fügte er hinzu. Im Grundsatz bekräftigte er das Festhalten der Arbeitgeberseite an der Regelarbeitszeit von 40 Stunden. Am Dienstagnachmittag traten in Frankfurt die Entscheidungsgremien des Bundesverbandes Druck zusammen um zu überlegen, ob und wann es zu einer Aussperrung kommen werde. Beltz Rübelmann meinte ferner, es gebe Grund zu der Annahme, daß eine weitere Eskalation des Arbeitskampfes nicht eintritt.

Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, sieht – wie er vor Journalisten in Frankfurt sagte – keine Möglichkeit mehr ohne eine politische Schlichtung den Arbeitskampf in der Druckindustrie zu beenden. Ferlemann fügte allerdings hinzu, die Gewerkschaft werde auch im Falle einer politischen Schlichtung ihren „flexiblen Arbeitskampf weiterführen". Er lehnte den Flexibilisierungsvorschlag des Bundesverbandes Druck in der Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung ab. Ein Eingehen auf diesen Vorschlag würde bedeuten, daß man vom Grundziel abrücke durch die 35 Stundenwoche Arbeitsplätze zu schaffen, meinte Ferlemann. Die IG Druck und Papier werde nur eine einheitliche Form der Wochenarbeitszeitverkürzung zulassen.

SEITE 2: **Das Stuttgarter Joch**
SEITE 4: **Polizei räumt Tatenlosigkeit ein**

Pöhl mahnt Tarifparteien zur Einsicht

AP, Düsseldorf

Bundesbankpräsident Pöhl hat gestern die Tarifparteien eindringlich zu einer baldigen Beendigung des Arbeitskampfes um die 35-Stunden-Woche aufgerufen. Auf der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken bezeichnete es Pöhl in Düsseldorf als „verhängnisvoll", wenn die konjunkturelle Erholung durch einen Arbeitskampf gefährdet würde. Er respektiere die Tarifautonomie, müsse aber aus der Verantwortung der Bundesbank an die Tarifparteien appellieren, „alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um diesen Arbeitskampf bald und unter Begrenzung des Schadens zu beenden". Nur dann werde es möglich sein, die günstigen Prognosen für 1984 zu realisieren.

Kohl würdigt Verdienste von Carstens

dpa, Bonn

Bundeskanzler Kohl hat gestern die Verdienste des scheidenden Bundespräsidenten Karl Carstens gewürdigt und den CDU-Politiker Richard von Weizsäcker für die Wahl zum neuen Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen. Vor der Unionsfraktion erklärte Kohl, Carstens habe das Amt beispielhaft geprägt. Im Zusammenhang mit der heute stattfindenden Wahl hat Bundestagspräsident Barzel prüfen lassen, ob Luise Rinser, von den Grünen für das Amt des Bundespräsidenten nominiert, die Kriterien für die Wahl erfüllt. Frau Rinser hatte erklärt, im vergangenen Jahr sei sie nicht wahlberechtigt gewesen.

Seite 2: Präsident der Einheit
Seite 3: „Wir atmen dieselbe Luft"

Ausschuß-Vorsitzender von SPD abgelehnt

dpa, Düsseldorf

Zu einem Eklat kam es gestern im nordrhein-westfälischen Landtag bei der konstituierenden Sitzung des Untersuchungsausschusses für das Aachener Klinikum: Die fünf SPD-Vertreter lehnten mit ihrer Mehrheit den von der CDU-Opposition benannten Abgeordneten Klein als Ausschußvorsitzenden ab. Nach der Geschäftsordnung stehen der Unionsfraktion der Vorsitz in diesem Gremium und das Vorschlagsrecht dafür zu. SPD-Sprecher räumten ein, daß dieser Vorgang wohl einmalig in der deutschen Parlamentsgeschichte sei. CDU-Abgeordnete sprach in einer ersten Reaktion vom „Ende des Parlamentarismus". Die SPD begründete ihren Schritt mit „erheblichen Bedenken gegen den Kollegen Klein".

Stoltenberg für „kleine" Steuerreform

HEINZ HECK, Bonn

Die Steuerreform ist heute erneut Thema eines Spitzengesprächs der Bonner Koalition aus CDU/CSU und FDP. Hierzu erklärte Finanzminister Stoltenberg, der Haushalt habe sich im ersten Jahresdrittel zwar günstiger entwickelt als erwartet, doch legten die zu erwartenden Haushaltsrisiken eine vorsichtige Betrachtung nahe. Im Gegensatz zu zahlreichen Politikern der Bonner Koalition sieht Stoltenberg keine Chance, eine Steuerreform mit einem Volumen von etwa 20,6 Milliarden Mark zum 1. Januar 1986 ohne nennenswerte Kompensation der Einnahmeausfälle zu beschließen. Der Finanzminister favorisiert die „kleine Lösung" mit zehn bis zwölf Milliarden Mark.

Seite 11: Widerstand wächst

„Sachlich harte" Gespräche in Moskau

Genscher wirbt bei Gromyko für neuen Anlauf zu internationaler Verständigung

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Nach einer zweiten ausführlichen Unterredung mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko ist Bundesaußenminister Genscher gestern im Kreml von Konstantin Tschernenko empfangen worden. Nach dem Eindruck von Augenzeugen blieb der 72jährige Staats- und Parteichef – im Vergleich zu seiner Begegnung mit Oppositionsführer Vogel – ausdruckslos und wortkarg. Beim Hinsetzen nahm er Hilfe in Anspruch.

Auch bei dieser Begegnung lag die Gesprächsführung bei Außenminister Gromyko. Deutsche Delegationsmitglieder sind überzeugt, daß der erste stellvertretende Ministerpräsident – zumindest in Fragen der Außenpolitik – inzwischen zur bestimmenden Figur der sowjetischen Parteiführung aufgestiegen ist.

Die Begegnung zwischen Gromyko und Genscher war, bei aller Verbindlichkeit im Tonfall, durch sachliche Härte gekennzeichnet. Der Bundesaußenminister erklärte anschließend, trotz fortbestehender Gegensätze, vor allem in Sicherheitsfragen, habe sich die Stabilität der deutsch-sowjetischen Beziehungen erneut bestätigt. Genscher und Gromyko trafen sich zum sechsten Mal innerhalb von zwölf Monaten. Unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten gab es hauptsächlich in bezug auf die Ursachen der gegenwärtigen internationalen Spannungen.

Genscher war bemüht, dem Kreml die Verhandlungsbereitschaft des Westens zu verdeutlichen. Er berief sich dabei auf die NATO-Erklärung vom Dezember vorigen Jahres, die solche Gespräche „jederzeit und an jedem Ort" anbot. Allerdings bleibe es auch bei dem Zusatz „ohne Vorbedingungen", unterstrich der Bundesaußenminister. „Ob und wann die Sowjetunion daraus Konsequenzen ziehen wird", lasse sich nicht sagen.

Angesichts der feindseligen Haltung Moskaus gegenüber der amerikanischen Regierung habe er viel Zeit darauf verwandt, den Verhandlungswillen Washingtons zu verdeutlichen, sagte Genscher. „Wir werben ganz klar um einen neuen Anlauf zur Verständigung." Bonn trete dafür ein, daß über die Frage der weltraumgestützten Abwehrwaffen gegen Raketen möglichst rasch gesprochen wird.

Hans-Dietrich Genscher lud seinen Amtskollegen zu einem Gegenbesuch in die Bundesrepublik Deutschland ein und bekräftigte, daß auch Staats- und Parteichef Tschernenko in Bonn jederzeit willkommen sei. Er konferierte mit Gromyko nicht zuletzt eindringlich über humanitäre Fragen. Die diesbezüglichen Ausführungen in seiner Tischrede wurden vom Parteiorgan „Prawda" gestern nicht abgedruckt. So zum Beispiel, daß die vermehrte Aussiedlung von Deutschen „für uns ein ganz wesentlicher Punkt der gegenseitigen Beziehungen ist" und daß sich die Wahrung der Menschenrechte „an jedem einzelnen Menschen erweisen" müsse. Genscher teilte mit, er habe sich auch dafür eingesetzt, daß das Ehepaar Sacharow die Möglichkeit erhalten solle, in einem Land seiner Wahl ärztliche Behandlung zu finden. Angesichts sowjetischer Propaganda über eine Wiedergeburt von Revanchismus und Militarismus in der Bundesrepublik verteidigte Genscher nachdrücklich die Haltung der Vertriebenen.

SEITE 10:
Freundlichkeiten, Polemiken

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Stuttgarter Joch

Von Enno v. Loewenstern

Als der samnitische Feldherr Pontius im Jahre 321 v. Chr. ein römisches Heer bei den caudinischen Pässen einschloß und zur Kapitulation zwang, gestattete er dem Feind zwar den Abzug. Aber vorher mußten die Römer einzeln in tief gebeugter Haltung durch ein aus drei zusammengebundenen Speeren gebildetes niedriges Hindernis gehen.

Das seither sprichwörtlicbe caudinische Joch diente der Demütigung der anderen und ist zum Begriff für Übermut des Siegers geworden – ein Übermut, der sich nicht auszahlen muß; die Römer haben lange an der Schmach getragen, aber eines Tages wurden die Samniten unterworfen.

Nun wird von sogenannten Streikaktionen der IG Druck in Stuttgart berichtet, wo man Journalisten aufhielt, ihre Sachen durchsuchte, sie durch lärmende Gassen von Streikposten (oder was immer das für Leute waren) regelrecht Spießruten laufen ließ; Sekretärinnen wurden „Verlegernutten" gerufen, ein Chefredakteur wurde wegen seiner Kommentare beschimpft, ein siebzigjähriger Zeitungsmann wurde gar genötigt, unter einem tief gehaltenen roten Spruchband durchzurutschen.

Der Vorsitzende der IG Druck, Erwin Ferlemann, hat seine Erklärung auf dem SPD-Parteitag – daß man für das Erscheinen gewisser Zeitungen sorgen werde, daß es aber nicht schlimm sei, wenn „bestimmte Kommentare erst mit Zeitverzögerung" erscheinen – zwar inzwischen „bedauert". Aber ausdrücklicb nur insoweit, als sie „mißverständlich" gewesen sei. Willy Brandt hat ihn mittlerweile in gewohnt grobem Ton in Schutz genommen: Die Gewerkschaften bedürften keiner Belehrung.

Das alles ist äußerst lehrreich, nicbt nur hinsichtlicb des Brandt'scben Gemüts. Das Streikrecbt ist unantastbar, aber man hat es viele Jahre ausufern lassen. Das Ergebnis ist eine Art Überrecht, das sich Übergriffe gegen die Grundrechte anderer anmaßt; in Stuttgart hat die anscheinend verunsicherte Polizei den unglaublichen Vorfällen tatenlos zugesehen. An dieser Entwicklung ist nichts mißzuverstehen. Und nichts davon darf vergessen werden.

Votum für Diskretion

Von Peter Gillies

Mit ihrer Entscheidung gegen die Lockerung des Bankgeheimnisses haben die Eidgenossen ihren gesunden Erwerbssinn bewiesen. Die Scbweiz, in der die Wochenarbeitszeit zwischen 43 und 45 Stunden liegt und Vollbeschäftigung herrscht, bleibt eine Drehscheibe des Kapitalverkehrs.

Wie die Bundesrepublik ist die Schweiz ein rohstoffarmes Land. Sie muß andere Schätze schürfen, beispielsweise eine qualifizierte Facharbeiterschaft, eine realistische und unaufgeregte Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine starke und vertrauenerweckende Währung. Dabei ist es hilfreicb, sich daran zu erinnern, daß internationales Anlagekapital scheuer als ein Reb ist. Die Schweizer erinnerten sich und halten sich daran. Neidkomplexe und Ideologien, wie sie die Sozialdemokraten bei der Volksinitiative zu beleben suchten, verfingen nicht.

Ohnehin stimmen die Geschichten über das legendäre schweizerische Bankgeheimnis und die einschlägigen Nummernkonten schon lange nicht mehr. Für den normalen Anleger, der sein Geld dorthin transferiert, bleibt die Diskretion natürlich gewahrt. Betrügerisch erworbenes Kapital aber darf sich aucb in der Alpenrepublik nicht sicher fühlen. Die internationalen Recbtshilfeabkommen haben sicb beträchtlich verfeinert, und die noch bestehenden Lücken dürften weiter geschlossen werden. Steuerbetrug ist mit rechtlichen und politischen Waffen zu bekämpfen, kaum durcb die Lockerung des Bankgeheimnisses in einem Land.

Von einem florierenden Finanzplatz hängen viele Arbeitsplätze ab. Das erklärt den Wettlauf vieler Staaten und Banken um jene Kundschaft, denen Sicherheit vor Ertrag geht. Beispielsweise fällt die Werbung luxemburgischer Banken um Privatkunden auf. Auch Österreich empfiehlt sich durch diskrete Kontenführung, von exotischen Plätzen wie den Bahamas oder Cayman ganz abgesehen.

Wer die internationalen Ranglisten des Wohlstandes Revue passieren läßt, dem fällt auf, daß blühende Volkswirtschaften stets einen liberalen Kapitalverkehr pflegen. Umgekehrt ist der Lebensstandard umso schlechter, je schärfer der Staat in die grenzüberschreitenden Finanzbewegungen eingreift. Weil die Schweizer diesen Zusammenhang begriffen haben – und gut mit ihm leben – haben sie die Bankeninitiative abgelehnt.

Eigentor

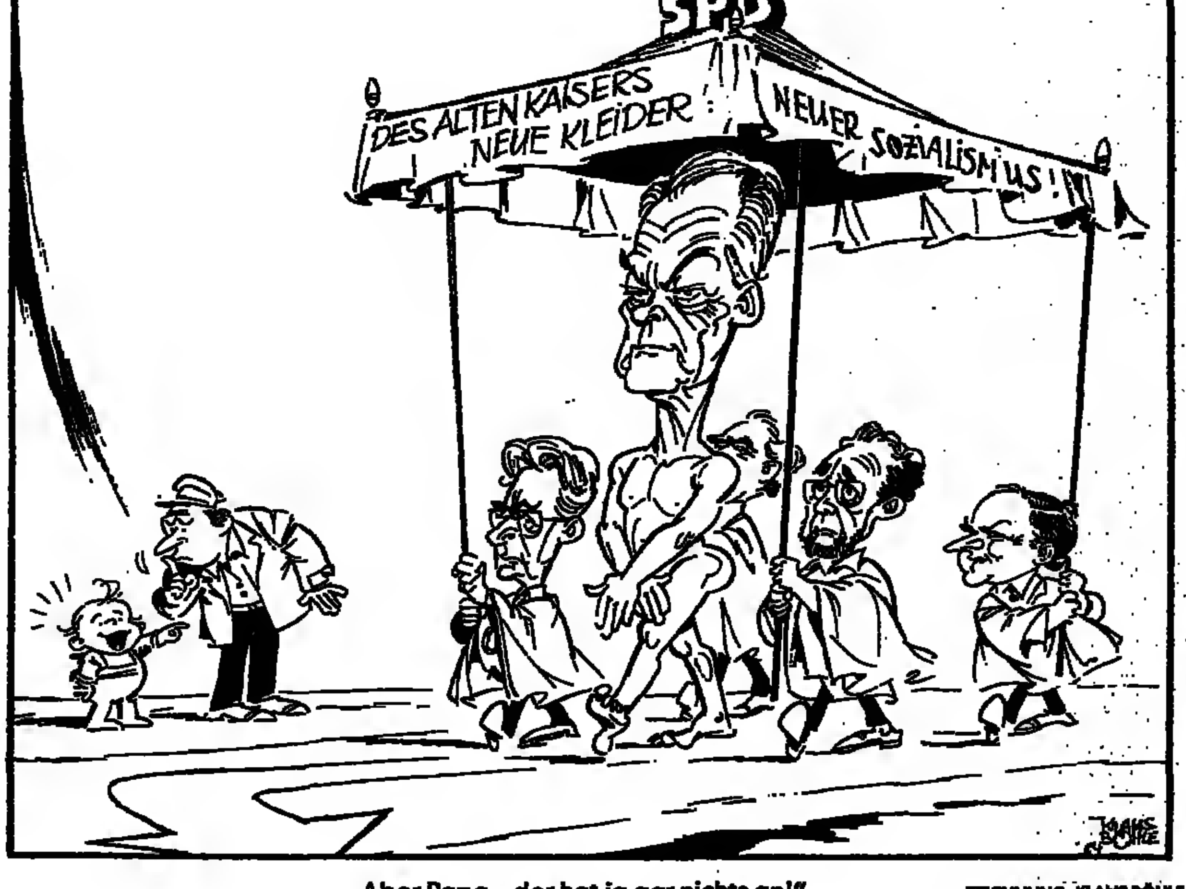
Von Klaus Blume

Resigniert hat Willi Daume gesagt, daß das Internationale Olympische Komitee über keine Bataillone verfüge. Ohnmächtiges IOC? Ohnmächtige Weltsportverbände? Keineswegs. Sie brauchen nur zu handeln.

IOC-Präsident Samaranch knöpfte sich in Lausanne die beiden sowjetischen IOC-Mitglieder Konstantin Andrianow und Vitali Smirnow vor: Beide Genossen seien Abgesandte des IOC in ihren Ländern und nicht umgekehrt, deshalb dürften sie auch keinerlei Weisungen ihrer Regierungen entgegennehmen. Was der IOC-Präsident verschwieg, was aber satzungsgemäße Folgerung ist: Wegen Nichtwahrnehmung der olympischen Pflichten müßten die beiden Herren eigentlich aus dem IOC ausgeschlossen werden, ebenso wie die meisten ihrer osteuropäischen Kollegen. Warum griff Samaranch nicht energischer durch – weil die Devise der Sportverbände nach wie vor lauten muß: Wasch dem Bären den Pelz, aber mach mich nicht naß?

Der Internationale Fußballverband FIFA hat demgegenüber gehandelt. Er hat nicht mehr Bataillone als das IOC, aber er hat darüber zu bestimmen, wo die Weltmeisterschaft im Fußball ausgetragen wird. Die FIFA vergab die Weltmeisterschaft 1990 nicht an die Sowjetunion, sondern an den Mitbewerber Italien. Die Sowjetunion stellt sich als Sicherheitsrisiko dar, da helfen auch keine Friedenschoräle in Zuckerbäcker-Stadien – schließlich weiß niemand, in welchen obskuren Verwicklungen der Kreml sich 1990 wieder befindet.

Noch nie hat es in Osteuropa eine Fußball-Weltmeisterschaft gegeben. Dabei wird es in diesem Jahrhundert voraussichtlich aucb bleiben. Wenn nun das IOC aucb noch Courage aufbringt, setzt es acht Mitglieder aus der UdSSR, der CSSR, der „DDR", Ungarn, Polen, Bulgarien und der Mongolei vor die Tür. Der Weltsport hätte dabei nur zu gewinnen. Die UdSSR jedenfalls hat am Beispiel ihrer gescheiterten Bewerbung um die Weltmeisterschaft wieder einmal gelernt, daß man auch mit den vermeintlich stärkeren Bataillonen verlieren kann, und sei es an Prestige.



„Aber Papa – der hat ja gar nichts an!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Präsident der Einheit

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Als Carl-Friedrich von Weizsäcker, der ältere Bruder unseres künftigen Bundespräsidenten, im Mai 1979 an Willy Brandt schrieb, um zu begründen, warum er bei der Präsidentenwahl jenes Jahres nicht gegen Karl Carstens kandidieren wolle, erklärte er zunächst mit einem denkwürdigen Satz seine prinzipielle Bereitschaft: „Ich erwarte für die achtziger Jahre schwere Krisen der Welt und daher unserer Nation". Eine aussichtslose „Zähl- oder Kampfkandidatur" mochte er jedoch nicht annehmen.

Von Richard von Weizsäcker ist nicht bekannt, daß er mit ähnlicher Katastrophensicht in die Präsidentschaft hineinginge. Das entspräche wohl auch nicht seiner Natur. Doch ihm ist nun beschert, was Carl-Friedrich versagt blieb: Er ist der Kandidat aller verfassungtragenden Parteien des Deutschen Bundestags, „überparteilich" schon aus diesem Grund. Die SPD beweist damit eine parteienübergreifende Haltung. Sie würdigte auch Karl Carstens am Ende seiner Präsidentenzeit mit öffentlich gezollter Anerkennung.

Richard von Weizsäcker mag in einer stillen Stunde bei dem Gedanken verweilen, wie wohl der Seelenzustand unserer Republik heute wäre, hätte sie seit 1979 ihre auf die staatliche Einheit gerichteten Impulse nicht von Carstens, sondern von seinem Bruder empfangen. Carstens setzte einen unpathetischen Optimismus in die Menschen und ihre demokratischen Institutionen. Carl-Friedrich von Weizsäcker hingegen hat sich dem allgemeinen Publikum eher als ein kritisch-pessimistischer Analytiker und Denker eingeprägt. An Autorität hätte es ihm so wenig gefehlt wie Carstens, aber er hätte der Republik als Bundespräsident eine ganz andere Geistigkeit vermittelt.

Autorität und Geistigkeit bietet jeder Bundespräsident in der von seiner Persönlichkeit ausgehenden Färbung; doch diese beiden Tugenden sind es gleichwohl, die in unserem höchsten Staatsamt die Kontinuität sichern. Dolf Sternberger hat einmal geschrieben, der erste Bundespräsident (Heuss) sei ein Literat, der zweite (Lübke) ein Missionar, der dritte (Heinemann) ein Moralist, der vierte (Scheel) ein großes Talent verbindlicher Geselligkeit gewesen; der fünfte (Carstens), so muß man heute hinzufügen, ist ein Exerzitienmeister staatsbürgerlicher Normalität. Was wird man dereinst von Richard von Weizsäcker sagen?

Folgt man den hingetupften Bildnissen Dolf Sternbergers, so ist leicht nachzuweisen, daß sie nicht nur auf die Personen, sondern auch auf die jeweiligen Zeitumstände zutreffen. Theodor Heuss, Jahrgang 1884, ragte wie Konrad Adenauer, Jahrgang 1876, als Gründungsvater der Bundesrepublik Deutschland aus der Kaiserzeit herüber, war geprägt vom ersten Anlauf der Deutschen zur Demokratie und geschlagen von der Katastrophe, die den Namen Hitler trägt. Wie Adenauer, wie auch Wilhelm Kaisen, Max Brauer, Hinrich Wilhelm Kopf, Reinhold Maier, Hans Böckler und – etwas später – Herbert Weichmann verkörperte er zivilbürgerliche und rechtsstaatlich-demokratische Erfahrung, und das bedeutete 1949 einen Vorsprung an Autorität vor allen später Geborenen. Heuss hatte der sich auf Trümmern entfaltenden Republik das Staatsbewußtsein und das Staatsgewissen einzuhauchen. Er tat es souverän als ein der politischen Bildungsarbeit verpflichteter Journalist.

Der von Adenauer patriarchalisch geprägte Autoritätsvorsprung der Gründungsväter-Generation trug noch die Präsidentschaft Heinrich Lübkes, deren Charakter nun schon die Durchschnittlichkeit redlichen Bürgertums war, beflügelt von Lübkes missionarischem Eifer, die Bedeutung der Entwicklungsländer bewußt zu machen.

Unterdessen war eine junge Generation herangewachsen, die mit der überkommenen Adenauer-Republik nicht mehr zufrieden war und deren Wortführer aller Autorität den Respekt verweigerten. Sie hielten es nicht mit der Weisheit Platons, daß extremes Trachten nach dem, was in der Demokratie als gut gilt, die Demokratie stürze, vielmehr hielten sie es sehr moralisch mit Marx. Gustav Heinemann war es aufgegeben, diese junge Generation des revolutionären Sprungs zur Evolution der kleinen Schritte zu erziehen. Er versuchte es mit jener Aufbruchsgeistigkeit des „Wir wollen mehr Demokratie wagen", die jedoch nicht weiter trug als von Kanzler Brandt zu Kanzler Schmidt.



Dimension einer Präsidentschaft: Villa Hammerschmidt FOTO: JUPP DARCHINGER

Walter Scheel, Mitbegründer des überzogenen sozial-liberalen Pathos, nutzte als Staatsoberhaupt seine rheinischen Talente nicht nur zur Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland nach außen, sondern auch, um nach innen Einsichten zu verbreiten, die beginnende Distanz zum sozial-liberalen Überschwang erkennen ließen.

Aber erst Karl Carstens bewirkte den Pendelschlag der Zeit vom reformeifernden Sturm und Drang hin zur unaufgeregten staatsbürgerlichen Normalität. Die Bürger haben es nicht zuletzt ihm zu danken, daß Autorität in unserem Lande wieder etwas gilt und daß die Republik sich, trotz aller vorgeblicher neuer sozialer Bewegungen, wieder ihrer selbst sicher ist.

Die alle Konflikte übergreifende Persönlichkeit Richard von Weizsäckers läßt kraftvolle Festigung der staatlichen Einheit nach innen erwarten. Doch die politisch-geistige Dimension gerade seiner Präsidentschaft weist mehr denn je über den Geltungsbereich des Grundgesetzes hinaus zur Einheit der Nation. Nach den deutschlandpolitischen Grauschleiern der Ära Brandt/Bahr gilt es, unser Verfassungsziel der Wiedervereinigung offen und klar zu vertreten. Es gilt, Berlin in seinem Rang als Hauptstadt aller Deutschen stark zu machen. Dazu leistet diese Zeitung heute mit dem größten Berlin-Report, der nach dem Kriege in Deutschland erschienen ist, einen Beitrag. Die Einheit der Nation aktiv zu wahren, das ist der Auftrag, den Richard von Weizsäcker mit seiner Wahl am Verfassungstag entgegennimmt.

IM GESPRÄCH Juan Lechin

Der Anden-Gewerkschaftler

Von Günter Friedländer

Vierzig Jahre hindurch war Juan Lechin Oquendo (70) ein Synonym für Boliviens Gewerkschaftsbewegung. Nun sagt der Sekretär der mächtigen Gewerkschaft der Minenarbeiter und der bolivianischen Gewerkschaftszentrale (COB), er wolle sich nur noch der Politik widmen – als wenn er jemals etwas anderes getan hätte.

Der hochgewachsene, attraktive Sohn eines libanesischen Einwanderers hat eine beneidenswerte physische Konstitution, die er in seiner Jugend als Sportler bewies, als er auf den 4000 m hoch gelegenen Stadien des bolivianischen Altiplano Fußball spielte. Sie kam ihm während seiner bewegten Laufbahn mehr als einmal zugute, wenn politische Auseinandersetzungen zur Gewalttätigkeit führten.



Strebt nach Boliviens Präsidentschaft: Lechin FOTO: WEREK

Mit 30 Jahren trat er in die Gewerkschaftsbewegung ein, die er Jahrzehnte hindurch führte, und von der aus er Bolivies politisches Leben beeinflußte. Er verbündete sich mit der „Nationalistischen Revolutionären Bewegung" (MNR) Paz Estenssoros und Siles Zuazos. Ohne ihn hätte sie nicht so lange Zeit Bolivien beherrschen und von Grund auf ändern können.

Viele Jahre in der Spitzenführung des Landes lösten sich mit Jahren des Exils ab. Er ist ein loyaler Freund seiner Freunde, aber in der Politik sieht es anders aus: Verbündete von gestern wurden zu Feinden von heute und umgekehrt. Als Bergbauminister der ersten Regierung Paz Estenssoro setzte er die Minenreform durch, die die Bergwerke der Zinnbarone Aramayo und Patino sowie des in Deutschland geborenen Hochschild in den Besitz des Staates überführte.

Hier beging er seinen größten Fehler: Er verstand nicht, daß die Macht der drei Minenbesitzer nicht so sehr in den Bergwerken wie auf den internationalen Metallmärkten verwurzelt war. Die Verstaatlichung der Minen wurde zur wirtschaftlichen Katastrophe. Als Präsident des Senats hatte er auf spätere Reformen Einfluß. Seine Eigenwilligkeit brachte sowohl Paz Estenssoro wie Siles Zuazo oft in ernste Schwierigkeiten.

Nur das höchste Amt, die Präsidentschaft Boliviens, blieb ihm vorenthalten. Er will sie in zwei Jahren erreichen, wenn sein Schulkamerad aus fernen Jugendtagen, Siles Zuazo, seine Amtszeit beendet. Die Frage ist, ob Siles, über dessen Fähigkeiten Lechin sich heute recht kritisch äußert, so lange im Palacio Quemado durchhält, dem „in Brand gesetzten Palast", wie das Regierungsgebäude des Präsidenten in La Paz heißt. Die Lechin-treuen Gewerkschaften haben den Dialog mit Siles abgebrochen und sein politisches Überleben wieder einmal in Gefahr gebracht. Sollte Siles vorher stürzen, könnten Lechins Hoffungen abermals enttäuscht werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Schwäbische Zeitung

Das Leutkircher Blatt meint zur Blockade des Druck-Zentrums in Stuttgart:

Das Stuttgarter Beispiel belegt auf drastische Weise die Folgen der Fahrlässigkeit, mit der die politischen Parteien, die Regierungen und die Gerichte das Demonstrationsrecht ins uferlose, ins vermeintliche Niemandsland zwischen Rechten und Pflichten, in die Unordnung haben ausufern lassen... Die Gewerkschaften riegeln... den Betrieb von der Außenwelt ab, kontrollieren Ein- und Ausgänge, weisen Betriebsmitglieder ab, unterziehen sie unwürdigen Visitationen, üben Psychoterror aus... Sie gehen damit weit über das hinaus, was sie ihren Widersachern im Tarifkampf als inhumanen Akt vorwerfen, jenen Arbeitgebern, die mangels Zufuhr aus bestreikten Betrieben ihrer Belegschaft keine Arbeit mehr bieten können. Die Gewerkschafter nennen ihre Aktion Blockade, in Wirklichkeit machen sie sich der Gewalt gegen Personen und Sachen schuldig. Sie demonstrieren in Stuttgart die Blockade ihres Rechtsbewußtseins.

BERLINER MORGENPOST

Die Zeitung kommentiert Ferlemanns Äußerung über Zeitungen, die man erscheinen läßt oder nicht:

Hier erscheint die kommunistische Zeitung der SEW mit dem grotesken Titel „Die Wahrheit" ungestört vom Streik und ungeniert. Vielleicht kriegt Ferlemann jetzt ein Frei-Abonnement von der „Wahrheit" auf Lebenszeit. Zu wünschen wäre es ihm.

NEUE RUHR ZEITUNG

Eine unglaubliche Entgleisung des Vorsitzenden einer Gewerkschaft, die einst antrat zum Kampf für Streik- und Koalitionsrecht, für Meinungs- und Pressefreiheit. Es waren die Drucker, denen der Zensor im Nakken saß. Nachlesen schadet auch hier nichts.

THE GUARDIAN

Zum Hungerstreik Sacharows und seiner Frau Jelena Bonner schreibt das Londoner Blatt:

Es wird für Präsident Mitterrand oder (den britischen Außenminister) Sir Geoffrey Howe nicht leicht sein, Moskau zu besuchen und weiter zu schweigen, wenn einer von beiden stirbt. Wenn die Führer im Kreml es ernst meinen mit ihrem Wunsch nach verbesserten Ost-West-Beziehungen oder mit ihrem Wunsch, Europa von den guten Absichten der Sowjets zu überzeugen, dann sollten sie erkennen, daß das Festhalten der Sacharows diesem Spielplan schadet.

JERUSALEM POST

Zu den Äußerungen Ustinows meint die Zeitung:

Die Sowjets haben schon früher Lärm gemacht, doch meist in allgemeinen Wendungen oder anonym. Wenn jetzt der sowjetische Verteidigungsminister so unverblümt mit den Raketen droht, dann kann man nicht mehr von einer Routine sprechen. Die Sowjets greifen auf eine beliebte Taktik zurück – die Einschüchterung – und dies in einer typisch rücksichtslosen Art.

Hannoversche Neue Presse

Das hannoversche Blatt stellt einen „deutlichen Linksruck" bei der SPD fest:

Der Essener Parteitag hat das Ende eines SPD-Flügels dokumentiert, der in früheren Zeiten schier übermächtig schien: die Kanalarbeiter, wie die Sammlung der Rechten nicht zu unrecht wegen des von ihnen gepflegten Politikstils genannt werden, sind als bestimmende Kraft nicht mehr vorhanden.

Braun oder rot, die Praxis ist allemal dieselbe

Des Ostens Angst vor der Totalitarismus-Doktrin / Von Peter Dittmar

Die Ostberliner „Einheit", die theoretische Zeitschrift der SED, hat sich einem Thema gewidmet, das Kommunisten in aller Welt nervös macht. Zwei wohlbestallte Professoren am „Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED" ziehen da gegen „Die Totalitarismus-Doktrin als Grundelement antikommunistischer Geschichtsklitterung" zu Felde. Diese „Doktrin" ist beispielsweise in dem bekannten Werk von Friedrich und Brzezinski näher begründet worden.

Die beiden Ostberliner Professoren kreiden der Totalitarismus-Theorie an, daß sie den „tatsächlichen Grundwiderspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus in einen 'Systemgegensatz' zwischen 'westlicher Freiheit und Demokratie' auf der einen und 'totalitärem Kommunismus' auf der anderen Seite" umdeute. Das sei „eine der ungeheuerlichsten Geschichtslügen".

Wieso sie eine Lüge ist, wird dem Leser leider nicht verraten, oder jedenfalls nicht begründet. Er erfährt zwar, daß die „berüchtigte antikommunistische Totalitarismus-Doktrin" von einer „behaupteten Wesensgleichheit des Sozialismus und Kommunismus mit dem Faschismus als 'totalitären Systemen'" ausgeht. Aber wie sie das beweist, vor allem: wie sie das ohne jede Ideologie beweist, das wird unterschlagen.

Diese Zurückhaltung ist verständlich, denn „der Verzicht auf ideologische Erklärungen – allen Totalitaristen selbstverständlich ein Greuel – eröffnet Verständnis für und Einsicht in die grundsätzliche Gleichartigkeit totalitärer Regime, ob sie nun faschistisch oder kommunistisch sind". Das schreiben Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski in ihrer Untersuchung über „Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur".

Zu diesen Merkmalen zählen sie: „1. Eine ausgearbeitete Ideologie..., gegründet auf eine radikale Ablehnung der bestehenden Gesellschaft (verbunden mit der Forderung nach) Eroberung der Welt für die neue.

2. Eine einzige Massenpartei... aus einem relativ niedrigen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung (bis zu zehn Prozent)... bestehend. Eine solche Partei ist hierarchisch, oligarchisch organisiert und charakteristischerweise der Staatsbürokratie entweder übergeordnet oder völlig verflochten.

3. Ein Terrorsystem auf physischer und psychischer Grundlage, das durch Partei- und Geheimpolizei-Kontrolle verwirklicht wird.

4. Ein technologisch bedingtes, nahezu vollständiges Monopol der Kontrolle aller Mittel wirksamer Massenkommunikation, wie Presse, Funk und Film, in den Händen von Partei und Staat.

5. Ein gleichermaßen technologisch bedingtes, nahezu vollständiges Monopol der wirksamen Anwendung aller Kampfwaffen.

6. Eine zentrale Überwachung und Lenkung der gesamten Wirtschaft."

Diese Definition des Totalitarismus hält sich also an die Formen der Herrschaft und läßt alle ideologischen Verbrämungen beiseite. Das ist eine Basis, auf der die „Einheit" nicht argumentieren kann.

„Er (der Sozialismus) gewährleistet demokratische Rechte und Freiheiten, die die Werktätigen befähigen, alle ihre schöpferischen Potenzen zum Wohle der Gesellschaft und des einzelnen zu entfalten" heißt es z. B. Warum wohl wagt die SED-Zeitschrift nicht zu schreiben: „Der Sozialismus gewährleistet allen alle demokratischen Rechte und Freiheiten"? Warum berichtet sie nicht, was man für seine schöpferischen Potenzen im Sozialismus bezahlt bekommt und was man damit kaufen kann?

Oder es wird behauptet, die Sowjetmacht habe sich „als die konsequenteste Friedenskraft der Welt erwiesen", und: „Von den 140 militärischen Konflikten, die seit 1945 entfesselt wurden, (ist) kein einziger von ihr ausgegangen." Da müssen die beiden Professoren wohl oft in der Schule gefehlt haben. Sonst wüßten sie, wie vielen Nachbarländern der Sowjetunion das Glück zuteil wurde, daß „die sozialistische Revolution von den Grenzen her siegte" (wie Trotzki 1924 die Bolschewisierung der Mongolei umschrieb); geschweige denn, daß sie von den zentralen Flughäfen her siegte, wie in Prag oder Kabul (wo es freilich mit dem Sieg noch nicht so weit her ist). So bleibt es denn auch ein unerklärbares Wunder, daß die Sowjetunion der einzige Staat der Welt ist, dessen Territorium nach dem Zweiten Weltkrieg um 660 000 Quadratkilometer (das ist ein Gebiet fast zweimal so groß wie Bundesrepublik und „DDR" zusammen) zugenommen hat.

Nichts regt die Apologeten des real existierenden Sozialismus mehr auf als der Vergleich mit dem real untergegangenen Nationalsozialismus. Hätten uns Friedrich und Brzezinski nicht die Ähnlichkeiten – vielmehr: Entsprechungen – wieder ins Gedächtnis gerufen, die „Einheit" mit ihren dankenswerten Hinweisen hätte es getan.

„Wir atmen dieselbe Luft; sie macht an Grenzen nicht halt“

Heute wird die Bundesversammlung einen neuen Präsidenten für die Bundesrepublik Deutschland wählen. Der Nachfolger von Karl Carstens wird Richard von Weizsäcker heißen, denn nur die „Grünen“ haben mit Luise Rinser eine Gegenkandidatin aufgestellt.

Von H.-R. KARUTZ

Das Mai-Grün der Bäume am Fuße der Wartburg leuchtete frisch. Richard von Weizsäcker stand wie ein Wächter vor dem hölzernen Burgtor und blickte über die Kammlinie des Thüringer Waldes. Dann schrieb er, umringt von jungen Christen aus Erfurt und Eisenach Autogramme – ein Mann für „hüben und drüben“. Diese Szene spielte vor gut einem Jahr beim „Luther-Jahr“ der evangelischen Kirche auf dieser so ganz und gar deutschen Feste.

Das Wächter-Amt aus der Höhe, der Blick für das Ganze – hier ließ es sich schon in Augenschein nehmen.

Der heutige Tag der Präsidentenwahl markiert den höchsten Kurvenpunkt in der Lebenslinie des 64jährigen Politikers; eine Linie zwischen vielen Koordinaten: schwäbischer Adel, protestantisches Gottvertrauen, Dienst am Staat, Politik als Pflichtteil eines Erbes aus hoher Bildung, Intelligenz und Selbstgewißheit.

Die Familie des Freiherrn symbolisiert aber in der Figur seines Vaters Ernst, der von 1938 bis 1943 Staatssekretär des Auswärtigen war, zugleich auch die Verstrickung der Deutschen in einer Zeit, da jene, die „Schlimmeres verhüten“ wollten, am Ende das Schlimmste nicht verhindern konnten.

Die Weizsäckers sind zugleich die einzige Familie in Deutschland, in der zwei Brüder die Kandidatur für das höchste Staatsamt angetragen wurde: Richard als Zählkandidat der Union 1974 gegen Walter Scheel und 1979 seinem rund zehn Jahre älteren Bruder, dem Philosophen und Atomphysiker Carl Friedrich, als Kandidat der SPD gegen Karl Carstens.

Richard von Weizsäcker, der Mann mit dem Faible für Preußen und das Fridericianische, wuchs supra-national auf. Die diplomatischen Stationen des Vaters brachten es mit sich, daß er in Kopenhagen und Bern zur Schule ging. Sein Abitur machte er am Bismarck-Gymnasium in Berlin. Die kurze Vorkriegs-Studentenzeit in Oxford prägte ihn. Das Angelsächsische überlagert die brandenburgisch-preußischen Einschübe. Britischer Humor dominiert; nicht gallische Witzigkeit, wohl aber Esprit. Er bewegt sich in der guten Stube eines märkischen Pfarrhauses mit derselben Gelassenheit wie im „Weißen Haus“.

Preußen in seiner Ausformung des Dienens, der Kameradschaft und der Nachdenklichkeit über Staat und Gesellschaft erlebte von Weizsäcker in der Residenzstadt Potsdam. Er trat beim Traditions-Regiment I. R. 9 („Graf Neun“) ins Glied. Am Tag des Aufstands der Offiziere gegen Hitler am 20. Juli 1944 war er zum Einsatz vorgesehen.

In den sechziger Jahren gewann Helmut Kohl, damals Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, den in der Industrie tätigen Juristen für die Politik. Weizsäckers Reputation, seine damals (wie später) gesamtdeutsch angelegte Arbeit im Rahmen der evangelischen Kirche, schmückte das an Politikern nicht überreiche Bundesland. Kohl blieb sein politischer Weggefährte – wenngleich nicht immer ohne Bitterkeiten auf beiden Seiten.

Weizsäcker avancierte zum ostpolitischen Vordenker der Union, zum Gegenpart von Egon Bahr, dem Sozialdemokraten.

Bei der historischen Abstimmung über den Warschauer Vertrag hielten sich er und eine wenige andere in der Union an die Entscheidung des Fraktionsvorstandes, sich der Stimme zu enthalten, obwohl von Weizsäcker lieber für die Annahme plädiert hätte. Die CSU und andere aus der CDU stimmten dagegen. Der jahrelang schwelende Mißklang und die wechselseitigen Vorbehalte zwischen Weizsäcker und Strauß wurzelten in diesem Vorgang.

Seine Probe auf das Exempel, auch harte Politik machen zu können, kam im Spätsommer 1978. Berlins CDU-Chef Peter Lorenz verabredete mit dem Parteivorsitzenden Kohl den Wechsel des Spitzenkandidaten an der Spree. Zur Auswahl standen von Weizsäcker, Kurt Biedenkopf und Walther Leisler-Kiep. Man entschied sich für Weizsäcker. Bei der Wahl im Frühjahr 1979 aber scheiterte der „Bonner für Berlin“ am SPD-Kandidaten Dietrich Stobbe.

So begann die knappe, aber spurentiefe Zeitspanne von Weizsäckers in Berlin erst zwei Jahre später, als er bei vorgezogenen Neuwahlen den Kandidaten der SPD, Hans-Jochen Vogel, besiegte.

Als neuer Regierender Bürgermeister ordnete er das Chaos aus Hausbesetzungen und Straßenkampf. Er verhinderte durch behutsame Steuerbewegungen am Staats-Ruder, daß sich die „Freie Republik Kreuzberg“ ganz Berlin einverleibte. Weizsäckers Autorität und Persönlichkeit teilten sich der Stadt mit, aber er gab sie ihr nicht preis.

Die Berliner mit ihrer Stadt versöhnt

Er folgte nicht dem Zeitgeist, nur nach dem politischen „Interesse“ zu fragen. Mit ihm kehrte der Grundsatz in die Berliner Politik zurück. Zwar schrieb er sich auch in die kommunalpolitische Handwerksrolle ein, aber seine Leistung lag in der Fähigkeit, die Berliner wieder mit ihrer Stadt zu versöhnen, sie neu zu gewinnen. „Die Mitte kann auf Dauer nicht Grenze sein“, wandelte er vielfach als sein Motto ab.

Zum 20. Jahrestag des Mauerbaus sagte er am 13. August 1981: „Was wir denken und tun, was wir versäumen oder schaffen, hat in hohem Maß seine Auswirkungen für unser Land und für unseren Kontinent. Daran werden wir gemessen, daran messen wir uns selbst.“ Das „freie Berlin ist zwar eine Insel, aber kein Käfig“. Die Berliner, sie lebten „nicht am Rande der Geschichte, sondern in der Mitte der großen politischen Entwicklungen“. Die Menschen würden „niemals aufhören, sich gegen die Mauer als Ausdruck politischer Perversion aufzulehnen“.



Eine Szene vom „Luther-Tag“ auf der Wartburg: Richard von Weizsäcker gibt jungen Christen aus der „DDR“ Autogramme FOTO: JÜRGENS

Sein Ziel gegenüber der „DDR“ formulierte er am 17. Juni 1983: „Wir werden uns vor Anbiederung bewahren wie von der Polemik fernhalten. Es geht uns nicht um Konfrontation, sondern um Einsicht und Änderung.“

Weizsäckers Souveränität gelang es zudem, durch den unwiederholbaren Kunstgriff, nicht „als Berliner Bürgermeister“, sondern als „deutscher Politiker“ zu Erich Honecker nach Ost-Berlin zu fahren und mit dieser Formel alle Status-Bedenken zu neutralisieren. Er machte Deutschland-Politik nicht mehr ex cathedra, sondern es officio.

Seine Ansprache als EKD-Ratsmitglied vor 15 000 mitteldeutschen Christen beim Kirchentag in Wittenberg im September 1983 gehört schon zu den deutschlandpolitischen Intermezzi der „DDR“. Sein Auftritt auf dem Marktplatz der Lutherstadt wäre heute nicht mehr vorstellbar: „Wir sind hüben und drüben Deutsche, wenn auch in zwei Staaten. Uns verbindet mehr als Sprache, Kultur und die Haftung für unsere Geschichte. Die wesentlichen Ziele stellen sich uns heute gemeinsam … Wir atmen dieselbe Luft; sie macht an Grenzen nicht halt“, rief er den Menschen zu.

Weizsäckers Fahrten in die „DDR“ fielen in die fragile Zeit, als Kohl zögerte, frühere Zusagen für die Präsidentschaftskandidatur von Weizsäcker zu erfüllen. Sie besaßen somit auch eine imagefestigende Aufgabe. Denn die wechselseitige Zuneigung zwischen ihm und den Berlinern schlug in Gereiztheit um, und die Berliner Union reagierte auf seine Zielstrebigkeit, das Präsidentenamt zu erlangen, mit tiefer Verbitterung.

Reisen nach Dresden, Weimar und Erfurt

Nur zweimal im stillen Interregnum zwischen dem Abschied in Berlin und dem ungetrübteren Willkommen in Bonn gab es vernehmliche Töne und Empfindsamkeiten. Der Kandidat erreichte, daß ein Buch mit Aufsätzen über ihn erst am Morgen nach der Wahl verkauft werden darf. Ein CDU-Sprecher andererseits irritierte die SPD mit der Auskunft, von Weizsäcker habe sich für eine Parteispenden-Amnestie ausgesprochen. Dabei war es Kohl selbst, der seinen Kandidaten in der entscheidenden Präsidiumssitzung ausdrücklich davon ausnahm, mit abzustimmen.

Weizsäcker nutzte die Monate zwischen Stadtamt und Staatsamt, um durch die Mark Brandenburg, nach Dresden, Weimar und Erfurt zu reisen. Er sog Stimmungen, Einschätzungen, Ansichten und Meinungen ein.

Weizsäcker wird die Politik des Ausgleichs ohne Vernebelung an seinen Präsidenten-Stander heften. Welchen Spielraum gegenüber dem Kanzler er dabei beansprucht? Schon die Vorbereitung eines Honecker-Besuchs wird dies erweisen. Seine diamantene Willenshärte in Dingen, die er für richtig und notwendig hält, zeigte sich bereits bei der „Kandidatensuche“ im vergangenen Jahr.

Europa – fremd, ungeliebt und fern der Insel

Europa, das ist für die Masse der Briten nach wie vor ein fremdes, unbegreifliches Phänomen. Noch immer berichtet das Fernsehen mehr über Indien als über Frankreich und Deutschland. Im Zeichen von Konfrontation mit der EG und Skepsis gegenüber dem Kontinent hat auf der Insel der Europa-Wahlkampf begonnen.

Von FRITZ WIRTH

Margaret Thatcher trug am Montagabend mal wieder den Kampfanzug. „Diese Regierung hat bereits zwei Milliarden Pfund an EG-Beiträgen für Großbritannien zurückgewonnen“, sagt sie. Es war der Start zum Europa-Wahlkampf ihrer Partei, und dieser erste stolze, selbstzufriedene Satz, mit dem sie die Kampfhandlungen eröffnete, enthüllte ihr gesamtes Dilemma für die nächsten drei Wochen.

Sie muß plötzlich die Vorzüge und den Nutzen eines Phänomens verteidigen, mit dem sie seit Jahren in Konfrontation lebt. Aus dieser Konfrontation ist ein europäisches Feindbild entstanden, denn das ständige Feilschen der britischen Regierung um „unser Geld“ mußte den Briten suggerieren, daß jenseits des Kanals eine schlitzohrige Meute von Europäern lebt, die sich auf britische Kosten den Alltag versüßt.

Nun also muß dieses bisher so hartherzige, unfaire, kleinliche Europa den Briten plötzlich als etwas Erstrebenswertes verkauft worden. Die Tories tun es mit dem Slogan: „Die starke Stimme für Europa“, und jeder weiß, wessen starke Stimme hier gemeint ist. Margaret Thatchers Kampf ums Geld wird nicht so sehr als ein Kampf für Britannien sondern für Europa dargestellt. So werden EG-Gefechte und Wahlparolen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht.

Die alerte Wortartistik beweist, wie heikel und problematisch dieser Wahlkampf für alle britischen Parteien ist. Nicht so sehr wegen ihrer unterschiedlichen Ideologien und ihrer so diversen politischen Einstellung zur Europäischen Gemeinschaft; das Problem aller britischen Politiker ist, daß sie hier etwas verkaufen müssen, was der Masse der Briten nach wie vor ein erstaunlich fremdes, unbegreifliches und fernes Phänomen ist.

Wenn sie zum Kontinent reisen, dann fahren sie nach „Europa“. Der Kanal ist immer noch mehr als eine Wasserstraße. Das Stoßgebet Gladstones „Glückliches England, durch eine weise Vorsehung vom Festland getrennt“, hat immer noch seine dankbar empfundene Gültigkeit und Randolph Churchills, des Vaters Sir Winstons, Feststellung, daß „das Ansehen dieses Landes darauf beruht, daß es sich im Zustand einer Virgo intakta befindet“, wird auch heute noch von vielen Briten gern unterschrieben.

So verteidigen sie diesen Zustand mit der Energie alter Jungfern, die ja oft bis ins hohe Alter in dem Wahn leben, daß ihr Zustand der Jungfräulichkeit um so attraktiver wird, je älter sie selbst werden.

Auf diesem Boden gedeiht dann der unausrottbare, immergrüne Dauer-Superlativ, der den Briten fast Tag für Tag immer aufs Neue von den Journalisten eingeblendet wird: „British is best“. So sind sie überzeugt, das beste Schulsystem, das beste Theater, die besten Computer, die besten Fußballer und das beste Rechtssystem der Welt zu besitzen.

Von diesem hohen Roß her läßt sich dann leicht herausfinden, daß vom Kontinent, von Europa her also, das Ungemach kommt: die Tollwut, das Dezimalsystem (das nach Ansicht vieler Briten bis heute noch für die einst galoppierende Inflation verantwortlich war), der Rechtsverkehr, die Butterberge und überhaupt der ganze lästige Geldärger. Da ist es denn gar nicht mehr erstaunlich, daß sich bei der letzten Meinungsumfrage vor zwei Monaten 55 Prozent der Briten für einen Auszug aus der Europäischen Gemeinschaft aussprachen.

Arroganz? Chauvinismus? Klein-Engländertum?

Europa-Korrespondent mit Sitz in London

Kaum. Die Wahrheit ist eher: jene Produkte und Eigenarten, die der Brite selbstherrlich als unübertrefflich preist, sind nicht zwangsläufig die besten in der Welt, sie sind nur anders. Er überbewertet sie lediglich deshalb, weil er nichts anderes und möglicherweise besseres kennt. Was ihn vor allem aber von den „neureichen“ Europäern unterscheidet: Stolz und Selbstbewußtsein des Briten werden nicht bestimmt von der Höhe seines Sozialprodukts, sondern vom Wissen um sein Anderssein. Und so ist es zu erklären, warum der angeblich so immerwährend „kranke Mann Europas“ über alle schlimmen Krisenzeiten hinweg unverändert eine so hohe Meinung von sich selbst bewahrt hat.

Dieses bemerkenswerte Selbstbewußtsein und das offenbar so unzerstörbare Gefühl insularen Andersseins nun, wird wachgehalten durch ein oft bestürzendes Maß an europäischer Ignoranz. Und damit ist nicht gemeint, daß sie die komplizierten Mechanismen der Euro-Bürokratie oder die absurde Logik europäischer Agrarpolitik nicht begriffen haben – denn diese Ignoranz wäre verzeihlich – gemeint ist das schlichte Nichtwissen über den europäischen Nachbarn. Denn Tatsache ist: der europäische Bürger und der europäische Alltag sind der Masse der Briten nach wie vor sehr fremde und befremdliche Phänomene.

Der Hauptgrund dafür ist die seit Jahrzehnten unbegreifliche Vernachlässigung Europas in den britischen Medien. Gewiß, die Auslandsberichterstattung der „Times“, des „Daily Telegraph“, des „Guardian“ und besonders der „Financial Times“ ist exzellent. Diese Zeitungen werden jedoch nur von zwei Millionen Briten gekauft. Der Rest bezieht seine Informationen aus dem Ausland und sein Wissen über den europäischen Nachbarn aus dem Fernsehen, dem Rundfunk und der Boulevard- oder Provinzpresse und diese Berichterstattung ist ein Trauerspiel.

Zum Beispiel Fernsehen: die ARD hat in Europa zwischen Moskau und Madrid insgesamt 15 Auslandskorrespondenten stationiert. Die BBC deckt diesen Raum mit einem einzigen Fernsehkorrespondeten ab, und der ist in London stationiert. Die Folge: eine kontinuierliche Fernseh-Information über die politischen Vorgänge in den europäischen Hauptstädten findet im britischen Fernsehen nicht statt. Ganz zu schweigen von Featuren oder Dokumentationen, die die sozialen und kulturellen Strukturen eines europäischen Landes darstellen. Die Schilderung des französischen, italienischen oder deutschen Alltags im britischen Fernsehen: Fehlanzeige.

Die Folge: der Bürger in Bordeaux, München oder Florenz ist dem auf das Fernsehen angewiesenen Briten nach wie vor ein sehr fernes und fremdes Wesen. So gedeihen denn die alten und unausrottbaren Vorurteile und Klischees vom „bloody foreigner“. Und deshalb ist da gar nicht mehr die Frage am Platz, warum die Briten uns nicht verstehen; sie haben keine großen Chancen, es zu tun.

Was das für Folgen hat, offenbarte eine Umfrage unter britischen Jugendlichen vor drei Jahren. Dabei gaben 55 Prozent der Befragten an, daß das Fernsehen ihre wichtigste Informationsquelle über die Bundesrepublik sei. So ist denn das Eingeständnis von 36 Prozent der Befragten nicht mehr erstaunlich, daß sie kaum irgendetwas („hardly anything“) über die Bundesrepublik wissen. Bestürzend jedoch ist die Tatsache, daß 49 Prozent nicht wußten, nach welchem politischen System die Bundesrepublik regiert wird und daß 15 Prozent der jugendlichen Briten die Bundesrepublik für einen totalitären Staat ohne freie Wahlen hielten.

Diese Ignoranz herrscht nicht nur gegenüber der Bundesrepublik, sie gilt für den gesamten europäischen Kontinent. Italien hat nur eine Chance, durch ein Erdbeben oder einen Mord der Mafia in britischen Fernseh-Nachrichten zu erscheinen. Frankreich wird zu einem Fernseh-Ereignis, wenn Frau Thatcher zum Präsidenten Mitterrand fährt, um britisches EG-Geld locker zu machen oder wenn französische Bauern britische Hammeltransporte stoppen. Die „DDR“ ist für britische Fernsehzuschauer praktisch nicht vorhanden.

Die Folge dieser Europa-Diät reicht weit über Europa hinaus. Denn was die Bürger in Hongkong, Australien, Neuseeland, Kanada oder sonstigen Commonwealthländern aus Europa erfahren, liefert ihnen die BBC. Die Fernsehstationen dieser Länder übernehmen in der Regel, was ihnen von den Briten angeboten wird.

Dagegen aber werden die Briten aus dem Commonwealth gut versorgt. Die Berichte aus Indien, Zimbabwe und selbst aus Südafrika erscheinen mit einiger Regelmäßigkeit auf ihren Bildschirmen. So etwas belebt Erinnerungen aus der Vergangenheit. Die europäische Zukunft aber – sie hat zumindest im britischen Fernsehen noch nicht begonnen.

„Eine starke Stimme für Europa“ heißt der Slogan der Regierung zur Europawahl. Es ist für die Mehrheit der Briten ein Ruf ins europäische Niemandsland. Grüße einer „Virgo intakta“ mit permanenten Kontaktproblemen.

Wann darf ein Asylant ausgeliefert werden?

Zimmermann lehnt Forderungen der FDP ab

MANFRED SCHELL, Bonn

In der Koalition stehen Auseinandersetzungen um die Wechselwirkungen zwischen dem Asyl- und dem Auslieferungsrecht bevor. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) lehnt die Forderung der FDP ab, per Gesetz festzulegen, daß Ausländer, wenn sie einen Asylantrag gestellt haben und das Anerkennungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, künftig nicht mehr ausgeliefert werden können. Er befürchtet, daß eine solche Regelung zum Mißbrauch des Asylrechts führen würde. Ende des Monats soll im Bundeskabinett über die kontroversen Positionen debattiert werden.

Die Position des Bundesinnenministers ist durch den Bericht einer interministeriellen Arbeitsgruppe gestärkt worden. Darin haben die Vertreter des Justiz- und des Innenministeriums als Alternative zum geltenden Recht ein „eingeschränktes Bindungsmodell" vorgeschlagen. Es sieht auf der einen Seite eine grundsätzliche Bindung der Entscheidungen im Auslieferungsverfahren an rechtskräftige oder noch nicht aufgehobene Asylzuerkennungen durch das Bundesamt oder die Verwaltungsgerichte vor. Andererseits soll jedoch eine Auslieferung trotz positiver Entscheidung im Asylverfahren erlaubt sein, wenn „die besonderen Sicherungen des Auslieferungsverfahrens" verhindern, daß der Betroffene nach der Auslieferung politisch verfolgt wird. Bundesjustizminister Engelhard, der hier unter Druck seiner Fraktionskollegen Baum und Hirsch steht, teilt offensichtlich nicht das Votum seiner Fachbeamten, sondern tendiert zur Haltung der FDP-Fraktion und der des Auswärtigen Amtes. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes haben in der Arbeitsgruppe die Meinung vertreten, sie zögen ein „uneingeschränktes Bindungsmodell" vor. Allerdings stützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Position des Bundesinnenministers.

Die interministerielle Kommission hat interessante Zahlen und Daten festgehalten. Danach zeigt die Zahl der ausländischen Auslieferungsersuchen „steigende Tendenz". Im Durchschnitt der letzten Jahre ergibt sich eine Zahl von etwa 300 Ersuchen pro Jahr. Davon wurden etwa 80 Prozent durch Bewilligung und Vollzug der Auslieferung erledigt. Weniger als 10 Prozent wurden abgelehnt, und der Rest der Ersuchen erledigte sich auf andere Weise, etwa durch die Rücknahme des Ersuchens oder die Ergreifung des Betroffenen in einem anderen Staat.

Auffällig ist, daß der Anteil der türkischen Auslieferungsersuchen an der Gesamtzahl der Anträge, der in früheren Jahren nur etwa 1 Prozent ausmachte, in den letzten vier Jahren sprunghaft angestiegen ist. Er liegt derzeit bei 15 Prozent. Die Auswertung der türkischen Ersuchen von September 1980 bis August 1983 hat ergeben, daß 60 Prozent bewilligt und 25 Prozent abgelehnt worden sind.

Bei etwa 15 Prozent aller Auslieferunfgsfälle, so hat die Kommission festgehalten, also in jährlich 30 bis 40 Fällen, werde die drohende Gefahr politischer Verfolgung im Auslieferungsverfahren vorgetragen. Während in früheren Jahren hauptsächlich jugoslawische Ersuchen diesem Einwand ausgesetzt gewesen seien, habe sich nun das Schwergewicht auf türkische Ersuchen verlagert.

Die Vertreter der „auslieferungsrechtlichen Praxis", also die Oberlandesgerichte und Generalstaatsanwaltschaften, vertraten die Ansicht, das geltende Recht habe sich bewährt und bedürfe keiner grundlegenden Änderung. Notwendig sei lediglich eine Verbesserung im Informations- und Koordinationsfluß. Die Vertreter der Verwaltungsgerichtsbarkeit neigten mehrheitlich zu einer „stärkeren Bindung" der Auslieferungsentscheidungen an Erkenntnisse und Ergebnisse der Asylverfahren. Bei Abwägung der einzelnen Möglichkeiten gaben jedoch die Vertreter des Justiz- und des Bundesinnenministeriums dem Modell den Vorzug, nach dem stets die erste Entscheidung des Bundesamtes abgewartet werden muß und danach jede positive Asylentscheidung des Amtes oder eines Gerichtes „so lange Bindungswirkung entfaltet, als sie nicht rechtskräftig aufgehoben worden ist".

Schmidt soll nochmals vor Flick-Ausschuß

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre will noch vor der Sommerpause den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt erneut vernehmen. Dabei soll es noch einmal um ein Treffen zwischen ihm und Konzern-Chef Friedrich-Karl Flick am 13. April 1976 im Bundeskanzleramt gehen. Diese Begegnung will die CDU/CSU bereits morgen bei der Amnestiedebatte für Steuersünder bei Parteispenden zur Sprache bringen.

Schmidt soll jetzt darüber Auskunft geben, warum er bei seiner Befragung im Ausschuß am 11. April dieses Jahres nicht erwähnt hat, daß an diesem Treffen auch der ehemalige SPD-Schatzmeister Alfred Nau und der damalige Vorsitzende des Gesprächskreises Wirtschaft und Politik der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, Ernst Wolf Mommsen, teilgenommen haben sollen. Das jedenfalls geht aus einem „Kalenderblatt" hervor, so Schmidt bei dieser Vernehmung, unter der Überschrift „Termine des Herrn Bundeskanzlers am Dienstag, dem 13. April 1976". Dort stehe: „11.30 Uhr Gespräch mit den Herren Nau, Mommsen und Flick". Nach dieser Übersicht war für die Unterredung eine Dauer von 75 Minuten vorgesehen.

Angesichts dieses Eintrags wird in der Koalition darauf verwiesen, daß Schmidt bei seiner Vernehmung dieses „Kalenderblatt" vor sich liegen und es vor einer Antwort auf eine Frage von Friedrich Bohl (CDU) sogar noch einmal studiert hatte. Das Treffen mit Flick 1976 war erst durch dessen Aussage am 26. März bekanntgeworden. Denn bei seiner ersten Befragung hatte Schmidt nur von einer Begegnung mit dem Konzernchef am 25. Oktober 1979 berichtet. Flick hatte erklärt – „soweit ich mich erinnern kann" –, daß an dem ersten Treffen auch der damalige Manager Max Paefgen teilgenommen hätte. Paefgen soll morgen vor dem Ausschuß aussagen.



Klaus Meyer-Abich FOTO:DPA

Fischer-Appelt attackiert den Senat

UWE BAHNSEN, Hamburg

An der Hamburger Universität braut sich ein hochschulpolitisches Unwetter zusammen. Wenige Wochen vor dem Amtsantritt des künftigen Wissenschaftssenators Professor Klaus Meyer-Abich hat sich Universitätspräsident Peter Fischer-Appelt an die Spitze einer Protestbewegung in der Universität gesetzt, die mit ungewöhnlicher Massivität gegen die Sparpläne des Senats für die Hochschule zu Felde zieht.

In einem Interview für den Hamburg-Teil der „Bild"-Zeitung bezeichnete Fischer-Appelt die Sparauflagen der Landesregierung für die von ihm geleitete Hochschule als so nicht realisierbar und schloß „Unruhen" an der Universität nicht aus: „Mit solchen Einbrüchen können wir nicht leben. Der Senat denkt zu viel ans Sparen und zu wenig an die Zukunft unserer Jugend."

Zu der Forderung des politischen Senats, die Universität solle in den nächsten fünf Jahren 178 Wissenschaftler an die neue Technische Universität in Harburg abgeben und damit ohne Ersatz auf jeden zwölften Wissenschaftler aus dem eigenen Lehrkörper verzichten, erklärte Fischer-Appelt: „Das können wir nicht schaffen, oder wir müßten ganze Institute und Studiengänge schließen. Wir könnten weniger Studenten ausbilden – und die schlechter als bisher."

Scharf kritisierte der Universitätspräsident die Sparauflagen bei den Sachausgaben der Universität, die ein „unvertretbares Ausmaß" hätten: „Da will der Senat zum Beispiel die Zuschüsse für Studentenwohnheime und das Mensa-Essen bis zu 50 Prozent kürzen; für die Bibliotheken gibt es weniger Bücher; dabei haben wir schon Hunderte von wichtigen Fachzeitungen abbestellt." Die Sparpläne des Senats seien „undurchführbar". In Teilen ist nach Auffassung Fischer-Appelts die Forschung an der Hamburger Universität bedroht: „Wir sollen allein in diesem Bereich fünf Millionen Mark einsparen. Ich gebe zu bedenken, daß die Universität aufgrund ihres hervorragenden wissenschaftlichen Ansehens jährlich über 80 Millionen Mark Forschungszuschüsse aus Stiftungen und aus der Wirtschaft bekommt. Das garantiert allein 1000 Arbeitsplätze. Wir sind also einer der wenigen Bereiche, der für Hamburg noch Geld anschafft."

Nach Ausschreitungen vor Stuttgarter Druckhaus

Polizei räumt Tatenlosigkeit „in Einzelfällen" ein

XING-HU KUO, Stuttgart

Die massive Warnung wurde verstanden: Thomas Löffelholz, Chefredakteur der „Stuttgarter Zeitung", durfte am Montagabend gegen 20.00 Uhr unbehelligt in seinem Pkw das seit Freitag besetzte und belagerte Druckzentrum im Ortsteil Möhringen verlassen. Keiner der etwa ein Dutzend Streikposten forderte ihn – wie an den Tagen zuvor – auf, sein Auto durchsuchen zu lassen. Auch andere Mitarbeiter wurden diesmal nicht behindert.

Nur wenige Stunden zuvor hatte Löffelholz vor der Landespresse zornig erklärt: „Als Staatsbürger werde ich mich weder durchsuchen lassen noch diskutieren." Wenn man ihn erneut belästige, werde er „notfalls im Wagen übernachten". Gemeinsam mit dem Chefredakteur der im gleichen Haus erscheinenden „Stuttgarter Nachrichten", Jürgen Offenbach, die beide keine Möglichkeit hatten, in ihren bestreikten Blättern über die dramatischen Entwicklungen vor dem Druckzentrum zu berichten, übte Löffelholz heftige Kritik an dem Verhalten der Streikposten und der Untätigkeit der Polizei. Nach der Pressekonferenz bestätigten Mitarbeiter des Verlages und der Redaktionen in allen Einzelheiten, wie gegen sie ein „Psychoterror" praktiziert, aber auch direkt gewalttätig vorgegangen worden war.

Sekretärinnen beschimpft

Eine schwangere Frau berichtete: „Mir wurde von Streikposten ein Bein gestellt." Nur mit „großer Mühe" habe sie einen Sturz verhindern können. Sekretärinnen und technische Mitarbeiterinnen wurden als „Verlegernutten, Prostituiertenschweine, Nazisau" und dergleichen mehr johlend „begrüßt".

Zahlreiche Autos von Mitarbeitern wurden gefilzt, „bis unter die Fußmatte", auf Windschutzscheiben und Pkw-Fenster wurde mit Fäusten getrommelt, wurde mehrmals berichtet. Zur Einschüchterung gehörte ferner das Fotografieren von „Streikbrechern". Ein leitender Redakteur (die Namen aller Betroffenen sind bekannt, d. Red.) wurde von mehreren weiblichen Streikposten an der Krawatte gezogen. Als er die Angreiferinnen sanft beiseite schob, stürzten „Kollegen" auf ihn zu: „Wir bezeugen, daß du die Frau tätlich angegriffen hast."

Ein Feuilletonist wurde als „Drecksau, Nazischwein und Arbeiterverräter" beschimpft.

All dies, so erklärten die beiden Chefredakteure zusammenfassend, habe mit „rechtsstaatlichen Abläufen nichts zu tun". Die Aktionen in dem Betrieb, in dem die meisten Arbeitnehmer gegen einen Streik seien, wie eine interne Umfrage in einer Druckkerei ergeben hatte (80 Prozent dagegen), seien deshalb eine „Blockade, Belagerung und Geiselnahme", so Jürgen Offenbach.

„Bestürzend", so Löffelholz, daß die Polizei „diese Rechtsbrüche duldet". Offenbach: „Man hat unsere Leute fast in eine Falle laufen lassen." Am Sonntag hatte Stuttgarts Polizeipräsident Eduard Vermander Polizeischutz für 20 arbeitswillige Techniker zugesagt. Die anwesenden Beamten vor Ort wußten jedoch nichts von dieser Zusage. So wurden die 20 Drucker und Setzer von Streikposten eingekesselt und 15 Minuten lang mit Megaphonen „traktiert", bis sie diesem massiven Druck nicht mehr standhielten.

Polizeisprecher Herbert Gaißmayer bedauerte in einem WELT-Gespräch diesen Vorfall. Er sei aufgrund eines Mißverständnisses entstanden: die „zeitliche Abfolge" sei nicht völlig klar gewesen. Die Tatenlosigkeit der Polizei räumte der Stuttgarter Polizeisprecher "in Einzelfällen" ein, verwies darauf, daß die Polizisten nicht „ständig in der Menge" sein könnten. Man werde künftig „sorgfältig" darauf achten, daß die Streikposten ihre Kompetenzen nicht überschreiten.

Einige Streikposten gaben zu, daß es zu „Auswüchsen in der Hitze des Gefechts" gekommen sei, so auch der Streikposten Kleinen-Kuhnen von der Südwestdeutschen Rollenoffset im Druckhaus gegenüber der WELT.

Was Hensche sagt

Aufgeheizt wurde die Stimmung aber auch durch ein Flugblatt der IG Druck, in dem ein bedauerlicher Zwischenfall vom Freitagabend zum „Mordanschlag" hochstilisiert und Journalisten, darunter Jürgen Offenbach, als „Schreibtischtäter" dargestellt werden. Der Stuttgarter IG-Druck-Vorsitzende Horst Bekel war von einem Lieferwagen angefahren und verletzt worden. Der Fahrer erklärte, er sei aus dem Wagen gezerrt worden, so daß er die Bremse habe loslassen müssen. Auch die Polizei hat bisher keinen Anhaltspunkt für einen Vorsatz gefunden.

Entgegen den Aussagen sogar der Streikposten über „Auswüchse", die sie allerdings auf das Konto der „Chaoten" abschieben, will Vorstandsmitglied Detlev Hensche von der IG Druck nichts wissen. Dies sei „Quatsch", Gewalt habe es nicht gegeben. Ausweis- und Autokontrollen seien bei Streiks „normal". Er räumte lediglich ein, daß es möglicherweise zu „verbalem Überkochen" gekommen sein könnte, wofür er jedoch vollstes Verständnis habe.

Die Städte wollen streikbedingte Sozialhilfen ersetzt bekommen

E. NITSCHKE, Bonn

Nach dem Ende der gegenwärtigen Streiks will der Deutsche Städtetag in Köln notfalls durch eine „rechtliche Auseinandersetzung" klären lassen, wer den Gemeinden die durch Streikfolgen entstehenden Sozialhilfeausgaben ersetzt. Städtetag-Präsident Günter Samtlebe, Oberbürgermeister der schwer verschuldeten Stadt Dortmund, möchte damit eine Rechtsunsicherheit beseitigen lassen, die seit rund 20 Jahren bei jedem Arbeitskampf die Städte belastet.

Mit der Feststellung: „Wir sehen zur Zeit schlecht aus" charakterisierte Samtlebe auf Anfrage der WELT die gegenwärtig durch nichts abgesicherte Position der Städte in dieser Streitfrage. Nach dem Bundes-Sozialhilfegesetz sind sie verpflichtet, „bei Bedürftigkeit" zu zahlen. Bisher hat sich noch kein Streik so lange ausgedehnt, daß die meist drei Wochen nach seinem Beginn anfangende Not sich für die Kommunen katastrophal auswirkte. Das habe dazu geführt, so ein Sprecher des Deutschen Städtetages, „daß sich bisher weder Bund noch Länder unserer dringenden Appelle angenommen haben". Man sei stets davon ausgegangen, daß die Angelegenheit ja nicht allzu lange dauern werde, und tröste sich vielleicht auch jetzt mit dieser Hoffnung. Mit der halben Anerkennung: „Ja, ja - da muß eine Lösung gefunden werden" wolle man sich diesmal nicht mehr zufrieden geben.

Die Stadt Dortmund hat ihre nicht sehr hohen Sozialhilfeausgaben infolge von Streiks 1979 nachträglich nicht ersetzt bekommen. Damals haben sich 700 zeitweilig arbeitslos gewordene Männer und Frauen gemeldet, von denen nur 100 empfangsberechtigt waren.

Wer Sozialhilfe beanspruchen will, muß nachweisen, daß kein „anderes Einkommen" durch arbeitende Ehefrau oder Kinder vorhanden ist. Sparguthaben müssen bis auf einen Rest ausgegeben werden, ehe die Städte Sozialhilfe zahlen. Im Falle einer Familie mit Vater, Mutter und zwei Kindern zum Beispiel darf ein Rest von rund 3000 Mark auf dem Sparkonto bleiben. Für langfristig festgelegte Vermögenswerte, zum Beispiel Sparbriefe oder Bundesschatzbriefe, werden Darlehen gezahlt. Eigengenutzte Einfamilienhäuser werden nicht mit beansprucht und gelten als unantastbar.

OB Samtlebe, in dessen Stadt es 16 Prozent Arbeitslosigkeit gibt, läßt jährlich 140 Millionen Mark Sozialhilfe zahlen, davon 30 Prozent durch Arbeitslosigkeit bedingt.



Städtetag-Präsident Günter Samtlebe, OB von Dortmund, will eine Rechtsunsicherheit beseitigen lassen, unter der die Städte leiden. FOTO:DPA

Kohl: Keine Alternative zur FDP

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Koalition will die Parlamentsdebatte über die Spenden-Affäre und die gescheiterte Amnestie am Donnerstag mit hochkarätigen Rednern bestreiten und zugleich ihre Geschlossenheit durch die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung unter Beweis stellen. Bundeskanzler Helmut Kohl, der ebenfalls in die Debatte eingreifen wird, sagte gestern im Hinblick auf die zunächst angestrebte Amnestie vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in „der Sache" könne sich die Union nach wie vor sicher sein, „obwohl wir eine Schlappe erlitten haben". Aber es helfe jetzt nichts, „nur Wunden zu lecken". Vor dem Hintergrund so mancher kritischer Stimme gegenüber der FDP sagte Kohl, zu der Koalition mit der FDP gebe es „keine Alternative".

Antrag der Koalition

Neben Kohl werden für die Union Bundesfinanzminister Stoltenberg, Fraktionsvorsitzender Dregger und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Waigel, sprechen. Bei der FDP sind dafür der Parteivorsitzende Genscher und seine Stellvertreter Baum und Mischnick vorgesehen. In der FDP-Fraktion, in der von einer „Verbesserung der Grundstimmung" und „gesteigertem Selbstbewußtsein" die Rede war, hieß es, die Koalition werde sich in der Debatte nicht auseinanderdividieren lassen. Der Antrag der Koalition ist eine Übereinkunft auf kleinstem Nenner, nachdem das Amnestiegesetz am Widerstand der FDP gescheitert ist. Der Antrag wird aus drei Punkten bestehen und darauf hinweisen, daß eine Finanzierung der Parteien durch den Staat nicht wünschenswert ist, weil sie unabhängig bleiben müßten. Deshalb seien die Parteien auf Spenden angewiesen. Außerdem soll auf die auch in steuerrechtlicher Hinsicht einwandfreie Regelung in dem jetzt gültigen Parteienfinanzierungsgesetz verwiesen werden.

Auch kritische Stimmen

In der Unionsfraktion wurden gestern auch kritische Stimmen laut. Sie richteten sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht gegen die zunächst beabsichtigte Amnestie, sondern gegen das dabei praktizierte Verfahren. Die Abgeordnete Ingrid Roitzsch rügte, „wir waren nicht genügend informiert". Von einem „Mangel an Informationen" sprach auch der Abgeordnete Peter Milz. Der Abgeordnete Ortwin Lowack betonte, die Fraktion hätte sich auf diese Diskussion besser vorbereiten sollen, vor allem aber hätte die Regierung den Sachverstand der Fraktion in ihre Entscheidung einbeziehen müssen.

Es gab vereinzelte Stimmen, die den in Aussicht genommenen Antrag zu wenig aussagekräftig nannten. Zu ihnen gehörte der Abgeordnete Rolf Olderog, der meinte, der Antrag sei „farblos". Große Aufmerksamkeit fand der Debattenbeitrag des Abgeordneten Herbert Köhler (Duisburg), der auf die Gefahr von Vorverurteilungen für Politiker und Spender verwies. Ohne den Namen zu nennen, erinnerte Köhler an das Schicksal des Industriellen Goergen, der – obwohl er Millionär war – unter dem Verdacht der Veruntreuung einiger zehntausend Mark lange Zeit strafrechtlich verfolgt worden sei. Später hätten sich dann diese Verdachtsmomente als haltlos erwiesen. Goergen sei durch die Vorverurteilungen „zerstört" worden, sagte Köhler.

Kohl: Keine Alternative zur FDP

Wörner: SPD betreibt Politik der Utopie

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Ergebnisse des SPD-Parteitages zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hat Bundesverteidigungsminister Wörner scharf kritisiert. Wörner erklärte, die SPD habe von ihrer eigenen bisherigen Sicherheitspolitik Abschied genommen und die Übereinstimmung im westlichen Bündnis aufgegeben. Von einer Politik der Vernunft, für die Helmut Schmidt als Bundeskanzler schon keine Mehrheit in seiner eigenen Partei gefunden habe, habe sich die SPD losgesagt und Zuflucht gesucht bei einer „Politik der Utopie und der Illusionen".

Die SPD, die sich in Essen zwar auf den Verbleib in der NATO verständigte, aber deren Militärstrategie der „flexiblen Reaktion" und den darin festgelegten möglichen Erstgebrauch von Nuklearwaffen als nicht akzeptabel hinstellte, ist nach Wörners Worten dermaßen stark von der Realpolitik und den Sicherheitserfordernissen für die Bundesrepublik Deutschland abgerückt, daß „der frühere Außenseiter Eppler die Aufgabe übernehmen konnte, die Position des Parteivorstandes gegen noch weitere Forderungen des linken Flügels zu verteidigen". Unter Egon Bahrs Regie sei die Abkehr aus der Gemeinschaft des westlichen Bündnisses eingeleitet worden. Darüber, so unterstrich der CDU-Politiker, könnten auch formale Bekenntnisse der SPD zur NATO nicht hinwegtäuschen. An die Stelle der Allianz-Strategie sei „eine Anordnung unklarer und höchst widersprüchlicher Begriffe und Parolen getreten".

Wörner ist der Meinung, daß eine von der SPD geführte Bundesregierung die Sowjetunion dazu einlädt, ohne jedes eigene Risiko eine rücksichtslose Vormachtpolitik gegenüber Europa zu verfolgen.

Israel besteht auf Camp David

rtr, Jerusalem

Der israelische Ministerpräsident Shamir hat eine internationale Nahost-Konferenz zur Lösung des israelisch-arabischen Konflikts erneut abgelehnt. Im Parlament sagte Shamir, eine solche Konferenz würde sich lediglich zu einem Propagandaforum entwickeln. Der Friedensvertrag mit Ägypten; das Abkommen von Camp David zeige dagegen „den einzigen politischen Kurs, der zum Frieden in unserer Region führen kann", sagte Shamir. Der Ministerpräsident erneuerte die Zusicherung, daß Israel keine Absicht habe, Syrien anzugreifen.

Belgien: Spione enttarnt

AFP, Brüssel

Die belgischen Behörden haben in den letzten Tagen vier Personen aus dem Ostblock der Spionage überführt. Gestern wurde aus dem Brüsseler Justizministerium bekannt, daß zwei „DDR"-Bürger aufgefordert worden waren, das Land zu verlassen. Tags zuvor war die Ausweisung von zwei sowjetischen Agenten bekanntgeworden, die dem Vernehmen nach versucht hatten, in den Besitz streng geheimer NATO-Dokumente zu gelangen. Sie wurden am vorigen Samstag festgenommen und sollten noch gestern Belgien verlassen.

Italiens KP möchte Craxi zu Fall bringen

Ist das Ziel ein Minderheitskabinett der Christdemokraten?

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Zum zweitenmal innerhalb weniger Tage hat die italienische Abgeordnetenkammer der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Wieder, wie schon bei der ersten Abstimmung, ging es um eine „technische" Frage. Mit dem Votum der fünf Regierungsparteien konnte die weitere Behandlung von 61 Resolutionsanträgen blockiert werden, die von der Linksopposition zur Verzögerung der Debatte über das Anti-Inflationsdekret der Regierung eingebracht worden waren.

Zwölf andere Entwürfe blieben freilich auf der Tagesordnung. Erst wenn auch über sie entschieden ist, kann das Dekret, das die inflationstreibende Lohn-„Rolltreppe" verlangsamen soll, von der Kammer ratifiziert werden.

Die Debatte über das Lohndekret beschäftigt das Parlament bereits seit Mitte Februar, das heißt, seit dem Erlaß der ersten „Notverordnung", die dann, da sie auf Grund der kommunistischen Obstruktionstaktik nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 60 Tagen die parlamentarische Billigung gefunden hatte, Mitte April durch das jetzt diskutierte Dekret ersetzt worden war. Im Laufe dieser langen Parlamentsdebatten wurde von Woche zu Woche deutlicher, daß es den Kommunisten bei ihren Verzögerungsmanövern weniger um die Sachfrage einer Eindämmung der Lohndynamik als vielmehr darum geht, den sozialistischen Ministerpräsidenten Craxi so schnell wie möglich zu Fall zu bringen.

Offensichtlich sieht die KPI in Craxi heute ihren gefährlichsten Rivalen, den sie mit allen Mitteln aus der Schlüsselstellung des Regierungschefs verdrängen möchte. Eine Äußerung des KPI-Sekretärs Berlinguer läßt vermuten, daß den Kommunisten sogar ein Christdemokrat als Regierungschef noch lieber wäre als der Sozialist Craxi. Der parlamentarische Obstruktionismus, so sagte Berlinguer, sei im Augenblick das einzige Mittel, um der „Arroganz" Craxis zu begegnen. Diese Arroganz drücke sich in der vom Ministerpräsidenten unter der Hand vertretenen These aus, daß nur das amtierende Kabinett die Regierbarkeit des Landes garantieren könne. Berlinguer: „Dieses Parlament kann auch die Bildung anderer Regierungen ermöglichen."

Politische Beobachter in Rom sehen in dieser Äußerung ein indirektes Angebot zu einem Arrangement mit der Democrazia Cristiana (DC). Sie vermuten, daß der KPI-Chef, um Craxi auszumanövrieren, auf ein christdemokratisch geführtes Minderheitskabinett hinarbeitet, das sich im Parlament auf die wohlwollende Neutralität der KPI stützen könnte.

Die DC-Führung hat bisher eine derartige Hypothese klar zurückgewiesen. Freilich gibt es in der Democrazia Cristiana durchaus Kräfte, die eine solche Lösung nicht unbedingt ausschließen möchten.

Die christdemokratische Parteileitung scheint freilich zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß ein Regierungswechsel vor den Europawahlen noch riskanter wäre als ein Wahlgang mit Craxi als Regierungschef. Eine Regierungskrise vor dem 17. Juni gilt deshalb als unwahrscheinlich. Erst danach soll die von Craxi geleitete Fünferkoalition in einem Spitzengespräch der Parteiführer von Grund auf überprüft werden. Dieses Verfahrensprogramm gibt den europäischen Wahlen in Italien eine große innenpolitische Bedeutung.

Denkzettel für die Führung der FDP

Schlechtere Ergebnisse bei Fraktions-Abstimmung

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bei den turnusmäßigen Neuwahlen hat die Führung der FDP-Bundestagsfraktion gestern einen Denkzettel erhalten. Die Mitglieder der Fraktionsspitze wurden zwar insgesamt im Amt bestätigt, erhielten aber mit Ausnahme des Vorsitzenden Wolfgang Mischnick deutlich schlechtere Ergebnisse als bei den letzten Wahlen. Fast ein Drittel der Abgeordneten wollte damit offensichtlich ihren Unwillen über das Vorgehen beim inzwischen gescheiterten Amnestiegesetz zum Ausdruck bringen. Ihre Kritik richtete sich jedoch nicht gegen Mischnick, der die Fraktion seit 1968 leitet: Er erhielt wie beim letzten Mal 31 Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen. Vor einem Jahr hatte er sogar noch eine Nein-Stimme. Mischnicks Stellvertreter Dieter-Julius Cronenberg und Hans-Günter Hoppe verschlechterten sich im Vergleich von 32 auf 25 Ja-Stimmen, erhielten statt einer diesmal drei Nein-Stimmen und statt zwei Enthaltungen sechs.

Daraufhin fiel der ehemalige Kritiker des Koalitionswechsels, Mischchnicks dritter Stellvertreter Uwe Ronneburger, im ersten Wahlgang sogar durch. Ihm sollte damit der Unwille darüber gezeigt werden, daß er als einer der ersten von dem Amnestie-Gesetz öffentlich abgerückt war. Im zweiten Wahlgang wurde Ronneburger dann mit 24 Stimmen wiedergewählt. Ein Vergleich gegenüber dem letzten Jahr ist nicht möglich. Damals war Burkhard Hirsch gegen ihn angetreten. Der Parlamentarische Geschäftsführer Klaus Beckmann bekam bei 25 Ja-Stimmen eine weniger als das letzte Mal, sein Kollege Torsten Wolfgramm verschlechterte sich von 31 auf 26. Die Ergebnisse dieser Asbtimmung waren insgesamt erwartet worden. In der Fraktion hatte es in jüngster Zeit deutliche Unruhe gegeben. Indessen geht die Fraktionsspitze davon aus, daß sie trotz einiger „Irritationen" auch die Diskussionen um das umstrittene Amnestiegesetz am morgigen Donnerstagim Bundestag mit Anstand überstehen kann. Dies würdezugleich bedeuten, daß die Fraktion in sich gefestigt bleibt, wie es nicht nur die Fraktionsspitze, sondern auch die Parteispitze erhofft. Die Abstimmungen in der Fraktion waren allerdings nach Auffassung von Beobachtern zugleich ein Signal an den Parteivorsitzenden Hans-Dietrich Genscher. Nicht wenige meinen, er habe ein großen Teil seines Vertrauens in der Partei und nach außen verspielt.

Golf: USA üben Zurückhaltung

Reagan schreibt an König Fahd / Politik der „leisen Töne" und der Vorsorge

KIELINGER/SAD, Washington

Präsident Reagan hat die Saudis in einem persönlichen Brief an König Fahd gebeten, amerikanischen Kampfflugzeugen Landeerlaubnis auf ihrem Territorium zu geben, wenn der Einsatz von US-Streitkräften zum Schutz der Schiffahrt im Golf erforderlich werden sollte.

Wie es heißt, ist es der US-Regierung nicht darum zu tun, Stützpunkte auf Dauer eingeräumt zu erhalten. Im Augenblick gehe es nur um die Einräumung einer Landeerlaubnis, von der nur von Fall zu Fall Gebrauch gemacht werden solle. An die Entsendung von Luftwaffenverbänden sei im Augenblick nicht gedacht. Für die Planung sei es jedoch wichtig zu wissen, mit welchen Stützpunkten man im Ernstfall rechnen könne.

Amerika hat fünf kleinere Schiffe im Persischen Golf stationiert. Ein größerer Flugzeugträgerverband operiert im Indischen Ozean in der Nähe des Golfs. Die Bitte, den US-Streitkräften die Benutzung von Landstützpunkten zu gestatten, illustriert erneut die Überzeugung des Pentagon, daß die Schiffahrtswege im Persischen Golf durch die dort schon präsenten Seestreitkräfte nicht allein geschützt werden können. Die US-Marine scheut sich, den Flugzeugträgerverband in den engen Gewässern des Golfs zu exponieren. Von Land aus operierende Flugzeuge könnten die Sicherung des Luftraums nach Meinung der Militärs wirkungsvoller übernehmen.

Die Verteidigung der Golf-Region, des freien Zugangs zu den Rohölquellen, gehört zu den tradierten Grundsätzen der US-Außenpolitik, besonders seit dem Januar 1980, als Präsident Carter in einer Fernsehansprache diese Verpflichtung hervorbob und sie damit quasi in den Rang einer Doktrin – man spricht daher auch von der „Carter-Doktrin" – erhob.

Seit einigen Tagen jedoch ist ein rhetorischer Wandel in der amerikanischen Hauptstadt zu spüren. Vizepräsident Bush bemerkte vor einer Journalistenrunde, das Letzte, was die USA suchten, sei „unilaterale Intervention". Das wäre „kaum konstruktiv". Bush empfahl eine Politik der „leisen Töne". Bush hatte auf seiner jüngsten Reise auch den Sultan von Oman besucht.

Die „leisen Töne" der gegenwärtigen Politik kontrastieren scharf mit der Interventionsrhetorik der letzten vier Jahre. Zum Einsatz im Golf und anderen Krisenherden hatten die USA seit der Carter-Administration sogar eine eigene Truppeneinheit geschaffen, die schnelle Einsatzreserve („Rapid Deployment Force"). Heute besticht an dieser Reserve nur die Reserviertheit der Politiker, mit diesem Instrument umzugehen.

Es dämmert den Verantwortlichen, daß ein militärisches Eingreifen ohne garantierte Land- und Seestützpunkte ein Risiko darstellt, das eine Weltmacht nicht eingehen sollte. Das Engagement in Libanon hat gezeigt, daß eine Vorwärtsposition nicht haltbar ist, wenn ihr die politische Basis und die operationelle Flexibilität fehlen.

In dieser Zurückhaltung kommt erneut der große Zug zur Vorsicht durch, der die Reagan-Administration in ihrem tatsächlichen Vorgehen auf militärisch-politischem Felde kennzeichnet. Einsätze werden nur voll durchgezogen bei gewinnträchtigen Unternehmungen, wie in Grenada. Ansonsten geht die Reagan-Administration eher auf Distanz – vor allem, wenn keine ausdrücklichen Hilfegesuche aus bedrohten Ländern vorliegen und die Verbündeten ihrerseits keinen großen Appetit für gemeinsame Unternehmen zeigen. Sicher ist in diesem Zusammenhang, daß weder London noch Paris, die beide Marinekräfte in der Nähe des nahöstlichen Krisenherds unterhalten – Großbritannien in Bahrain, Frankreich in Dschibuti – hörbar nach vorn getreten sind, um die amerikanische „Doktrin" zur Verteidigung der Ölzufuhr zu unterstützen. Wie die WELT erfahren konnte, hat es auch amerikanische Sondierungen in Bonn gegeben, über eine mögliche bundesdeutsche Beteiligung an gemeinsamen militärischen Aktionen. Die Debatte ist aber nicht weit gediehen. In Bonn konzentriert man sich statt dessen weiter auf die Frage, wie die Lücken aufzufüllen wären, die eventuell in den Golf abgezogene GIs entlang der Front in Mitteleuropa hinterlassen würden.

Die regierungsamtliche Distanz in Washington erinnert an Äußerungen des Präsidentschaftskandidaten Gary Hart, die durchweg darauf hinwiesen, nicht die USA seien in erster Linie an der Erhaltung der freien Ölzufuhr interessiert, sondern die Verbündeten der USA, die alle viel mehr von dieser Importquelle abhingen als die Vereinigten Staaten. Hart wurde wegen dieser Äußerungen bezichtigt, einem neuen amerikanischen Isolationismus das Wort zu reden. Zumindest findet es auch der Präsident tunlich, eher Zurückhaltung zu zeigen denn Übereifer. Diese Tendenz wird von den Wählern begrüßt – aber vom Ausland mit großer Skepsis verfolgt. So beschuldigte Kuwaits Ölminister Scheich Ali Khalifa al Sabah am Wochenanfang die Amerikaner der „Indifferenz" gegenüber dem Golfkrieg und hielt ihnen kritisch ihre „Zuschauer-Position" vor.

Kritik wie diese kann die amerikanische Politik aber nur in ihrer Zurückhaltung bestätigen. Es verrät sich hier ein altes Gesetz: Die Amerikaner können tun, was sie wollen – sie werden immer Kritiker finden.

Ben Bella umwirbt Frankreich-Algerier

Ihre Erfahrungen sollen der Heimat nützen / Neue Partei als Instrument dieser Politik

A. GRAF KAGENECK, Paris

In einem Interview mit der Genfer Zeitung „La Suisse" hat Ahmed Ben Bella, der einstige Führer der algerischen Revolution und kurzfristige Präsident des Landes (1963 bis 1965), am Wochenende die baldige Gründung einer neuen algerischen Partei unter dem Namen „Bewegung für die Demokratie in Algerien" (MDA) angekündigt, deren Aufgabe es sein soll, die Einparteienherrschaft der aus dem Befreiungskrieg stammenden „Nationalen Befreiungsfront" (FLN) zu beenden und das Land in ein demokratisch-pluralistisches Regierungssystem zu überführen.

Kongreß noch im Mai

Der erst 1980 aus fünfzehnjähriger Verbannung befreite einstige Bürgerkriegsheld ist unter den Exilalgeriern und algerischen Gastarbeitern in Frankreich populär. Er will seine Anhänger, so sagte er der Schweizer Zeitung, hauptsächlich unter den etwa 800 000 Algeriern anwerben, die seit dem Ende der Kolonialzeit in Frankreich leben.

Aber auch alle „ehemaligen Anhänger des FLN, die sich enttäuscht von ihm abgewandt haben", sollen einen Platz in der neuen Partei haben, die sich „noch vor Ende des Monats konstituieren" und auf algerischem Boden ihren Gründungskongreß feiern will.

Über den wichtigen Beitrag der algerischen Gastarbeiter in Frankreich für den Aufbau des Landes sagte Ben Bella: „Wir können nicht auf ihre Erfahrungen verzichten. Sie haben in Frankreich seit Jahren Fabriken, Autobahnen und Eisenbahnlinien gebaut; sie könnten ihre Kenntnisse zur Erschließung ihres Heimatlandes einbringen. Es müssen Bedingungen in Algerien geschaffen werden, die ihnen die Rückkehr und eine Wiedereingliederung in die algerische Volksgemeinschaft erleichtern. Das gerade sollte Aufgabe meiner Partei sein."

Etwa neun Zehntel der zur Zeit in Frankreich residierenden Algerier könnten, so sagte Ben Bella, von heute auf morgen heimkehren. Dies sei auch eine Frage der Würde für Menschen, die nicht mehr länger an ihren augenblicklichen Arbeitsplätzen in Frankreich geduldet würden. Ein wachsender Rassismus habe eine „explosive" Lage in Frankreich geschaffen.

Gegen das häufig gehörte Argument, eine massive Abwanderung der Algerier aus Frankreich würde der französischen Wirtschaft schweren Schaden zufügen, meinte Ben Bella: „Die Abreise von einer Million Algerien-Franzosen nach 1982 aus Algerien hat die algerische Volkswirtschaft nicht zusammenbrechen lassen. Wichtiger für uns ist, ob und wie die 20 Millionen Algerier ihre erfahrenen Landsleute aufnehmen wollen."

Die vom ersten Staatspräsidenten Algeriens aufgeworfene Frage ist auch Gegenstand wachsender Sorge der sozialistischen Regierung Frankreichs. Die steigende Arbeitslosigkeit soll nicht nur durch Arbeitszeitverkürzung und Investitionen, sondern auch durch eine freiwillige Rückkehr der ausländischen Gastarbeiter bekämpft werden, darunter vor allem der in Frankreich immer weniger beliebten Algerier.

Prämien locken kaum

In gewissen Ballungsgebieten wie Paris, Lyon oder Marseille hat die Massierung von Nordafrikanern zu ersten Reibungen zwischen der Zivilbevölkerung und Gastarbeitern geführt; es kommt immer wieder zu Gewalttätigkeiten, denen Fremde zum Opfer fallen.

Trotz der hohen Prämie von 100 000 Franc (33 000 Mark), welche die Regierung allen freiwilligen „Rückwanderern" bietet, ist die Bereitschaft, das trotz sozialer Krise immer noch paradiesische Frankreich aufzugeben, eher gering. Von 6000 zur Entlassung anstehenden Arbeitern der Citroën-Automobilwerke, die überwiegende Mehrheit unter ihnen Nordafrikaner, haben sich bisher nur 400 zu einer Rückkehr bereit erklärt.

Duarte bittet US-Kongreß um Militärkredite

AFP, Washington

Der neugewählte salvadorianische Präsident, Napoleon Duarte, hat im Rahmen eines USA-Besuches den amerikanischen Kongreß aufgefordert, die von der US-Regierung beantragte Militärhilfe für die Armee El Salvadors zur Guerrilla-Bekämpfung zu bewilligen. Duarte, der die Wiederherstellung der Demokratie in dem mittelamerikanischen Land und die Aufnahme des Kampfes gegen die Todesschwadrone versprach, betonte, daß El Salvador nicht „ganz allein" gegen die Gewalt vorgehen könne. Es sei ein „Fehler", wenn der Kongreß die Militärkredite ablehne, da sie eine „echte Unterstützung für die von uns angestrebte Demokratie" bedeuten. Vor seinem Appell an den Kongreß war Duarte mit Präsidenten Reagan zusammengetroffen. Beide stimmten darin überein, daß es für El Salvador „schwierig" sein werde, die nötigen Reformen durchzuführen, solange Nicaragua die salvadorianischen Guerrillas unterstützt. Das Repräsentantenhaus wird noch in dieser Woche seine Debatte über Höhe und Modalitäten der Salvador-Hilfe wieder aufnehmen.

Starb UdSSR-General bei Truppenbesuch?

rtr / dpa, Moskau

Der Chef der sowjetischen Luftverteidigung, Generaloberst Semjon Romanow, ist tot. Die Armeezeitung „Roter Stern" druckte gestern einen Nachruf in dem es hieß, er sei bei der Ausübung seines Dienstes im Alter von 63 Jahren „plötzlich" ums Leben gekommen. Romanow, der für den Abschuß des südkoreanischen Jumbos im vergangenen September verantwortlich war, soll nach Vermutungen westlicher Diplomaten in Moskau bei einem Truppenbesuch im besetzten Afghanistan getötet worden sein. Obwohl nähere Angaben über die Todesursache noch nicht gemacht worden sind, soll Romanow bei einem Flugzeug- oder Hubschrauberabsturz umgekommen sein. Der Generaloberst, der die Auszeichnung „Held der Sowjetunion" trug, war unter anderem erster Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Vereinigten Streitkräfte im Warschauer Pakt und Mitglied des Militärrates der Luftabwehr-Streitkräfte der UdSSR.

„DDR"-Soldaten sprengen Minen

dpa, Lübeck

Mit einem Räumpanzer haben „DDR"-Soldaten zur Wochenbeginn rund 2 000 Minen entlang der innerdeutschen Grenze bei Lübeck gesprengt. Nach Angaben des Bundesgrenzschutzes ist damit ein 4,5 Kilometer langer Grenzabschnitt minenfrei. Der Bundesgrenzschutz hatte an dieser Strecke seit März ungefähr 20 000 Explosionen registriert. Es wird vermutet, daß an dieser Stelle ein neuer Grenzzaun gezogen werden soll.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Denktasch vertieft die Spaltung

Verfassungsentwurf für „Türkische Republik Nordzypern" / Keine Aussichten auf Dialog

E. ANTONAROS, Athen

Rauf Denktasch, selbstproklamierter „Präsident" der am 15. November 1983 ausgerufenen und bisher mit Ausnahme der Türkei von keinem Staat der Welt diplomatisch anerkannten „Türkischen Republik von Nordzypern", will heute einer verfassungsgebenden Versammlung einen neuen Verfassungsentwurf zur Verabschiedung vorlegen. Dadurch macht er aufs neue die wenigen Aussichten auf eine Annäherung der beiden Volksgruppen auf Zypern zunichte.

Denktasch hatte unlängst das „Parlament" der türkischen Zyprioten aufgelöst und an seine Stelle eine verfassungsgebende Versammlung aus Vertrauensleuten und mehrheitlich ihm nahestehenden Vertretern von verschiedenen berufsständischen Organisationen einberufen. Die als sicher geltende Verabschiedung der neuen „Verfassung" für den türkischen Inselsektor wird erwartungsgemäß Entwicklungen in Gang setzen, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen vergeblich aufzuhalten versucht hatte: Im August will Denktasch ein „Verfassungsreferendum", im November „Parlamentswahlen" abhalten.

Eigennützige Motive

Hinter den Schachzügen des sich als Landesvater präsentierenden türkischen Volksgruppenführers verbergen sich freilich auch eigennützige Motive. Die Ausarbeitung einer neuen „Verfassung" für den Teilstaat soll ihm die Möglichkeit verschaffen, weiterhin in seinem Spitzenamt bleiben zu dürfen. Unter der bisherigen „Verfassung" des türkisch-zyprischen Föderativstaates wäre dies nicht mehr möglich gewesen. Nach zwei Amtsperioden hätte Denktasch nämlich Anfang 1985 abtreten müssen.

Mit einer solchen Fülle von vollendeten Tatsachen seitens der Inseltürken konfrontiert, wollen sich Zyperns Griechen, die 80 Prozent der Inselbevölkerung stellen, auf einen „inhaltlosen Dialog" nicht einlassen. „Unter diesen Rahmenbedingungen gibt es keine Aussichten auf einen Dialog auf welcher Ebene auch immer", sagte Regierungssprecher Andreas Christofides zum Springer-Auslandsdienst.

Statt dessen wollen sich die Inselgriechen, die zum erstenmal seit vielen Jahren einen innenpolitischen Konsens erreicht zu haben scheinen, auf eine Anwendung der am 11. Mai vom UNO-Sicherheitsrat verabschiedeten Resolution 550 konzentrieren. Rein diplomatisch gesehen ist diese Resolution, die mit 13 Stimmen, einer Gegenstimme (Pakistan) und einer Stimmenthaltung (USA) verabschiedet wurde, ein Erfolg: Sie verurteilt aufs neue die Ausrufung der türkisch-zyprischen Teilrepublik, die sie „rechtlich ungültig" nennt, und rügt die Türkei und Denktasch wegen des Austausches von „Botschaftern" und der geplanten Abhaltung des Referendums und der Parlamentswahlen. Ebenfalls warnt sie die Inseltürken vor einer Besiedlung des griechischen Teils von Famagusta und verlangt, daß die Stadt der UNO-Friedenstruppe unterstellt wird.

Zwar konnten die Inselgriechen keine Sanktionen gegen die Türken durchsetzen. Doch Staatschef Spyros Kyprianou betrachtete als „besonders wichtig" die Tatsache, daß UNO-Generalsekretär Pérez de Cuellar zum erstenmal ausdrücklich beauftragt wurde, „eine Lösung im Einklang mit der UNO-Charta und allen relevanten UNO-Resolutionen zu suchen". Kyprianou: „Etwas Besseres hätten wir nicht erwarten können."

In der Praxis freilich bringt auch diese Resolution das Zypern-Problem einer Lösung nicht näher. Im Gegenteil: Die Griechen Zyperns glauben, daß die Inseltürken, diplomatisch weltweit isoliert, in die Versuchung geraten könnten, weitere vollendete Tatsachen zu schaffen. Christofides: „Dafür gibt es eine Menge Anzeichen."

Stichtag 15. Juni

Ein erster Test wird die Haltung der Inseltürken bei der Verlängerung des Mandats für die UN-Blauhelme am 15. Juni sein: Denktasch hat zu verstehen gegeben, daß er den Abschluß eines Separatabkommens der Vereinten Nationen mit seiner Administration wünscht. Ansonsten will er die Stationierung der Friedenstruppe im türkischen Inselteil und in der Pufferzone blockieren. Eine solche Entscheidung würde im krassen Widerspruch auch zur kürzlich verabschiedeten Resolution stehen, die unter anderem bestimmt, daß eine Änderung des Status und der Stationierungsmodalitäten der Friedenstruppe der ausdrücklichen Zustimmung des Sicherheitsrats bedarf.

Für den Ernstfall wollen die Inselgriechen vorbereitet sein. Ein Ausbau der Verteidigungsbereitschaft des griechischen Inselteils ist neuerdings von Kyprianou mit Regierungschef Papandreou in Athen erörtert worden. Die Inselgriechen wünschen die Entsendung von griechischen Soldaten nach Zypern nicht. Vielmehr legen sie Wert auf finanzielle und technische Unterstützung aus dem Festland. Auch haben sie beschlossen, ihre Rüstungsausgaben zu erhöhen: Eine Sonderabgabe von 0,5 Prozent für alle Löhne und Gehälter, die Anfang des Jahres eingeführt worden war, soll demnächst auf fünf Prozent erhöht werden. (SAD)

Rabat fördert Begegnung mit Juden

Ein internationales Kolloquium soll in Fez Israelis und Araber zusammenführen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Ein internationales Kolloquium über den jüdischen Gelehrten Maimonides (1135–1204) soll im nächsten Jahr jüdische und arabische Wissenschaftler in der marokkanischen Stadt Fez zusammenführen. Diesen Beschluß faßte der Kongreß jüdischer Gemeinden marokkanischen Ursprungs, der kürzlich unter Beteiligung israelischer Politiker in Rabat tagte und der prompt den Protest der syrischen Regierung herausforderte. Damaskus rief seinen Botschafter aus Rabat ab.

Die Anregung zum Maimonides-Kongreß in Fez kommt aus dem Kreis der Unesco. Man darf jedoch davon ausgehen, daß König Hassan von Marokko, der schließlich den jüdischen Kongreß in Rabat genehmigte, auch das Maimonides-Kolloquium gutheißt. Dabei verfolgt er auch eigene politische Interessen: Der Alouiten-Herrscher, gleichzeitig oberster Priester seines Landes, sieht in der theologischen Besinnung auf gemeinsame Wurzeln islamischer und mosaischer Lehren auch Ansätze zu einer politischen Beruhigung im Nahen Osten.

Moses Maimonides wurde vor 850 Jahren in Cordoba, dem Zentrum der damals islamischen Hälfte Spaniens, geboren. Auf der Flucht vor islamischen Fanatikern hielt sich der Gelehrte sechs Jahre in Fez auf. Nach Jahren der Wanderung durch das heutige Israel ließ sich Maimonides in Kairo nieder, wo er als Rabbiner eine der größten jüdischen Gemeinden führte und starb. Beigesetzt wurde er in Tiberias.

Der internationale Maimonides-Kongreß in Marokko soll an die gegenseitige Achtung erinnern, die zu jener Zeit Mohammedaner und Juden im islamischen Teil Spaniens vereinte – wenn auch mit gelegentlichen Unterbrechungen. Die philosophischen und theologischen Schulen, die auf beiden Seiten auch Mathematik, Medizin, Rechtslehre und Astronomie umfaßten, ergänzten sich. Als gemeinsame Quellen ihrer Wissenschaften betrachten sie die Werke der griechischen und vorderasiatischen Philosophien, wie sie Aristoteles zusammenfaßte und übertrug.

König Hassan knüpft nun an diese Traditionen an, wenn er den „arabischen Westen" zur Basis seiner eigenen, theologisch begründeten Politik macht, die weit über Marokko hinausgeht. Die Verquickung politischer und religiöser Ziele ist im Islam selbstverständlich; Kirche und Staat werden als Einheit betrachtet.

So hat auch die religiöse Gegenoffensive, mit der marokkanische Prediger in der Golfzone die schiitischen Revolutionäre des iranischen Ayatollah Khomeini aufhalten wollen, durchaus politische Aspekte. (SAD)

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Zu einem Konzert mit ungewöhnlicher Programmfolge lädt am 6. Juni in der Godesberger Stadthalle Bundestagspräsident **Rainer Barzel** ein: Der Pianist **Justus Frantz** und die Polnische Kammerphilharmonie unter **Wojciech Rajski** spielen die Klavierkonzerte Nr. 1 in C-Dur, Nr. 4 in G-Dur und Nr. 5 in Es-Dur von Ludwig van Beethoven. Das Konzert findet zugunsten der Deutschen Multiple Sklerose-Gesellschaft statt, deren Förderin und Betreuerin Frau Dr. **Veronica Carstens** ist. Schirmherr Barzel hat zu dem Konzert alle Kabinettsmitglieder unter Führung von Bundeskanzler **Helmut Kohl**, das Diplomatische Corps und die Spitzen der Wirtschaft und Medien eingeladen. Barzel: „Ich habe die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung wegen des guten Zwecks übernommen und möchte zugleich dem scheidenden Präsidentenpaar auf diese Weise Respekt, Dank und Anerkennung bezeugen". Gleichzeitig will Barzel das Konzert als „ein kleines Dankeschön" für die aufopferungsvolle Tätigkeit von Frau Dr. Carstens für die Deutsche Multiple Sklerose-Gesellschaft verstanden wissen. Im Anschluß an das Konzert gibt der Bundestagspräsident einen Empfang im Godesberger Amtshaus. Karten für das Konzert, dessen Vorverkauf bereits begonnen hat, sind in Bonn in den Musikalienhandlungen Braun Peretti und Nachtsheim, in Köln im Musikhaus Tronger und in den Bad Godesberger Buchhandlungen Bücher-Bosch und Linz erhältlich.

*

Das Gulbenkian Ballett, Lissabon, eröffnete am 21. Mai mit klassischen und modernen Tänzen die „Portugiesische Woche" in Bonn, die bis zum 27. Mai dauern wird. Der Botschafter der Republik Portugal, **Paulo Ennes**, und der Oberbürgermeister der Stadt Bonn, **Hans Daniels**, haben die Schirmherrschaft übernommen. Am 23. Mai leitet der Politologe Professor **Hans-Adolf Jacobsen** eine Diskussion über die Revolution vom 25. April 1974. Auf dem Bonner Markt geben **Carlos Paredes** und **Luisa Amaro** am 26. Mai ein Gitarrenkonzert. Der Pantomime **Cesário Severino** und das Cavaquinhos-Ensemble aus Braga sind die Glanzpunkte eines Volksfestes zum Abschluß der „Portugiesischen Woche".

EHRUNGEN

Der mit 250 000 Mark dotierte Ernst-Jung-Preis, nach dem Nobelpreis eine der angesehensten Auszeichnungen, ist von der Hamburger „Jung-Stiftung für Kunst und Wissenschaft" an drei Wissenschaftler vergeben worden. Professor **George Jackson** von der Universität von Illinois in Chicago wurden für seine grundlegenden Forschungen auf dem Gebiet der Infektionskrankheiten 100 000 Mark zuerkannt. Professor **Werner W. Franke** vom Institut für Zell- und Tumorbiologie des Krebsforschungszentrums Heidelberg wurden 75 000 Mark zuerkannt. Die gleiche Summe erhielt Professor **Klaus K. Weber** vom Max-Planck-Institut für Biophysikalische Chemie in Göttingen. Die nach dem Stifter, dem Hamburger Kaufmann **Ernst Jung**, genannte Auszeichnung, 1967 errichtet, zeichnet seit 1976 insbesondere Forschungen auf dem Gebiet der Human-Medizin aus.

*

Für hervorragende Arbeiten auf dem Gebiet der Krebsforschung sind die Privatdozenten **Dr. Peter Langhans**, Oberarzt an der Chirurgischen Universitätsklinik Münster, und **Dr. Lutz Gissmann** vom Krebsforschungszentrum Heidelberg, mit dem Gerhard-Domagk-Preis ausgezeichnet worden. Zusammen mit Geldpreisen in Höhe von je 10 000 Mark erhielten die beiden Wissenschaftler auf einer Sondersitzung der Medizinisch-Naturwissenschaftlichen Gesellschaft in der Universität Münster Goldmedaillen mit dem Bild Gerhard Domagks, des Entdeckers der Sulfonamide und Nobelpreisträgers.

GEBURTSTAG

Professor **Dr. Edmund Heinrich Heinen**, einer der renommiertesten Betriebswirte des deutschsprachigen Raums, vollendete in München sein 65. Lebensjahr. Heinen gilt als Wegbereiter, Begründer und Verbreiter der „entscheidungsorientierten Betriebswirtschaftslehre". Seine Lehrbücher („Handelsbilanzen", „Betriebswirtschaftliche Kostenlehre", „Einführung in die Betriebswirtschaftslehre", „Industriebetriebslehre" u. a.) gehören für Wissenschaft und Praxis seit langem zu den Standardwerken und sind weltweit verbreitet. Fünf davon wurden allein ins Japanische übersetzt. Heinen, der für seine Verdienste in Forschung und Lehre bereits 1979 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde, ist Ehrendoktor mehrerer ausländischer Universitäten.

BUNDESWEHR

Nicht ein „Gedenkstein", viel eher ein „Dankstein" als Ausdruck der Verbundenheit von Staatsbürgern in Uniform und zivilen Bürgern ist in Düsseldorf in Form eines 2,80 Meter hohen, acht Tonnen schweren Findlings gesetzt worden. Der Befehlshaber im Wehrbereich III, Generalmajor **Wolfhard Galinsky**, übergab den Stein an Düsseldorfs Oberbürgermeister **Josef Kürten** und Bürgermeister **Bruno Recht**, nebst dazugehörender Schenkungsurkunde. Der „Dankstein" ist eine gemeinschaftliche Schenkung von Soldaten und Reservisten. Eine Bronzeplakette des bekannten Bildhauers Bert Gerresheim dokumentiert das: „Der Landeshauptstadt Düsseldorf – von Soldaten und Reservisten des Wehrbereichs III – 1984". Zum Stein gehört eine große Sonnenuhr, die von den Soldaten des in Rheine/Westfalen stationierten Jabo-Geschwaders 36 gefertigt wurde.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Planung der Bundeswehr

„Schmückle: Konzept für die Bundeswehr fehlt"; WELT vom 27. April

Die WELT gab kürzlich einige Äußerungen und Vorstellungen des Generals a.D. Gerd Schmückle wieder, die er in einem Zeitungsinterview geäußert hatte. In diesem Beitrag wurde die Auffassung vertreten, daß der Bundesminister der Verteidigung kein geschlossenes Konzept für die Bundeswehrplanung habe und gefordert, „Personal, Rüstung und Geld zu harmonisieren".

Diese Forderung ist längst von Bundesminister Wörner an die Bundeswehrplanung gestellt und in konkrete Aufträge als Voraussetzung für Entscheidungen umgesetzt worden. Diese Entscheidungen werden in diesem Jahre fallen, wie der Minister dies angekündigt hat.

Wesentlich zum Verständnis der Entscheidungslage ist das folgende: Als die Bundesregierung im Oktober 1982 ihr Amt antrat, lagen die Erkenntnisse über die absehbare zu erwartende personelle Entwicklung der Bundeswehr und über die finanzielle Entwicklung des Bundeshaushaltes schon vor. Namentlich die Daten der demographischen Entwicklung der künftigen Wehrpflichtigen-Jahrgänge waren seit Jahren bekannt. Die Langzeitkommission des BMVg hatte sie 1982 analysiert. Der damalige Bundesverteidigungsminister hatte allerdings noch kein Konzept für die Lösung der anstehenden Aufgaben. Im Verteidigungsministerium fehlten 1982 auch wichtige Voraussetzungen für ein planerisches Konzept.

Die neue Bundesregierung mußte zunächst als Vorrang ihrer Politik die Sanierung der Staatsfinanzen setzen. Alle anderen Aufgaben mußten diesem politischen Ziel untergeordnet werden. Daraus ergab sich für den Verteidigungsminister, daß er zunächst eine Bestandsaufnahme und Prüfung der gegebenen Möglichkeiten vornehmen mußte. Er konnte auch nicht einfach Forderungen an den Finanzminister stellen. Es kann von ihm nicht verlangt werden, dort, wo keine Entscheidungen ergangen oder vorbereitet waren, unverzüglich mit Planzielen hervorzutreten. Neue Prioritäten, insbesondere die Entwicklung des Haushalts und die Neuordnung der Planung, verlangten ein systematisches und schrittweises Vorgehen. Das ist erfolgt.

Der Generalinspekteur ist von Bundesminister Wörner zum Verantwortlichen für die Bundeswehrplanung ernannt worden. Solche Zuständigkeiten hatten vorher Generalinspekteure nicht gehabt.

General Altenburg wird im kommenden Sommer dem Minister seinen Gesamtplan für die 90er Jahre vorlegen. Den Rahmen und die Basisdaten für die Gesamtplanung hatten die Erhebungen der Langzeitkommission bereits im Jahre 1982 vorgegeben. Die militärischen Stäbe untersuchen seit mehr als einem Jahr mit der gebotenen analytischen Systematik Lösungsmöglichkeiten zur optimalen Erfüllung der Aufgaben der Streitkräfte in den 90er Jahren.

Daß dies sorgfältig und ohne Hast geschehen muß, wird niemand, dem es um ein praktisches Resultat geht, ernstlich bestreiten.

Bei der Vorstellung des Weißbuches 1983 zur Sicherheit der Bundesrepublik, in dem zur Bundeswehrplanung noch nicht Stellung genommen wird, wies Bundesminister Wörner am 20. Oktober letzten Jahres auf diese Vorarbeiten hin und begründete die Aussparung der Bundeswehrplanung mit diesem unerläßlichen Zeitbedarf. Der Verteidigungsminister wird die von ihm selber gesetzten Fristen einhalten.

Niemand braucht ihn zu drängen oder ihm seine eigenen Termine, die er bekannt gegeben hat, als Forderungen vorzuhalten. Der Zeitplan für die Entscheidung berücksichtigt den realen Zeitbedarf für die notwendigen Maßnahmen. Es muß nichts überstürzt werden.

Gäbe es angesichts der vorliegenden und unveränderlichen Daten Patentlösungen, so hätte jede bisherige Regierung, die vorige eingeschlossen, und auch die gegenwärtige Bundesregierung, längst eine Entscheidung getroffen.

Die Zukunftslösungen für die Bundeswehr sind aber nicht so einfach zu finden, wie es beiläufige oder pointierte Formulierungen gelegentlich vermuten lassen. Eine Alternative, entweder „500 000 Mann nicht ganz moderner Bewaffnung" oder „400 000 Mann mit modernster Bewaffnung" stellt sich in Wirklichkeit nicht. Ein derart einfaches Bild läßt zu viele wichtige Bedingungen und Abhängigkeiten außer acht.

Die Einzelfrage, ob Frauen freiwilligen Dienst in der Bundeswehr leisten können, ist seit 1981 Gegenstand starken öffentlichen Interesses. Im Bundesministerium der Verteidigung gehen Anfragen der Presse ebenso zahlreich ein wie Bewerbungen. Das ist verständlich, weil diese Frage ein besonders wichtiges Thema von gesellschaftlicher und psychologischer Bedeutung ist. Gerade deshalb sollte es nur auf dem Boden der Tatsachen und mit Ernsthaftigkeit, auch in der Wortwahl, erörtert werden.

Daß es um diese Einzelfrage nicht allein geht, ist selbstverständlich. Dieser Eindruck ist aber auch zu keinem Zeitpunkt vom Verteidigungsministerium geweckt oder gestärkt worden.

Wenn der Generalinspekteur seine Arbeiten beendet und vorgelegt haben wird, dann wird die Bundeswehr über einen gründlich ausgearbeiteten und geordneten Bundeswehrplan verfügen, wie bisher noch zu keinem anderen Zeitpunkt in der Vergangenheit. Ein solcher Plan verlangt wichtige politische Entscheidungen mit Risiken und kontroversen Ansätzen, die ein in der Sache begründetes Urteil verdienen. Wenn der Bundesminister der Verteidigung seine Vorschläge unterbreitet, wird jeder Gelegenheit haben, seine Sachkenntnis bei der Beurteilung der ausgewählten Lösungen beizutragen.

Dr. Lothar Ruehl,
Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung

Jugendliche ohne Lebensmut

„Schüler-Selbstmord oder Der Tod als Ausweg"; WELT vom 9. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Behauptung des Verfassers, jedes Jahr begingen in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1500 Schülerinnen und Schüler Selbstmord, ist falsch. In Wahrheit handelt es sich dabei um die Gesamtzahl der 10-25jährigen, die sich selbst töten. Es liegt auf der Hand, daß von diesen nur ein Teil den Schülern zugerechnet werden kann.

Was die weitere Behauptung betrifft, die registrierte Zahl von Selbstmorden sei steigend, so ist sie in dieser Weise ebenso falsch und irreführend. Vergleichbar sind nur Zahlen, die auf je 100 000 Einwohner der gleichen Altersgruppe bezogen sind, die sog. Suizidziffern, denn die Geburtenjahrgänge sind unterschiedlich groß. Es kann nicht wunder nehmen, wenn die abolute Zahl der Selbsttötungen steigt, sobald die Millionenjahrgänge der 60er Jahre herangewachsen sind. Die jetzt 15–20jährigen wurden zwischen 1964 und 1969 geboren!

Das Jahr 1977 erbrachte – wie auch in der Gesamtbevölkerung – einen Anstieg gegenüber den Vorjahren, wobei allerdings von einer gewissen Schwankungsbreite im Verlauf der Jahre stets ausgegangen werden muß. Der Anstieg blieb indessen bei den 10–20jährigen erheblich geringer als bei der Gruppe der 20–25jährigen und auch geringer als bei der Gesamtbevölkerung, soweit es sich um männliche Personen handelt. Nach 1977 trat dann wieder ein Rückgang ein, der übrigens gerade bei den 15–20jährigen auffallend groß war, aber auch bei den 20–25jährigen weiblichen Geschlechts.

Eine Problemgruppe stellen die 20–25jährigen männlichen Personen dar. Doch ihr sind nun die Schüler nur in Ausnahmefällen zuzurechnen. Die übergroße Zahl von ihnen gehört den unteren Altersstufen an, also nicht zuletzt den 15–20jährigen mit der auffallenden Rückgangsquote! Andererseits ist auch nicht gesagt, daß Schüler anteilsmäßig häufiger Selbstmord begehen als Nichtschüler. Darüber fehlen weithin statistische Aufschlüsselungen. In früheren Zeiten war in Preußen nachweislich der Anteil von Schülern unter den Selbstmördern im Alter zwischen 15 und 20 Jahren geringer als der Anteil der Nichtschüler. Prof. Gerhardt Nissen, Würzburg, hat aufgrund eigener Untersuchungen kürzlich festgestellt, daß im Zeitraum 1950–1981 in der Bundesrepublik Deutschland 10,9 Jugendliche (15–20) auf 100 000 Einwohner gleichen Alters starben, 1919–1939 aber 13,8.

Joachim Schiller,
Berlin 41

Fruchtwechsel

„Leserbrief: Monokultur"; WELT vom 2. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ackerland wird nicht müde beim bekannten Fruchtwechsel unter ständiger Erneuerung verbrauchter Nährstoffe und Mineralien. Bei etlichen Früchten kann auf Fruchtwechsel verzichtet werden. Letzteres gilt im Wald, weitgehendst beim Laubwald. Offenbar aber nicht beim Nadelholz. Nadelholz erschöpft den Boden. Die Nadeln versauern ihn zusätzlich.

Also auch hier: Fruchtwechsel – Laubholz!

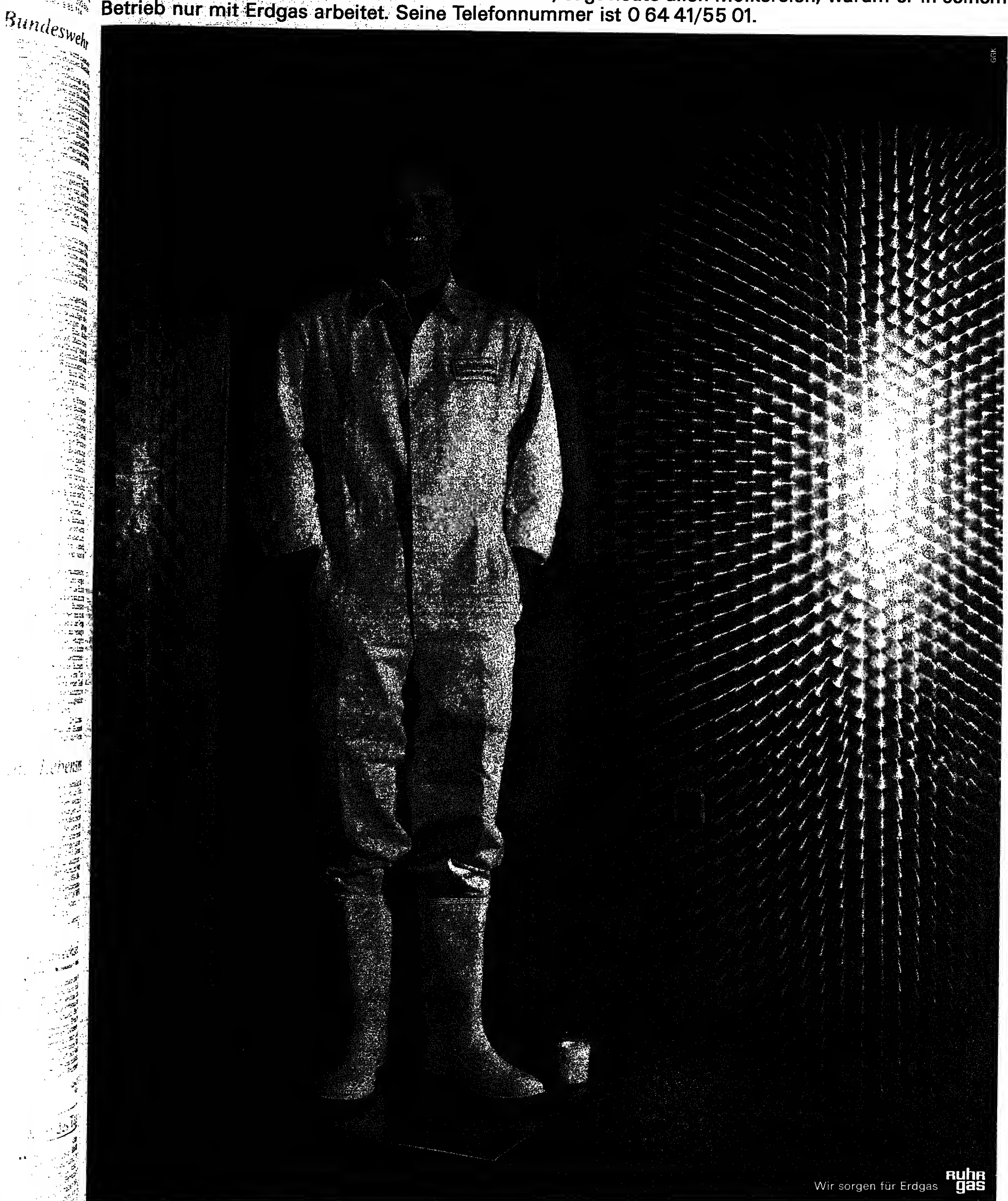
Alfred Toepfer,
Hamburg 1

Wort des Tages

„Menschen klagen zuweilen über Mangel an Persönlichkeit bei andern: meist sind es Leute, die Persönlichkeit weder haben noch dulden können, wo sie ihnen entgegentritt."

Gerhard Hauptmann; dt. Autor (1862–1946)

Günter Möller, Leiter einer Molkerei in Wetzlar, sagt heute allen Molkereien, warum er in seinem Betrieb nur mit Erdgas arbeitet. Seine Telefonnummer ist 0 64 41/55 01.



Oder schreiben Sie an RUHRGAS AG, Postfach 10 32 52, 4300 Essen. Dann bekommen Sie die Broschüre „Humane Arbeitswelt, humaner Arbeitsplatz".

FUSSBALL / Olympia-Zulassung bleibt

Sowjets kapitulieren vor der Weltmacht FIFA

sid, Zürich

Die Sowjetunion, die zusammeo mit ihren Vasalleo den Boykott der Olympischen Spiele in Los Angeles betreiht, hat bei den Sitzungen zum 80. Jubiläum des Internationalen Fußball-Verbandes (FIFA) schwere Niederlagen einstecken müssen. Die Sowjets mußten vor der mächtigen FIFA kapitulieren, die in Zürich ihre Stärke demonstrierte.

Zunächst erteilte die FIFA-Exekutive der UdSSR als Bewerber um die Ausrichtung der Weltmeisterschaft 1990 eine Abfuhr und gab Italien den Zuschlag (die WELT berichtete). Dann mußten die Sowjets auf dem 44. FIFA-Kongreß ebenfalls kleine Brötchen backen. Die Delegierten aus 109 von 150 Mitgliedsverbänden demonstrierten so deutlich ihr Nein zur Ausdehnung von Doping-Kontrollen, daß die UdSSR ihren Antrag zurücknahm.

Der eigentliche Paukenschlag folgte auf dem Fuße. Kleinlaut zog der sowjetische Delegierte auch den wichtigeren Antrag „auf Änderung der Zulassungs-Bestimmungen der FIFA für das olympische Fußball-Turnier" zurück, der die Möglichkeit von finanziellen Zuweodungen hätte einschränken sollen. Der Delegierte begründete die Rücknahme mit dem Hinweis auf die FIFA-Ahsicht, bald eine neue Olympia-Lösung zu präsentieren. Die FIFA-Exekutive mit Präsident João Havelange (Brasilien) an der Spitze, hatte ihrem Mitglied Wjatscheslaw Koloskow in einer Klausur-Tagung zuvor angedeutet, daß sich die UdSSR vor dem Kongreß nur eine weitere Abfuhr einhandeln würde. Den Sowjets war empfohlen worden, nicht ins offene Messer zu laufen und nicht noch mehr Porzellan zu zerschlagen.

Die Sowjets verstanden den Wink. In Anwesenheit voo Juan Antonio Samaranch, der als Präsident des Internationalen Olympiscben Komitees gegenüber der UdSSR weitaus weniger Machtmittel besitzt, wurde die Ohnmacht gegenüber der FIFA fast greifbar, als der Delegierte aus der UdSSR das Eingeständnis der Niederlage noch mit einer Geste gegenüber Havelange unterstrich: Er schenkte dem Präsidenten Porträts. Der Brasilianer revanchierte sich später auf dem Bankett, als er in seiner Tischrede die Wogen glättete und die sowjetischen Vertreter zu den „Freunden des Herzens" zählte.

Mit dem Verzicht auf ihren Antrag machten die Sowjets für das Olympia-Turnier 1988 in Seoul den Weg frei für die seit langem diskutierte Lösung, nur noch Junioren-Teams (unter 23 Jahren) an Olympia teilnehmen zu lassen. FIFA-Vizepräsident Hermann Neuberger, der dies schon 1976 vorgeschlagen hatte, um dem Westen Chancengleichheit mit den Staatsamateuren des Ostblocks zu gewähren, sieht sich bestätigt. „Die Fronten sind aufgeweicht. Man hat längst bedauert, daß man mich 1978 auf dem Kongreß in Buenos Aires hat ahhlitzeo lassen. Havelange hat den Vorschlag aufgegriffen. Ich gehe davon aus, daß es 1986 in Mexiko zu dieser Lösung kommt", sagte der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Wegen der neuen Formel wurde vom Kongreß ein Antrag der nordischen Länder, das Teilnahme-Verbot für WM-Spieler aus Europa und Südamerika bei Olympia aufzuheben, als erledigt angesehen.

Für das bevorstehende Turnier in Los Angeles, an dem die qualifizierten Boykott-Länder CSSR, UdSSR und „DDR" nicht teilnehmen wollen, hleiht damit alles beim alten. Wenn die guten Aussichten der Olympia-Elf der Bundesrepublik auf einen Platz im Olympia-Turnier Realität werden, will Hermann Neuberger „mit der stärksten möglichen Mannschaft" und noch nicht mit Junioren antreten.

Das Problem um die Bundesliga-Profis wird dann nicht nur erneut zum Zankapfel zwischen FIFA und IOC sowie NOK und DFB. Auch die Sowjets werden wieder die Macht der FIFA und ihres Präsidenten spüren, denn ihr Verbands-Chef Koloskow ist pikanterweise Präsident der Olympia-Kommissioo der FIFA . . .

Als Nachfolger für den auf eigenen Wunsch ausgeschiedenen Argentinier Carlos Alberto Lacoste wurde Eduardo Rocca aus Uruguay zum neuen Vizepräsidenten der FIFA gewählt. Rocca war zuvor vom südamerikanischen Kontinental-Verband vorgeschlagen worden. Lacoste, Cheforganisator der Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien, hatte der unlängst abgelösten Militärregierung seines Landes angehört.

Der Streik und die deutschen Hoffnungen im Motorsport

Die Formel 1: Für die Bayerischen Motorenwerke ist sie schon ein beträchtlicher Teil der Imagebildung. Technisch und teils auch technologisch der Branche immer eine Nasenlänge voraus, unduldsam nach Neuem forschend, stets kreativ – das versuchten die Inserate mit dem weißblauen Signet nach dem Gewinn der Weltmeisterschaft im letzten Jahr zu suggerieren. Was wird 1984? „Es schaut nicht so aus, daß wir wieder Weltmeister werden", sagt BMW-Rennchef Dieter Stappert. Und: „Das bedrückt BMW und Brabham." Eine Aussage, die sich kaum als Headline für eine neue erfolgreiche Anzeigenkampagne eignet.

Aber die Lage ist nun einmal nicht anders. Der Brasilianer Nelson Piquet, 1984 gefeierter Weltmeister der Formel 1, hat den englischen Brabham-Rennwagen mit dem rund 700 PS starken bayerischen Turbo-Aggregat in dieser Saison noch nicht ein einziges Mal ins Ziel gebracht – null WM-Punkte für den Titelverteidiger. Der Brasilianer spricht von einer „Durststrecke, die wir durchstehen müssen", Stappert von „Umständen, die in der Natur der Sache begründet sind". Das klingt eher nach dräuendem Schicksal als nach kühler Analyse. Aber die Sache ist ja wirklich verzwickt. 1982 gelang dem englischen Konstrukteur Gordon Murray mit dem Vorjahrs-Brabham „ein 1000-Gulden-Schuß" (Stappert), im letzten Winter aber brachte der geniale Tüftler nichts annähernd ähnlich Gutes zusammen. Mehrmals wurde das Auto umgebaut, den Wagen, der jetzt nicht ins Ziel kommt, nennt Stappert „eine Anhäufung von Kompromissen."

In zehn Tagen geht es zum Großen Preis von Monaco nach Monte Carlo, und kurz darauf beginnt die rund dreiwöchige Nordamerika-Tournee der Formel 1. Da heißt es vorbereiten, um wieder Fuß zu fassen, doch

STAND ● PUNKT

gerade jetzt wird bei BMW nicht gearbeitet, die bestreikten Zulieferer sitzen auf dem trockenen. Stappert sagt: „Noch fehlen keine Zulieferteile für das Formel-1-Team, doch was wird mit den Rennen in Übersee?" Was wird daraus? Im süddeutschen Raum wurden bereits einige Firmen, die wichtige Spezialteile für Rennmotoren produzieren, lahmgelegt. Und weil im Rennsport wegen der sich dauernd verändernden Technik eine langfristige Vorratshaltung von Ersatzteilen nicht möglich ist, kann ein Streik die imagebildenden Rennaktivitäten ganz gehörig gefährden. „Wenn der Streik länger dauert, geht auch in der Formel 1 bald nichts mehr", sagt ein Mitarbeiter der Stuttgarter Firma Mahle. Die Stuttgarter bauen für alle Turbomotoren im Grand-Prix-Sport – ausgenommen für Honda – Spezial-Kolben. Außerdem beschichten sie die Zylinder.

Für das englische Formel-1-Team Arrows (Fahrer Nummer eins: Marc Surer, Schweiz) hat die spezielle BMW-Situation und der Stillstand der Produktionsbänder bereits Folgen: In zehn Tagen in Monte Carlo wird nur einer der beiden englischen Rennwagen mit einem BMW-Turbo ausgerüstet werden können, wie es weitergeht, muß man dann erst einmal sehen. Und ob ein Schweizer Unternehmen die notwendige ständige Wartung der BMW-Motoren mit entsprechend hohem Arbeitstempo durchführen kann, ist obendrein fraglich.

Bei Porsche in Stuttgart geht zur Zeit auch nichts mehr, nur noch im Werk Weissach wurde gestern noch gearbeitet. Und das ist wichtig für Porsche, denn dort befindet sich die Sportabteilung, die unter Hochdruck arbeiten muß, weil Porsche in den beiden wichtigsten Autorennklassen WM-Spitzenreiter ist: Im Langstrekkenbereich und in der Formel 1.

Der Streik verringert deutsche Hoffnungen im Motorsport.

KLAUS BLUME

TENNIS / Team-Cup

McEnroes große Show

sid, Düsseldorf

Schon nach den beiden Einzeln hatte die deutsche Tennis-Mannschaft beim World-Team-Cup gegen die USA verloren, stand es doch unaufholbar 2:0 für die Amerikaner. Andreas Maurer (Neuss) hatte beim 1:6, 2:6 gegen Wimbledonsieger John McEnroe nicht den Hauch einer Chance und nicht viel besser erging es Rolf Gehring (Amberg) beim 4:6, 3:6, gegen Jimmy Arias.

Das erste Einzel in Düsseldorf artete vor 10 000 Zuschauern zu einer Einmann-Show John McEnroes aus. Bei seinem Sieg über Andreas Maurer entlockte der Amerikaner dem Publikum Staunen, Achtung und Gelächter. McEnroe erschien fast unausgeschlafen auf dem Platz, er war er erst in der Nacht zuvor aus den USA angereist. Er gab sich launisch und scheinbar beleidigt. Und so spielte er auch. Beim Aufschlag stand er gelangweilt und ohne jede Spannung an der Grundlinie. Er spielte das, was zum Sieg notwendig war, mehr nicht. Immerhin soll er allein fürs Kommen 200 000 Mark erhalten. Andreas Maurer: „Ich habe wenigstens auch ein paar Bälle erwischt."

SPORT-NACHRICHTEN

Deutschland Vierter

Barcelona (sid) – Die deutsche Equipe mit Mehlkopf auf Salut, Schmidt auf Lafayette, Hans-Günter Winkler auf Pinkerton und Weinberg auf Lemur belegte im Nationenpreis im Rahmen des Reitturniers in Barcelona den vierten Platz mit 18,5 Fehlerpunkten. Es siegte Belgien (4) vor Spanien (5) und der Schweiz (17,5).

Ohlicher verlängerte

Stuttgart (sid) – Hermann Ohlicher hat seinen Vertrag beim Fußball-Bundesligaklub VfB Stuttgart um ein weiteres Jahr bis Juni 1985 verlängert. Der 34 Jahre alte Mittelfeldspieler ist seit zehn Jahren in Stuttgart.

Hiemer in die USA

Köln (dpa) – Der Wechsel des Kölner Eishockey-Nationalspielers Uli Hiemer in die nordamerikanische Profi-Liga ist perfekt. Der 21 Jahre alte Verteidiger unterschrieb bei den New Jersey Devils, dem Vorletzten in der National Hockey League (NHL), einen Zwei-Jahres-Vertrag.

Claudi Kohde Elfte

Palm Beach Gardens (sid) – Claudia Kohde (20) aus Saarbrücken hat sich nach ihrem Sieg bei den Internationalen Deutschen Tennismeisterschaften auf den elften Platz der Geldrangliste vorgeschoben. Sie hat in diesem Jahr bereits 73 687 Dollar verdient. An der Spitze rangiert Martina Navratilova mit 460 200 Dollar.

Stadler überzeugte

Warschau (sid) – Der Mannheimer Achim Stadler (22) war bester Westeuropäer bei der Amateur-Radfernfahrt Ost-Berlin–Prag–Warschau. Er belegte nach 1700 km Platz elf. Es siegte Sergej Suchorutschenko (27) aus der UdSSR.

Barcelona will Hidalgo

Barcelona (sid) – Der FC Barcelona bemüht sich um Frankreichs Fußball-Nationaltrainer Michel Hidalgo. Hildalgo, der nach der Europameisterschaft Technischer Direktor des französischen Verbandes werden soll, hat ein lukratives Angebot erhalten, „das mich erst nach der Europameisterschaft interessiert" (Hidalgo).

Turnwart zurückgetreten

Hannover (dpa) – Hartwig Matthes (42) ist als Kunstturnwart des Deutschen Turner-Bundes zurückgetreten. Der Jurist gab als Begründung Meinungsverschiedenheiten mit mehreren Präsidiumsmitgliedern über den Stellenwert des Leistungssports an.

ZAHLEN

TENNIS

World-Team-Cup in Düsseldorf: CSSR – Italien 2:0 (Lendl – Ocleppo 6:1, 6:2, Smid – Barazzutti 6:2,6:3), Schweden – Australien 2:0 (Jarryd – McNamee 7:5, 6:1, Sundström – Alexander 6:4, 6:4).

BASKETBALL

Olympia-Qualifikation in Frankreich, Finalrunde, 3. Spieltag: Deutschland – Großbritannien 80:74, Sowjetunion – Griechenland 120:80, Spanien – Israel 120:97, Frankreich – Schweden 110:97. – Die Tabelle:

1. Sowjetunion	455:326	8:0
2. Spanien	406:340	8:0
3. Frankreich	413:411	6:2
4. Deutschland	332:238	4:4
5. Großbritannien	379:388	4:4
6. Schweden	312:391	2:6
7. Israel	343:398	0:8
8. Griechenland	348:487	0:8

GALOPP

Rennen in Iffezheim, 1. R.: Trentino (Kirsten, Bender), 2. Ratsherr, 3. Königstreue, Sieg 44/Pl. 16, 16, 26, ZW: 144, DW: 1008; 2. R.: 1. Glückspfennig (R. Malinowski), 2. Ramon, 3. Hakimi, Sieg 460/Pl. 90, 26, 16, ZW: 4408, DW: 26 876.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 633 745,20, 2: 73 124,40, 3: 3822,80, 4: 81,20, 5: 7,40. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 47 110,80, 2: 762,30, 3: 48,10. – **Auswahlwette** „6 aus 45": Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 488 903,80, 2: 10 185,40, 3: 1339,00, 4: 21,60, 5: 3,80. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 144,60, 2: 37,80. – Rennen B: Klasse 1: 824,00, 2: 149,20. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 92 401,60. (Ohne Gewähr).

GALOPP / Iffezheim

Cynthia vor Favoriten

K. GÖNTZSCHE, Iffezheim

Überraschung im Hauptrennen des Eröffnungstages gestern beim Frühjahrs-Meeting auf der Galopprennbahn in Iffezheim bei Baden-Baden. Das Oleander-Rennen (39 100 Mark, 23 000 Mark dem Sieger, 3200 m) gewann die 128:10-Außenseiterin Cynthia mit Jockey Dragan Ilic (29) vor dem Favoriten Kaiserjäger mit Peter Alafi. Beholden (Georg Bocskai) erkämpfte sich mit hauchdünnem Vorsprung den dritten Platz vor seinem Trainingsgefährten Junior Lombard. Die Siegerin Cynthia, in der Schweiz trainiert, lag während der gesamten Distanz an zweiter Stelle, sie setzte sich aber in der Zielgeraden zeitig von ihren Gegner ab und gewann mit deutlichem Vorsprung. Zuletzt siegte sie in einem Rennen im Schweizer Aarau, bei ihrem letzten Start am 26. Mai 1983, ebenfalls im Iffezheimer Oleander-Rennen wurde sie nur Siebte.

Derby-Sieger Ordos wird am Sonntag im Großen Preis der Badischen Wirtschaft von Jockey Peter Schade geritten, im Sattel von Belesprit sitzt Dave Richardson. Stalljockey Peter Alafi soll Orofino im Prix Dollar in Paris reiten.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Anlagen-Vermittlung Schwaben GmbH · Mörikestr. 34 · 7000 Stuttgart 1

Wir suchen verkaufsstarke **Anlageberater und Vermögensberatungs-Gesellschaften** zum Vertrieb unserer Erwerbermodelle (Wohnungsbau).

WIR BIETEN... Objekte mit hoher Wirtschaftlichkeit und günstigem Gesamtaufwand ab 60.000,– DM (m^2-Preis unter 2000,– DM) in Berlin (frei finanzierter Wohnungsbau, Baujahr '72), Köln-Bergheim, Karlsruhe, Pforzheim und Göppingen.

Bei Interesse zu einem ersten Gespräch nehmen Sie bitte mit Herrn Freigang oder Herrn Kraft Kontakt auf. **Tel. (0711) 6492006 u. 07**

Versicherungsvertreter

Verdienen Sie genug? Wenn nicht, dann sprechen Sie mit uns.
Helm Wild
Versicherungsvermittlung
Leineweberstraße 6
4330 Mülheim/Ruhr
Tel. 02 08 / 3 20 93

Suche Handelsvertretungen

im Großraum Köln–Mainz–Trier, nicht branchengebunden, Lagermöglichk. vorhanden.
Tel. 0 26 52 / 25 53

Zum Verkauf eines neuartigen konkurrenzlosen Artikels im Bereich FREIZEIT und GARTEN suchen wir

freiberufliche Vertreter

die diesen Artikel als interessante Zusatzvertretung in Camping-, Freizeit-, Garten- und Baumarktabteilungen mitverkaufen können.
Telefonische Kontaktaufnahme unter 0 64 03 / 7 26 20.

Scheidung droht?

... mit der Folge von erheblichen Vermögensschäden und eventueller Existenzgefährdung? Wir helfen mit bewährten Verfahren und sichern Sie vor

Vermögensschäden!

Anfragen, die streng vertraulich behandelt werden, unter M 6480 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dolmetscher/Übersetzer

(Dipl. IHK) deutsch/schwedisch, Technik, Wirtschaft, Geschäftskorrespondenz.
Tel. 02 08 / 43 43 21

Ihre Sekretärin im Raum Frankf./Darmstadt

Tel.- (m. eigenem Anschl.), Post-, Schreib- u. Büroservice, Werbung etc., Telex.

Ruth Fischer
Saalbaustr. 9, 6100 Darmstadt
Tel. 0 61 51 / 2 11 09

Immobiliengesellschaft sucht

Vermittler

für den Verkauf von vermieteten Eigentumswohnungen.
Angeb. u. Z 6632 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Büro im Raum Hamburg

Wir vertreten Ihre Interessen: Repräsentatives Büro im Landhaus bietet:
- Büroadresse – Postservice
- Telefon-, Telexservice Tag und Nacht
- Schreibservice

Zuschriften erbeten unter P 6535 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Italienische Handelsagentur

gut eingeführt in Möbelbereich, mit Sitz in Manzano, Provinz Udine (Stuhldreieck) sucht deutsche Möbelhersteller oder Importfirmen, die in Friaul tätig sind, zwecks Einkaufservice, Lieferungs- und Qualitätskontrolle, Marktforschungen, usw.
Anfragen an:
E.D.C. SRL
Via S. Eurosia 5
33044 Manzano (Italien)
Tel. 04 32 / 75 04 61
Telex 4 50 246 EDC I

Ihr Büro im Raum Stuttgart
(Nähe Flughafen)

Einlegerbüros mit Service
Post, Telefon, Telex, Telefax, Sekretariat – Geschäftsadresse
BMS Büro + Marketing-Service W. Wezel, 07 11/77 40 35

Gesucht

tätige Beteiligung od. Übernahme kleiner Maschinenfabrik. Neues zukunftsträchtiges Programm wird eingebracht. Bevorzugt Erfahrungen in Oberflächentechnik und/oder Belüftungsanlagen.
Zuschriften unter Z 6830 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Spezialist

f. schwierige Kurieraufträge u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur anspruchsv. Einsätze erwünscht, die entspr. professionelles Vorgehen erfordern.
Zuschriften unter K 5641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

5000,– mit 500,– Einsatz – und das nicht nur einmal –

Ausführliche Informationen gegen DM 10,– per EC-Scheck unter B 6634 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vollblutunternehmer

36 Jahre, Ausbildung: Maschinenbau-Studium, jedoch in der Praxis, kaufm. orientiert tätig, sucht nach Ausscheiden aus dem Familienbetrieb neue tätige Beteiligung in

metallverarbeitendem

Bereich Handel oder Industrie, wie z. B. Maschinenbau oder Industriehandel etc. Bevorzugt Raum Düsseldorf, Köln, Ruhrgebiet oder angrenzende Gebiete.
Kontaktaufnahmen unter C 6635 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Weiterbildung/Training

Wir suchen aktive und engagierte

Vertriebspartner

aus der Trainings- und Beratungspraxis, mit guten Kontakten zu Personal- und Fortbildungsabteilungen von Betrieben, Behörden und Verbänden, die uns beim Verkauf unserer erfolgreichen

Video-Trainingsprogramme

als selbständige Gebietsrepräsentanten unterstützen.
Die Gewinnmöglichkeiten sind überdurchschnittlich. Ca. DM 20 000,– Eigenkapital würden den Start erleichtern, sind aber nicht Bedingung.
Wir geben wirksame Starthilfe und umfassende Unterstützung der Verkaufsaktivitäten.
Bitte nehmen Sie schriftlich Kontakt auf mit
Unternehmensberatung Dr. W. Simon 2 Partner
Luisenstraße 3, 6350 Bad Nauheim
Sperrvermerke werden berücksichtigt.

Ich verkaufe für Sie und suche zur Ergänzung meines bisherigen Sortiments

Kunstgewerbe- u. Geschenkartikel, Handarbeiten, Modeschmuck u. ä. auf Franchisebasis od. Kommission.

Angebote an: Kunstgewerbeboutique, Verena, Kirschstraße 50, 5430 Montabaur, Tel. 0 26 02 / 51 65 + 38 88

Wir bieten 260 m^2 Lagerhalle, 60 m^2 Werkstatt 60 m^2 Büro, Gabelstapler, 7,5-t-LKW

Wir suchen Partner für versch. Nutzung, auch Anmietung. Standort 493 Detmold.
Anfragen unter 0 52 31 – 2 02 44

STELLENGESUCHE

Geschäftsführer
Generationsüberbrückung

Als Treuhänder auf Zeit stehe ich zum 1. 4. 1985 – evtl. früher – als verantwortlicher Manager/Gesamt-Geschäftsführer oder als Ressortchef einem vertriebsorientierten Unternehmen zur Verfügung.

Zur Person: Dipl.-Ing., 50, breite nat./intern. Erfahrungen in General Management, Marketing/Vertrieb, Budgetwesen/Controlling mit nachweislichen Umsatz- und Gewinnerfolgen sowohl in Familien- als auch in Konzerngesellschaften.

Angebote erbeten unter X 6630 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

LEKTORIN / REDAKTEURIN / AUTORIN

im Sachbuch-, Schul- und Jugendbuch-, Bildband und Zeitschriftenbereich mit mehrjähriger Verlagserfahrung übernimmt in selbständiger Tätigkeit Aufträge von Verlagen (Konzeption, Autorenakquisition, Redaktion, Bildredaktion, Korrektur, Umbruch). Hochschulabschluß. Zuschriften unter T 6626 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. Leiter (ppa), Ind./Handel/Bau

37 J., verh., dynam., erfolgsorient., Rechnungswesen, Finanzen, Personal, Org., Verw., Konzernerf., engl. Sprache, sucht aus ungek. Pos. interess. neuen Wirkungskreis. Norddeutschl.

Angebote unter N 6622 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Baufachmann in interdisziplinärem Team

Dipl.-Ing., 45 J., 7 J. im internat. Hoch- u. Industrieanlagenbau, verantwortl. f. d. Rohbau bzw. Bauteil v. Großprojekten, davor 14 J. Statiker i. Hoch- u. Ind.-Bau, Spanisch perfekt, Engl. s. gut, Franz.-Grundk. Angebote erb. u. PB 48004 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Logistiker
Lager – Versand

30 J., Praktiker HBV, Ausbildung: Speditionskaufmann, langjährige Erfahrung im Bereich der nationalen Lkw-Spedition und als Lager- und Versandleiter mit 9stelligen Umsatzzahlen in einem Handelsunternehmen. EDV-Erfahrung vorhanden, sucht neue verantwortungsvolle Wirkungsstätte im Raum Hamburg.
Angebote erbeten unter Z 6610 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing.

Maschinenbau, 37 J., langj. Erfahrung i. Werkzeug- u. Formbau, umfass. Kenntnisse i. Qualitätswesen, sucht neue Position, bevorzugt in Norddeutschl. Angeb. erb. unter Y 6609 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versierter Wertpapierhändler

38 Jahre, langjährige Erfahrung in in- und ausländischen Renten u. Aktien, sucht neuen Wirkungskreis. Zuschriften unter B 6898 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Architekt

40 J., led., möchte Kreativität, Erfahrungen + Kenntnisse in unkonv. Hamburger Arch.-Büro einbringen. Wer gibt eine Chance?

Angebote unter B 6612 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Leiter

47 Jahre, langj. Erfahrung als Prokurist u. Geschäftsführer. Schwerpunkte: Finanz-, Rechnungs- u. Personalwesen, Betriebsabrechnung, EDV, sucht im Ruhrgebiet entsprechende Position.
Angeb. unter F 6616 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wo fehlt der

Nachfolger

Wirtschaftsing., 35 Jahre, grad. in Holztechnik und BWL, Praxis im Holzhandel und Sägewerk, Import und Export von Halbfertigwaren, sucht seine anspruchsvolle Lebensstellung in der ersten Reihe. Gerne Raum NRW.
Zuschriften unter R 6822 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gesucht: Tätigkeit ZBV
Geboten: Absol. Einsatzbereitsch. u. Loyalität auch bei außergewöhnl. Aufgabenstellung.
Gewünscht: Kurzfristige Kontaktaufnahme.

Diskretion zugesichert.
Zuschriften unter B 6832 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Volljurist (Rechtsanwalt)

34 J., verh., Prädikatsexamen, bisher als Justitiar tätig, m. speziellen Erfahrungen im Bau- und gewerbl. Mietrecht, Gesellschafts- u. Grundstücksrecht, sucht in Industrie od. einer entspr. spezialisierten Anwaltskanzlei eine neue verantwortungsvolle Aufgabe, die gute berufl. Perspektiven aufzeigt.
Ang. u. E 6615 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur (FH)
Druckereitechnik

45 J., verh., techn. GF einer Verlagsdruckerei mit Tageszeitung, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe. Sehr gute Referenzen! Angebote erbeten unter C 6613 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufm.

38 J. engl./französ., Fremdsprachenkorrespondentendipl., Abschl. IHK Düsseldorf, z. Z. selbständig flexibel, belastb., sucht neue Aufgabe i. Exportbereich. Raum Norddeutschl. bevorzugt, jedoch nicht Bedingung.
Zuschriften unter D 6834 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Maschinen und Anlagen

(Raum Düsseldorf), Dipl.-Betriebswirt (FH), 40 J., langjähr. Erfahrung i. Exp. u. Einkauf v. Masch. u. schlüsselfertigen Industrieanl., sucht verantwortungsv. Aufg. m. Perspekt. i. Materialwirtschaft/Einkauf.
Zuschr. gern auch v. Beratern erb. u. A 6831 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fachlehrerin für Maschinenschreiben und Bürowirtschaft sucht Anstellung. Angeb. u. U 6627 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hauswirtschafterin

Langjähr. Erfahrung, zuverl., viels. gute Allgemeinbildung, sucht verantwortungsvolle Aufgabe.

Zuschriften unter C 6833 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Top-EDV-Spezialist

19jährige Praxis in **Analyse, Organisation und Programmierung.** Alle IBM-/Siemens-Systeme und Mikro/Minis. (Evtl. auch Festpreis.) Ab sofort frei.

Angeb. u. A 6611 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter

39, langj. Prokura, Handelsfachwirt, in ungek. Stellung, sucht entspr. Position im nordd. Raum, Sitz mögl. Großraum Bremen.
Angeb. erb. u. PS 48 017 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Techn. Kaufmann

39 Jahre, verh., Ein- und Verkauf, Außendiensterf., sucht per 1. 7. 84 ausbauf. verantwortungsvolle Stellung im techn. Bereich, Innen- und Außendienst, Raum HH.

Angebote erbeten unter D 6614 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

VERONA/Italien
Betriebswirt (HWL)

43 J., gelernter Groß- u. Außenhandelskfm., langjährig leitend tätig: Dienstleistung, Produktion u. Handel. Schwerpunkt u. a.: Vertrieb, Einkauf, Personalwesen, Organisation, Finanz- u. Rechnungswesen, sucht ausbaufähige, verantwortliche kfm. ltd. Position im Großraum Verona (Wohnsitzverlegung) zum 1. 10. 84 oder früher.
Angebote erb. u. W 6629 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sollten uns schnellstens kennenlernen!

Sie suchen einen Geschäftsführer, Manager, Vertriebsleiter.
Ich suche eine neue Aufgabe. Betriebswirt, 32 J., verh., 1 Kind, nicht ortsgebunden, Erfahrung in Geschäftsführung, Vertrieb u. Produktion, Holding, Intern. Aufsichtsrat, Dienstleistungen, DIY-Automobile. Auch Ausland angenehm.
Kennwort: Peter B.

Sie suchen einen Geschäftsführer, Manager, Personalleiter, Ausbilder, Controller.
Ich suche eine neue Aufgabe. Staatl. geprüft. Betriebswirt, (Personalf.), Bankfachwirt, 35 J., verh., 1 Kind, nicht ortsgebunden. Erfahrung in Geschäftsführung, Personalführung, Ausbildung, Organisation, Rechnungswesen. Auch Ausland angenehm.
Kennwort: Horst W.

Ist Ihr Interesse geweckt? Dann stehen wir Ihnen zu einem persönlichen Gespräch kurzfristig zur Verfügung.
Zuschr. unt. U 6847 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Versorgungsingenieur
Betriebswirt (staatl. gepr.)

29 Jahre, Gaskonzessionsinhaber, Sprinkler-Fachmann (VdS), in ungekündigter Stellung, sucht neuen Wirkungskreis im technisch-kaufmännischen Bereich.

Angebote unter V 6628 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Juristin

31, Uni Regensburg, OLG München, Hochschule f. Verwaltungswissenschaften Speyer, Auslandsaufenthalte, ohne 2. Staatsex., dennoch interessiert an Rechtsproblemen und deren Lösung, sucht Tätigkeit.
Ange. unter D 6636 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Meister

26 J. m. mehrjähriger Erfahrung, Ausb. u. Kenntn. i. Metallverarbeitung, Hydraulik, Schweißtechnik u. REFA sucht neuen Wirk., bevorzugt Konstruktion, Arbeitsvorbereitung, Projektleiter o. Sachbearbeiter. Angeb. u. R 6624 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DAME

Akadem., Mitte 40, perf. Engl./Franz., erf. i. Haush., Erzieh., Organisation, übern. kurzfr. entspr. (Vertretungs-)Aufgabe. Angeb. u. S 6625 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Immobilienverkäufer

Anfang 40, Persönlichkeit, 14 Jahre Leiter eines mittelständigen Immobilienunternehmens (Häuser, Grundstücke, Eigentumswohnungen, gewerbl. Objekte, Ländereien, Auslandsvermittlung) sucht gleichartige Position (Fixum, Provision, Pkw und dgl.). Kenntnisse in Finanzierung, Versicherung, Werbung, Org., Außendienstaufbau, Fertigungsbranche u. a. m. Bevorzugte Gebiete: Rheingebiet, Süddeutschland, Bodenseeraum, evtl. Schweiz u. Österreich. Bitte ausführliche Angebote/Kontaktaufnahme, wenn gewünschte Voraussetzungen vorhanden, unter P 6623 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein gemischtwirtschaftliches Energieversorgungsunternehmen im westlichen Ruhrgebiet.

Für die Mitarbeit bei der Lösung vielseitiger und interessanter Zukunftsaufgaben im Bereich unserer Betriebswirtschaft suchen wir einen jüngeren

Dipl.-Wirtschaftsingenieur (FH)

mit der Funktion eines Gruppenleiters.

Das Aufgabengebiet umfaßt den Bereich Controlling mit den Schwerpunkten
- Umsatz/Absatzanalysen
- Unternehmensplanung
- Kostenanalysen/Bereichsergebnisrechnungen
- technisch/wirtschaftliche Sonderaufgaben

Von unserem neuen Mitarbeiter erwarten wir umfassende betriebswirtschaftliche Kenntnisse, Eigeninitiative und Teamgeist. Anwenderbezogene EDV-Kenntnisse sollten bereits vorhanden sein bzw. müssen während der Einarbeitungsphase angeeignet werden.

Wir bieten einen zukunftssicheren Arbeitsplatz in einem angenehmen Betriebsklima. Die Bezahlung erfolgt nach dem Bundes-Angestellten-Tarifvertrag (BAT). Daneben werden eine zusätzliche beitragsfreie Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowie weitere freiwillige Sozialleistungen gewährt.

Wenn Sie interessiert sind, richten Sie bitte Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an die Anzeigenservice Dr. Horst Bernhards GmbH, Postfach 21 01 05, 4100 Duisburg, Telefon (02 03) 2 34 94.

AS
Anzeigenservice Dr. Horst Bernhards GmbH.

Seit über 50 Jahren sind wir mit unseren Arzneimitteln auf nationalen und internationalen Märkten erfolgreich.

Unsere Aktivitäten vollziehen sich innerhalb eines weltweit operierenden Konzerns. Eigene Forschungskapazitäten und eigene Produktionsstätten belassen uns als Pharma-Unternehmen mittlerer Größenordnung dennoch ein hohes Maß an Eigenständigkeit und Überschaubarkeit.

THIEMANN Arzneimittel

Für unsere medizinisch-wissenschaftliche Abteilung suchen wir einen promovierten

Mediziner
Pharmazeuten oder Biologen

der (die) als **Fachreferent(in) Med. Wiss.** eine qualifizierte Aufgabenstellung, die wir als **Nahtstelle zwischen Forschung und Marketing** ansehen, übernimmt.

Ihre Tätigkeit zeichnet sich durch folgende Aufgabenschwerpunkte aus:

- Wissenschaftliche Betreuung von Präparaten und die Beratung unseres Produktmanagements in allen relevanten medizinischen Fragen.
- Selbständige Konzeption, Einleitung, Überwachung und Auswertung von klinischen Prüfungen der Phase IV.
- Systematische Zusammenarbeit und Kontaktpflege mit Ärzten in Klinik und Praxis.
- Mitarbeit bei der Aus- und Fortbildung des Pharma-Außendienstes.

Berufserfahrung ist vorteilhaft. Verhandlungsgeschick, Kontaktfreudigkeit und Kooperationsfähigkeit sind, neben Englischkenntnissen in Wort und Schrift, erforderlich.

Sie finden in unserem Unternehmen nicht nur eine interessante Tätigkeit, sondern auch die entsprechende Dotierung sowie einen respektablen Katalog zusätzlicher Leistungen.

Die Stadt Waltrop, dort haben wir erst vor kurzem unser neues Forschungs- und Verwaltungsgebäude bezogen, liegt nahe den Ruhrgebietsgroßstädten und dem Münsterland.

Wir erwarten gerne Ihre schriftliche Bewerbung. Für eine telefonische Vorabinformation stehen Ihnen der Leiter der Abteilung Med.-Wiss., Herr. Dr. Dr. med. Rychlik, Tel. (0 23 09) 64 - 2 21, oder der Leiter unserer Hauptabteilung Personal und Recht, Herr Fast, Tel. (0 23 09) 64 - 223 zur Verfügung.

Thiemann – ein Unternehmen der Akzo-Gruppe

Thiemann Arzneimittel GmbH
Postfach 440, 4355 Waltrop, Tel. (0 23 09) 64-0



Bei der Stadt Gronau in Westfalen, 41 000 Einwohner – Entwicklungsschwerpunkt und Mittelzentrum für einen Versorgungsbereich bis zu 100 000 Einwohnern im deutsch-niederländischen Grenzgebiet der EUREGIO –, ist die Stelle des

ERSTEN BEIGEORDNETEN

zu besetzen.
Gesucht wird eine qualifizierte, dynamische und verantwortungsbewußte Persönlichkeit, die über umfassende Kenntnisse und vielseitige Erfahrungen in der Kommunalverwaltung verfügt. Bewerber müssen die Voraussetzungen des § 49 GO NW erfüllen, die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt ist erwünscht.
Die Wahlzeit beträgt 8 Jahre. Neben der Besoldung nach Besoldungsgruppe B 2 BBesG wird eine Aufwandsentschädigung nach der Eingruppierungsverordnung NW gezahlt.
Zum Dezernat des Ersten Beigeordneten gehören z. Zt. die Kämmerei, die Stadtkasse, das Amt für öffentliche Ordnung, das Standesamt, das Sozialamt und das Jugendamt. Änderungen bleiben vorbehalten.
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 15. 6. 1984 erbeten an den

Stadtdirektor der Stadt Gronau
Konrad-Adenauer-Straße 1, 4432 Gronau

Stellengesuche in der WELT

Tips für den Anzeigentext, technische Informationen und die Grundregeln für Ihre Bewerbungen finden Sie in unserer kostenlosen Stellengesuchbroschüre.

Schreiben Sie an:
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Anzeigenabteilung
Stellen-Service,
Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36
Tel./ (040) 347-44 18, -1

01-440

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.

CPA, Postfach 11 04 41, 6000 Frankfurt 11

Die rasante Entwicklung der Informationstechnologie bietet EDV-Spezialisten erstklassige Chancen für die Zukunft.

Als weltweit operierender Konzern vertreiben wir auch in der Bundesrepublik Deutschland Lösungen für moderne und wirtschaftliche Informations- und Kommunikationssysteme.

Wenn Sie von den Möglichkeiten dieses Marktes überzeugt sind, den richtigen beruflichen Background haben, Karriere machen und ein besseres Einkommen haben wollen, dann sollten Sie Kontakt mit uns aufnehmen.

Sie können bei uns nach Eignung und Neigung mit unterschiedlichen Schwerpunkten als **Analytiker, Berater** oder **Vertriebsspezialist** tätig werden.

Bitte senden Sie Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen unter 9584 an die von uns beauftragte Arbeitsgemeinschaft für Information, Am Wasserturm 14, 5090 Leverkusen 3, die Sperrvermerke selbstverständlich strikt beachten wird.

Politiker für Mitwirkung in Schulpolitik

DW. Düsseldorf

Die Bildungspolitiker in der SPD-Regierungsfraktion von Nordrhein-Westfalen streben mehr Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung der Schulpolitik an. Was der sozialdemokratische Kultusminister Hans Schwier jetzt noch per Rechtsverordnung festlegen kann, wollen die Sozialdemokraten nach der Landtagswahl im Mai 1985 per Gesetz geregelt wissen. Damit wäre eine stärkere Einbindung des Parlaments in die Parlamentspolitik gesichert. Erst kürzlich hatten Informationen aus der SPD-Landtagsfraktion Aufsehen erregt, wonach sozialdemokratische Bildungspolitiker verärgert über Schwier seien. Ihm wurde angelastet, ohne Rücksprache mit der Fraktion wichtige schulpolitische Kursänderungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Schule und Weiterbildung in der SPD-Landtagsfraktion, Dammeyer, legte gestern einen Antrag vor, der außer der schulpolitischen „Offensive" einen verstärkten Politikunterricht an der Schule fordert und sich dagegen wendet, diese Thematik nur militärpolitisch zu verhandeln.

Diplomaten abgeschoben

DW. Moskau

Die sowjetische Regierung hat den Sicherheitschef der britischen Botschaft in Moskau, John Burnett, des Landes verwiesen. Gleichzeitig hat die britische Regierung bekanntgegeben, sie habe bereits am 14. Mai die Ausweisung des sowjetischen Geschäftsträgers in London, Arkadi Guk, aus Großbritannien verfügt. In London hieß es, Burnetts Ausweisung sei offenbar die Antwort der Sowjets auf die Aufweisung von Guk. Guks Name war in einem Spionageprozeß gegen einen britischen Geheimdienstbeamten genannt worden.

EFTA-Länder für Zusammenarbeit

AFP, Brüssel

Die sieben Länder der Europäischen Freihandelszone (EFTA) wollen stärker mit den zehn EG-Staaten zusammenarbeiten. Sie beschlossen auf ihrer Konferenz in der schwedischen Stadt Visby, die Kontakte zur EG zu erweitern. Zusammenarbeit ist gesucht vor allem auf den Gebieten des Abbaus nicht-tarifärer Handelsschranken, der Vereinfachung von Zollformalitäten, der Hilfe für die Entwicklungsländer und beispielsweise der Kontakte zum Ostblock über Jugoslawien. Die EFTA-Konferenz will ihre Arbeiten am heutigen Mittwoch abschließen.

Freundlichkeiten und Polemiken in Moskau

Von BERNT CONRAD

Die Szene im Gästehaus des sowjetischen Außenministeriums in der Ulica Alekseja Tolstowo ähnelte grotesken Einfällen von Samuel Beckett. Harmonisch wie bei einem Familientreffen versammelten sich das Ehepaar Gromyko und das Ehepaar Genscher mit Mitarbeitern und Politikern zum Mittagessen. Wodka als Apéritif lockerte die Stimmung. Gastgeber Gromyko raunte seinem Bonner Amtskollegen schmunzelnd zu: „Jetzt folgen wir dem revolutionären Protokoll und absolvieren unsere Tischreden vor dem Essen. Das hat erhebliche Vorteile."

UdSSR: Die USA sind auf Konfrontationskurs

Flugs erhob sich der 75jährige dienstälteste Außenminister der Welt, ließ seine bis dahin joviale Miene erstarren und legte in eisigem Ton los: „Die Administration der USA hat eindeutig auf Konfrontation und Willkür in den internationalen Beziehungen gesetzt", schrieb er Ronald Reagan ins Stammbuch. „Heuchelei", „Verschleiern militaristischer Vorbereitungen", „gefährliches Abenteurertum", „aggressive Handlungen, Verbrechen gegenüber Nicaragua" – eine Breitseite nach der anderen donnerte gen Washington.

Weshalb eigentlich Washington? Saß hier nicht der Bonner Außenminister, um etwas über die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu hören? Gromyko aber hatte nur den amerikanischen Gegner im Visier; dessen rhetorischer „Vernichtung" galten rund sechs Seiten seines sieben Schreibmaschinenseiten umfassenden Redemanuskripts.

Als Genscher im voraus über Gromykos Absicht informiert worden war, hatte er sich eine effektvolle Reaktion ausgedacht. Beide Ansprachen wurden nicht mündlich übersetzt, weil den Gästen schriftliche Texte in deutsch und russisch vorlagen. Nach der Genscher-Rede jedoch stand ein Dolmetscher auf und verkündete: „Ich möchte einen Satz übersetzen, der nicht im schriftlichen Text steht. Der Bundesaußenminister hat gesagt: 'Wir empfinden die Vorwürfe an die Adresse unserer amerikanischen Freunde als ungerecht und unverdient.'"

Ein Teilnehmer registrierte: „Das hatte Wirkung. Denn es war die einzige Formel, die überhaupt mündlich übersetzt wurde. Niemand konnte das überhören."

Mit Gromyko aber war derweil eine verblüffende Rückverwandlung vor sich gegangen. Mit knorrigem Lächeln rief er Genscher zu: „Jetzt haben wir das Geschäft hinter uns. Nun können wir mehr privat reden." Von den eben noch verdammten amerikanischen „Bösewichten" war keine Rede mehr. Statt dessen rühmte der Sowjetveteran, von Genscher lebhaft akklamiert, den hohen Wert persönlicher Beziehungen in der Politik.

Tatsächlich ist der unkonventionell-offene Umgangsstil zwischen den beiden Ministern, die sich seit zehn Jahren immer besser kennengelernt haben, auch in politischen Eiszeiten unbeschädigt geblieben. „Man kann nur staunen, wie unverblümt Genscher mit Gromyko redet, ohne daß der jemals einschnappt", berichtete ein Insider. So lief es auch diesmal bei den internen Gesprächen im Kreml.

Feindbild USA bleibt bestehen

Aber wo bleibt die sachlich-politische Wirkung? Wie ist es angesichts eines solchen persönlichen Verhältnisses möglich, daß die sowjetischen Massenmedien – gewiß mit Zustimmung Gromykos – wochenlang die Bundesregierung in übelster Weise attackierten? Diese Diskrepanz empfand offensichtlich auch Frau Gromyko, als sich bei Tisch das Gespräch den deutschen „Revanchisten" zuwandte.

Den Anstoß gab Genscher mit dem Hinweis: „Sehen Sie sich meine Frau an. Sie ist eine Vertriebene und geht noch zu Vertriebenentreffen. Aber ist sie eine Revanchistin?" Barbara Genscher lächelte etwas verlegen, als sich alle Blicke ihr zuwandten. „Sie müßten einmal zusammen mit meiner Frau an einem solchen Treffen teilnehmen", fuhr der FDP-Chef, zu Gromyko gewandt, fort. Dann würden Sie sehen, wie diese Vertriebenen sind. Ist es nicht in Wahrheit eine große Sache, daß sich Millionen von Menschen, die ihre Heimat verlassen mußten, zur Demokratie und zu einer friedlichen Politik bekennen?"

Mit altväterlicher Höflichkeit verbeugte sich der sowjetische Außenminister: „Frau Genscher ist natürlich von der Kritik ausgenommen", stellte er heiter fest, ohne sich allerdings im Grundsätzlichen beeindruckt zu zeigen. Dies ärgerte seine sonst zurückhaltende mütterlich-freundliche Ehefrau: „Du solltest auf das hören, was Herr Genscher gesagt hat. Denn was Herr Genscher sagt, ist immer ernst zu nehmen", ermahnte sie den verblüfft dreinschauenden Gromyko. Genscher hakte sofort nach. „Bei uns sagt man: Hören Sie auf ihre Frau", verkündete er lachend.

Wenig später erhielt Barbara Genscher eine Einladung von Frau Gromyko zum Tee im Kreml – eine Geste, die es bislang in den deutsch-sowjetischen Beziehungen noch nie gegeben hatte.

Doch leider bestimmen nicht die Ehefrauen den Kurs des Moskauer Politbüros. Und was Genscher von den Männern – allen voran Gromyko und gestern zum Abschluß auch Generalsekretär Konstantin Tschernenko – in der Sache zu hören bekam, das zeugte von keinerlei Bewegung, weder in der Frage der abgebrochenen INF- und START-Verhandlungen noch bei den von Washington angebotenen, aber bisher von den Sowjets nicht akzeptierten Regierungsgesprächen über Weltraumabwehrraketen. Am amerikanischen Feindbild des Kreml ist nicht zu rütteln – zumindest nicht bis zu den Präsidentenwahlen. Das spürte Genscher überdeutlich.

Genscher blieb trotzdem optimistisch

Trotzdem blieb er optimistisch. Ob er nicht merkte, daß Gromyko auch ihn meinte, als er in allgemeiner Form jene Entsetzten kritisierte, die angesichts der Nachrüstung meinten, „die Welt sei nicht untergegangen und eine 'neue Eiszeit' sei nicht eingetreten"? „Dies ist ein vorgetäuschter, ein gekünstelter Optimismus", konstatierte der Sowjetpolitiker, dessen interner Einfluß heute größer ist als je zuvor.

Doch Genscher konnte diese Hinweise nicht anfechten. Nach dem Fiasko des Bonner Amnestiegesetzes und anfänglichen Rücktrittserwägungen hat sich seine Grundstimmung innen- und außenpolitisch wieder auf „zuversichtlich" eingependelt. Er will FDP-Vorsitzender bleiben und erwartet auf dem Parteitag persönliche Rückenstärkung.

Abgewiesener Asylbewerber muß ausreisen

dpa, Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat das „beachtliche öffentliche Interesse" an der baldigen Ausreise von Asylbewerbern unterstrichen, deren Begehren sich nach umfassender Prüfung durch das „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" als eindeutig aussichtslos herausgestellt hat, und gestern die Verfassungsmäßigkeit dieser Ausreiseaufforderung im Asylverfahrensgesetz (§ 11) bejaht.

Nach Auffassung des Gerichts muß es derartigen Asylbewerbern – 1982/83 etwa 15 Prozent aller Asylsuchenden – nicht ermöglicht werden, auch den Ausgang ihres Klageverfahrens auf Anerkennung als Asylberechtigte noch im Inland abzuwarten. Allerdings ergäben sich aus den Grundrechten auf Asyl und wirkungsvollen Rechtsschutz bestimmte Anforderungen an das vorausgehende Gerichtsverfahren, in dem die Vollziehbarkeit der Aufforderung zur umgehenden Ausreise vorab überprüft werden müsse (AZ: 2 BvR 1413/83).

Ausbildung vor allem für Mädchen

Das Sonderprogramm der Bundesregierung hat bisher 6905 Jugendlichen, die im Herbst 1983 keinen Ausbildungsplatz erhielten, eine Berufsausbildung ermöglicht. Der Parlamentarische Staatssekretär des Bildungsministeriums, Anton Pfeifer (CDU), sagte gestern, mit dem Förderprogramm in Höhe von 160 Millionen Mark seien vor allem für Mädchen zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen worden; sie besetzten 67,5 Prozent der geförderten Stellen. Die Maßnahme, zu der sich die Regierung angesichts fast 40 000 unversorgter Lehrstellenbewerber entschlossen hatte, soll in diesem Jahr nicht wiederholt werden.

„Verzicht auf Feier eine Ausnahme"

dpa, Bonn

Der Verzicht auf eine Bundestagssitzung am 17. Juni zum Tag der Deutschen Einheit muß nach Auffassung der Union eine Ausnahme bleiben. Der deutschlandpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Lintner, hielt der SPD gestern in Bonn vor, sie habe sich wegen der an diesem Tage stattfindenden Europawahl gegen jede Form einer Gedenkveranstaltung im Parlament gestellt. Gleichzeitig betonte Lintner, Gedenktage wie der 17. Juni müßten von einem möglichst breiten Einvernehmen getragen werden.

Scharfe Kritik an Moskau wegen Drucks auf Rumänien

IOC überlegt, die Spiele 1988 nicht in Seoul abzuhalten

sid, Los Angeles/Düsseldorf

Der Präsident des Olympischen Organisationskomitees der Stadt Los Angeles, Peter Ueberroth, hat gestern scharfe Angriffe gegen die Sowjetunion gerichtet, die angeblich mit immer stärkerem Druck weitere sozialistische Staaten zum Olympia-Boykott dränge. Vor allem Rumänien sei das Ziel der sowjetischen Attacken. „Der Welt wird hier deutlich gemacht, wie stark der Einfluß der Sowjets auf die übrigen Staaten ist", sagte Ueberroth, „Rumänien wird der Prüfstein sein."

Der rumänische IOC-Vizepräsident Alexandru Siperco und Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu hätten ihm übereinstimmend erklärt, Rumänien werde eine Mannschaft zu den Spielen entsenden. Eine Entscheidung wird in Los Angeles von der Konferenz der Sportminister der sozialistischen Staaten erwartet, die morgen in Prag stattfinden soll. An dieser Sitzung wird, auf Einladung, auch IOC-Präsident Samaranch teilnehmen und einen letzten Versuch unternehmen, die UdSSR zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen.

Währenddessen verstärken sich in der IOC-Führung offensichtlich Überlegungen, die Olympischen Spiele 1988 von Seoul in eine politisch weniger brisante Stadt zu verlegen. Mitglieder des sowjetischen NOK hatten erklärt, eine Teilnahme ihrer Mannschaft in Seoul sei „noch ungewiß". Zudem war der Versuch, eine gesamtkoreanische Mannschaft für Los Angeles zu bilden, an der unversöhnlichen Haltung Süd- und Nordkoreas gescheitert.

Die Verhandlungen über die Vergabe der Fernsehrechte zwischen Seoul, IOC und den US-Fernsehanstalten wurden vorsorglich verschoben. Ein Zugeständnis, wie es das IOC wünscht, wäre wohl nur zu erreichen, wenn sich das IOC als Gegenleistung verpflichtet, die Spiele spätestens 1992 in Seoul stattfinden zu lassen.

Seite 2: Eigentor

Richter ordnet Josef Mengeles Auslieferung an

rtr, Asuncion

Ein paraguayischer Richter hat nach amtlichen Angaben aus Asuncion im Zusammenhang mit einem offiziellen Auslieferungsersuchen der Bundesrepublik Deutschland die Verhaftung des flüchtigen ehemaligen Lagerarztes von Auschwitz, Josef Mengele, angeordnet. Aus Behördenkreisen verlautete, der Richter habe die Polizei des Landes angewiesen, Mengele festzunehmen, falls man seiner in Paraguay habhaft werden könne. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt seit mehr als 20 Jahren gegen den aus Günzburg bei Ulm stammenden Mengele, dem durch Todesselektionen für die Gaskammern und medizinische Versuche Mitverantwortung für die Ermordung von Hunderttausenden nach Auschwitz deportierter Juden und Zigeuner angelastet wird. Das Auswärtige Amt in Bonn hat nach Angaben aus Asuncion bereits zum drittenmal in zwölf Jahren die Auslieferung Mengeles beantragt.

Priorität hat Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Sozialistische Parteien setzen Ziele für Europawahl fest

v. K., Paris

Die 14 in der „Union der sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft" (UPSCE) zusammengeschlossenen Links-Formationen, drei davon Regierungsparteien, haben die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa zum herausragenden Thema ihres Europawahlkampfes für die Europawahlen gemacht. Das verkündete der außenpolitische Sprecher der Sozialistischen Partei Frankreichs, Huntzinger, in Paris. Als weitere Wahlkampfthemen nannte Huntzinger einen gemeinsamen Ausweg aus der Krise, eine „erneuerte" Agrarpolitik, die Suche nach Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit in der Welt, die Verteidigung der Menschenrechte und eine Verbesserung der europäischen Institutionen im Sinne von mehr Demokratie und Wirksamkeit.

Die Forderungen der UPSCE sind in einem „Manifest" niedergelegt, das zum ersten Mal in der Geschichte des Verbandes auf einer Sitzung in Luxemburg am 9. März verabschiedet wurde. „Wenn es auch noch kein sozialistisches Europa gibt, so existiert immerhin ein europäischer Sozialismus", meinte Huntzinger. Besonders begrüßte Huntzinger, daß die britische Labour Party unter dem Einfluß ihres neuen Vorsitzenden Neil Kinnock eine „deutliche Hinwendung zu Europa" vollzogen habe. In der Sicherheitspolitik bestehe keine einheitliche Auffassung über die Rolle des Atoms bei der Abschreckung (die griechische Pasok-Partei gehört hauptsächlich aus diesem Grunde der UPSCE nicht an). Dennoch bleibe das atlantische Bündnis Voraussetzung für die Sicherheit Europas. Eine größere Mitsprache Europas sei wünschenswert. Langfristig sei eine „Herauslösung Europas aus den Militärblöcken" anzustreben. Die Sozialisten könnten sich, so Huntzinger, niemals mit der Unabänderlichkeit der Spaltung Europas abfinden.

Dunkler Fotomarkt

nl. – Es sieht beinahe so aus, als würde sich die Fotobranche selbst Mut machen. Jedenfalls glaubt sie, im bisherigen Verlauf dieses Jahres Lichtblicke für den in letzter Zeit ziemlich kräftig gebeutelten Amateurfotosektor zu erkennen. Fest steht zunächst, daß sich die Schere im Gesamtfotomarkt immer mehr öffnet: Während sich der Fachfotosektor, also Röntgen, Reprografie, das Fotohandwerk, Kino- und Mikrofilm oder auch die Bürokopie, als erstaunlich stabil und konjunkturunanfällig präsentiert, zeigt sich der Amateurmarkt von einer völlig anderen Seite. Er schrumpft seit geraumer Zeit in einem beängstigenden Tempo. Allein 1983 sank das Marktvolumen in diesem Bereich um sieben Prozent. Die Branche sieht als Grund für diese Entwicklung eine Fülle von Faktoren, beispielsweise hohe Marktsättigung, allgemeine Zurückhaltung der Konsumenten beim Geldausgeben oder auch den Rückgang möglicher Fotografier-Anlässe.

Die Statistik ist gespickt mit dikken Minusraten, wobei der Schmalfilmsektor, der in erster Linie mit der nach vorn marschierenden Videografie zu kämpfen hat, am stärksten abgerutscht ist. Man hofft jetzt, das verbliebene Marktsegment in die Zukunft hinüberretten zu können. Einen Trost über das trostlose Geräte-Geschäft hinaus gibt es indessen für die Branche, nämlich den, daß die Zahl der geknipsten und angefertigten Bilder einigermaßen gleichgeblieben ist. Noch sind bei aller Euphorie in Sachen Elektronik die Vorteile und technologischen Reserven der Fotochemie nicht einfach wegzuwischen. Dies sollte gerade im Photokina-Jahr 1984 nicht übersehen werden.

Schwarzer Peter

Stw.- Wenn Politiker, Bankiers und Unternehmer sich treffen, ist die weltweite Schuldenkrise ein Dauerthema. Das Internationale Management Symposium in St. Gallen macht da keine Ausnahme. Überraschend ist in diesem Jahr allerdings die Übereinstimmung in Grundsatzfragen wie sie der ehemalige Finanzminister Brasiliens, Mario Henrique Simonsen und US-Handelsbeauftragte William Brock zeigten. Schon beim bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel sollten die Industrieländer sich verpflichten, gegenüber nichtsubventionierten Exporten der Entwicklungsländer keine Schranken zu errichten, forderte der Schweizer Notenbankchef Fritz Leutwiler. Doch sein leidenschaftlicher Appell wird, wie Leutwiler weiß, kein Echo finden. Die Diskussion zeigte auch warum. Der Schwarze Peter wurde schnell weitergereicht. Vorangehen bei der Öffnung der Märkte sollten die Japaner, hieß es. Fast überflüssig zu erwähnen, daß gerade sie nicht mit am Tisch saßen.

Schatten der Continental

Von H.-A. SIEBERT, Washington

Die Krise, in der Amerikas achtgrößte Geschäftsbank steckt, wirft auch international lange Schatten. In der vergangenen Woche rutschten plötzlich die kurzfristigen Zinsen und zogen den Dollar mit. An den Finanz- und Devisenmärkten roch es nach einer Wende. Zum Wochenschluß waren die alten Preisniveaus wiederhergestellt. Das Rätsels Lösung: Die Spritzen zur Rettung der Continental Illinois National Bank and Trust Company in Chicago hatten eine Geldflut ausgelöst, die dann schnell verebbte.

In die Irre führen kann auch ein Beschluß des zwölfköpfigen Offen-Markt-Komitees des Federal Reserve System, in den USA die Geldmenge zunächst nicht zu verknappen. Es hat seine fälligen Beratungen Montag mittag begonnen und gestern abgeschlossen. Wenn die Auguren recht behalten, verzichteten die sieben Gouverneure des Federal Reserve Board und die fünf Präsidenten der regionalen Notenbanken auf ein Anziehen der Kreditschraube, um Continental nicht noch tiefer in den Abgrund zu stoßen. Bei einem Zudrehen des Geldhahnes steht weniger Geld zur Verfügung, das mehr kostet.

Unter die Haut gefahren ist den Zentralbankern natürlich auch die Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Argentinien, Brasilien, Kolumbien und Mexiko, sie würden eine Gefährdung der Demokratie und der wirtschaftlichen Entwicklung, verursacht durch den zu rigiden Schuldendienst, nicht hinnehmen. Die dreimalige Anhebung der Prime Rate um insgesamt 1,5 Prozent seit Jahresbeginn erhöhe Lateinamerikas Außenverpflichtungen um 4,5 Milliarden Dollar. Es geht also wieder das Gespenst eines Boykottkartells um. Dennoch ist es der „Fed" nur möglich, ihre Stabilitätsstrategie sehr kurzfristig zu unterbrechen; darauf verzichten kann sie nicht: Ohne Tritte auf die Geldbremse sind in Amerika eines Tages Teuerungsschübe so sicher wie das Amen in der Kirche.

Vor der letzten Sitzung hatte es so ausgesehen, als würde das Offen-Markt-Komitee die Eindämmung des, gemessen an den größeren Aggregaten, wieder üppigeren Geldflusses absegnen, und zwar vor dem Hintergrund eines ungewöhnlich starken Konjunkturtempos. Für 1984 im Visier hatte die „Fed" immer eine Zunahme des US-Bruttosozialprodukts um real 4,5 bis 4,7 Prozent. Nach plus 8,8 Prozent im ersten Quartal ist eine solche Wachstumsrate trotz mancher Unkenrufe völlig unrealistisch; was sich schwer abschätzen läßt, ist die Antriebskraft der riesigen Haushaltsdefizite.

Im Klartext heiß dies, daß die „Fed" den Märkten eine Atempause gewährt, die aber nicht lange dauert. Für das Anziehen der monetären Zügel bleibt ihr, abgesehen von der virulenten Inflation, wenig Zeit. Die Notenbank möchte sich dem Bremsritual keineswegs in der größten Hitze des Wahlkampfes unterziehen, was auch der Tradition widersprechen würde. Mit einem Wort: In den USA, die ohnehin von Kreditexplosionen erschüttert werden, bleibt der Zinstrend eher nach oben gerichtet.

Dieses Szenarium ist auch der Grund dafür, warum die Bankenaufsichtsbehörden in Washington, einschließlich „Fed", auf eine rasche grundsätzliche Lösung des Continental-Problems dringen. Durch die Zusage unbegrenzter Notenbankhilfe und die Aufhebung des Versicherungslimits für Einlagen haben sie die Suche nach einem potenten Käufer erleichtert. Vermutlich wird die Federal Deposit Insurance Corp. auch noch die Last der faulen Kredite reduzieren, wenn auch auf Kosten der Aktionäre. Was sich anbietet, wäre eine Fusion mit der First Chicago Corp. – die Numer zwei in Chicago und im Mittleren Westen. Erste Gespräche sollen schon stattgefunden haben.

Durch den Zusammenschluß von Continental mit First Chicago würde Amerikas viertgrößte Geschäftsbank entstehen. Die Bilanzsumme addiert sich auf 77,3 (41,4 und 35,9) Milliarden Dollar, während die Rückstellungen mit 621 (401 und 220) Millionen Dollar zu Buch schlagen. Bei einem Nettoeinkommen von 79,2 (29,4 und 49,8) Millionen Dollar im ersten Quartal würde das neue Gebilde faule Kredite, die keine Erträge mehr bringen, in Höhe von 3,2 (2,3 und 0,9) Milliarden Dollar mit sich herumschleppen. Für den Zugriff der First Chicago spricht, daß sie einem neuen Erzrivalen den Zugang zum wichtigen Regionalmarkt versperren muß.

STEUERREFORM / Belastungen durch EG-Beschlüsse werden rapide wachsen

Widerstand gegen Steuererhöhungen zum Ausgleich für Ausfälle wächst

HEINZ HECK, Bonn

Wachsender Widerstand gegen Steuererhöhungen zur Kompensation von Einnahmeausfällen dürfte auch das heutige Koalitionsgespräch zur Steuerreform bestimmen, das am Nachmittag in Bonn beginnt. Angesichts der zunehmenden Haushaltsrisiken aus Streikfolgen und EG-Belastungen scheint das Finanzministerium nun doch die „kleine Lösung" einer Steuerreform mit nur zehn bis zwölf Milliarden Mark Einnahmeausfällen zu favorisieren.

Allerdings hat Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) vor dem Hintergrund der jüngsten Haushaltsentwicklung Schwierigkeiten, die dramatische Entwicklung im Koalitionskreis überzeugend darzustellen. Nach den großen Stabilisierungserfolgen 1983 blieben die Ausgaben des Bundes im ersten Jahresdrittel mit 88,2 Milliarden um 1,4 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Die Steuereinnahmen stiegen dagegen um 3,9 Prozent. Wenn dennoch die Gesamteinnahmen mit 68,2 Milliarden um 4,7 Prozent hinter 1983 zurückblieben, so nur wegen der im Vergleich zum Vorjahr verzögerten Abführung des Bundesbankgewinns.

Aber der an Schärfe zunehmende Arbeitskampf könnte alle Hochrechnungen über mehr Wirtschaftswachstum mit der daraus resultierenden Verbesserung der öffentlichen Finanzlage rasch zunichte machen. Hinzu kommen die rapide wachsenden Belastungen durch die EG-Beschlüsse. In einer Kabinettsvorlage hat das Finanzministerium die „maximal mögliche Mehrbelastung des Bundes" für die sechs Jahre von 1984 bis 1989 auf rund 34,4 Milliarden Mark beziffert. Zusammen mit den Mehrbelastungen der Länder von 3,9 ergibt sich für die öffentlichen Haushalte insgesamt ein Betrag von 38,3 Milliarden Mark. „Die tatsächliche Mehrbelastung kann erst zuverlässig geschätzt werden, wenn die noch ausstehenden Entscheidungen, insbesondere zur Haushaltsdisziplin, getroffen sind", heißt es in der Vorlage.

Nach geltendem Recht beträgt der deutsche Anteil der an die EG abzuführenden eigenen Einnahmen von 1984 bis 1989 rund 107 Milliarden Mark. Legt man ab 1986 die Erhöhung des Mehrwertsteueranteils von eins auf 1,4 Prozent und ab 1988 auf 1,6 Prozent zugrunde, so kommen die erwähnten 34,4 Milliarden für den Bund hinzu.

In diesen Zahlen ist noch nicht einmal die zweimalige Korrektur der höheren Vorsteuerpauschale für Landwirte berücksichtigt. Die Unionsfraktion will die Vorsteuerpauschale nicht von acht auf elf (Regierungsentwurf), sondern auf 13 Prozent erhöhen. Der Bundesrat hatte sich mit seiner Unionsmehrheit bereits am Freitag für ein Vorziehen der Erhöhung vom 1. September auf den 1. Juli ausgesprochen, obwohl der Grenzausgleich erst am 1. Januar 1985 um fünf Prozentpunkte vermindert wird. Statt der für 1984 angesetzten Mehrbelastung des Bundes und der Länder von rund einer Milliarde (Bund 640 Millionen) dürften allein auf den Bund Mehrbelastungen von mindestens 1,5 Milliarden Mark zukommen. In der Rechnung enthalten ist dagegen für 1984 ein Betrag von 1,5 Milliarden aus der voraussichtlichen Finanzierungslücke des EG-Haushalts.

Ungewiß ist derzeit noch, in welchem Ausmaß der auf 1,4 und 1,6 Prozent zu erhöhende Mehrwertsteuerplafond tatsächlich ausgenutzt wird. Dies hängt „von den haushaltsrelevanten Entscheidungen des Rates und des Europäischen Parlaments ab", heißt es. Die Steigerungsraten der obligatorischen Agrarausgaben sollen nach den Beschlußvorlagen für den Rat im mehrjährigen Durchschnitt unterhalb des Wachstums der Basis der Eigenmittel bleiben. Ließe sich die Steigerungsrate des EG-Haushalts im Zeitraum 1986 bis 1989 bei „nur zehn Prozent" halten, bliebe der Ausnutzungsgrad in dieser Zeitspanne unterhalb von 1,4 Prozent. In diesem Falle betrüge die Mehrbelastung für den Bund von 1984 bis 1889 rund 18,9 und die Länder 3,9 Milliarden Mark. „Auch im Hinblick auf den geplanten Beitritt Spaniens und Portugals erscheint die Prämisse allerdings zu optimistisch", heißt es.

AUF EIN WORT

»Die künftige Sozialpolitik wird sich darum bemühen müssen, die Lohnnebenkosten nicht nur nicht mehr weiter anwachsen zu lassen, sondern sie zu senken. Schwindende Wettbewerbsfähigkeit, sinkende Arbeitsmoral und zunehmende Schwarzarbeit wären sonst die Folge.«

Manfred Baden, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. FOTO: PIB

Firmen beklagen hohe Personalkosten

dpa/VWD, Bonn

Der Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Manfred Lennings, hat Politiker und Gewerkschafter aufgefordert, die hohen Kosten, insbesondere für die Arbeitnehmer, wieder kalkulierbarer zu machen. Der gegenwärtige Konflikt um die 35-Stunden-Woche sei ein Beispiel dafür, daß die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig sein und zugleich den sozialen Frieden wahren solle. Schwarze Zahlen seien die Voraussetzung für soziale Sicherung. Es müsse Abschied genommen werden von öffentlichen Reglementierungen, übersteigertem Rationalisierungsschutz, zementierenden Besitzstandsicherung und der Diskriminierung von Risiko-Kapital.

GLASFASERFERTIGUNG

Ministererlaubnis soll das Gemeinschaftsprojekt retten

DANKWARD SEITZ, München

Um das Projekt einer gemeinschaftlichen Produktion von Glasfaserkabeln doch noch verwirklichen zu können, wird die Siemens AG, Berlin/München, auch stellvertretend für die anderen vier deutschen Kabelhersteller AEG, Philips, Kabelmetal und SEL in den nächsten Tagen einen Antrag auf Ministererlaubnis stellen.

Dies kündigte Siemens-Vorstandsmitglied Hans Baur jetzt in München an, nachdem den fünf Firmen am vergangenen Freitag die Abmahnung des Bundeskartellamtes zugestellt worden ist. Gemeinsam wollen sie in Berlin ein Werk mit einer Produktionskapazität von 100 000 km Glasfaserkabel pro Jahr errichten.

Die Untersagung durch das Bundeskartellamt bezeichnete Baur als formal Rechtens. Wie Siemens seien aber auch die anderen Unternehmen aus wirtschaftlichen Gründen unverändert an einer Gemeinschaftsproduktion interessiert. Und allein aus wirtschaftspolitischen Gründen sollte der deutsche Markt nicht zersplittert werden.

Dabei geht es den Firmen offensichtlich wohl weniger um den in den nächsten Jahren noch relativ bescheidenen Inlandsmarkt, sondern darum, möglichst bald verstärkt auf dem Weltmarkt Fuß fassen zu können. So schätzt Siemens allein 1984 das Weltmarktvolumen auf etwa 1,0 Millionen Faser-Kilometer davon 650 000 km in den USA, 100 000 km in Großbritannien, 65 000 km in Japan und nur 13 000 km in der Bundesrepublik. Welche Alternativen bestehen, sollte dem Gemeinschaftsprojekt die Ministererlaubnis versagt werden, dazu wollte sich Baur derzeit nicht äußern.

PROTEKTIONISMUS

Schlecht gegen Subventionen für Hochtechnologie-Güter

HEINZ HECK, Bonn

Wirtschafts-Staatssekretär Otto Schlecht hat vor „Patentrezepten zur Überwindung tatsächlicher oder vermeintlicher technologischer Schwächetendenzen" gewarnt. Vor der „Dortmunder Runde - Wirtschaft und Politik" erklärte er, es verstehe sich von selbst, daß für die Bundesrepublik „schon im Eigeninteresse" jede Art von Exportsubventionen für oder handelspolitische Protektion gegen sogenannte Hochtechnologiegüter nicht in Betracht komme.

Solche Defensiv-Strategien, die zu Kettenreaktionen anderer Länder führten, müßten allein schon wegen der hohen internationalen Verflechtung der deutschen Wirtschaft ausscheiden. „Unser Export ist auf freie Märkte angewiesen", betonte Schlecht. Auch würde ein Schutz der heimischen Industrie zur strukturellen Verhärtung, zur unwirtschaftlichen Verwendung vorhandener Ressourcen und damit zu einer Minderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen.

Entscheidend für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft seien produktive Investitionen. Die strukturellen Anpassungs- und Beschäftigungsprobleme der deutschen Wirtschaft ließen sich schneller beseitigen, wenn es gelinge, hier wieder mehr und dauerhaft Dynamik zu gewinnen. Mehr Investitionen bedeuteten zugleich mehr Arbeitsplätze und mehr Einkommen. Darüber herrsche zwar weitgehend Einigkeit, jedoch nicht über den einzuschlagenden Weg. So huldige die SPD auf ihrem jüngsten Parteitag wieder mehr dem „verstärkten planerischen Vorausdenken" und einer „gezielten vorausschauenden Industriepolitik".

FORSCHUNGSFÖRDERUNG

AIF fordert höhere Mittel für gemeinsame Vorhaben

KAREN SÖHLER, Bonn

Von einem technologischen Rückstand kann nicht die Rede sein. Daß belegten auch die Außenhandelszahlen, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner (FDP), auf der 30. Jahreshauptveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Industrielle Forschungsvereinigung (AIF). Rückstände bei der Mikroelektronik und der Gen-Technologie seien kein Indiz für eine gesamtwirtschaftliche Leistungsschwäche; höchstens Ausdruck einer internationalen Arbeitsteilung.

Den Optimismus teilen zwar auch die Vertreter der 91 Forschungsvereinigungen aus allen Wirtschaftsbereichen, die in der AIF zusammengeschlossen sind. Jedoch legen sie, die etwa 25 000 kleine und mittlere Unternehmen repräsentieren, Wert darauf, auf diese Form der Arbeitsteilung weniger angewiesen zu sein. Mit anderen Worten: Die AIF erwartet vom Bundeswirtschaftsministerium, daß es mehr Geld für die Gemeinschaftsforschung bereitstellt. Im Augenblick stehen der Organisation 85 Mill. DM zur Verfügung - genau so viel wie im vergangenen Jahr. Doch schon 1983 mußte der Dachverband rund 100 Anträge zurückstellen, obwohl sie - ebenso wie die anderen 350 Forschungsprojekte - den kritischen Blicken der sieben Gutachtergremien aus Wissenschaft und Wirtschaft standgehalten hatten. Etwa 20 bis 30 Mill. DM fehlten für die Verwirklichung, erläuterte der Präsident der Arbeitsgemeinschaft, Erwin Müller.

Da es sich um relativ geringe Beträge handelt, bei jedem Forschungsvorhaben mindestens eine Eigenbeteiligung der Industrie von 50 Prozent verlangt wird und die repräsentierten kleinen und mittelständischen Firmen ohne diese Gemeinschaftseinrichtung im allgemeinen gar keine Chance hätten, Forschung und Entwicklung zu betreiben, läßt Müller das Argument Sparsamkeit als Begründung für den niedrigen Haushaltsansatz nicht gelten.

Schließlich mobilisiere jede Forschungsmark ein Mehrfaches an Wirtschaftswachstum. Daher kritisiert Müller ebenfalls, daß dem seit 1979 laufenden Programm für Personalkostenzuschüsse, welches die AIF für das Bundeswirtschaftsministerium durchführt, die Mittel von 390 Mill. DM 1982 auf 320 Mill. DM in diesem Jahr gekürzt wurden. Daß immer mehr kleine Firmen Anträge stellen (1984 schon 2000) läßt Müller befürchten, daß Ende 1984 etwa 220 his 240 Mill. DM auch für diese Forschungsförderung fehlen. Denn der Zuschuß wird für Angestellten gewährt, die mindestens 400 Stunden pro Jahr für F&E aufwenden. Als Hoffnungsschimmer betrachtet die AIF die Zusage des Bundeswirtschaftsministers, er werde bemüht sein, die Finanzierungslücken dauerhaft in Ordnung zu bringen. Doch zählte eine Zusage des Finanzministers in diesem Zusammenhang sicher mehr.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Stahlbau: Aufschwung fehlt bislang nocb

Bonn (VWD) – Sehr negativ beurteilt der Präsident des Deutschen Stahlbau-Verbandes, Köln, Hans-Jürgen Dankert, die Situation seiner Branche: Der Beschäftigtenabbau gehe weiter. Und wegen mangelnder Aufträge schrumpfte die Reichweite der Auftragsbestände auf den bisher niedrigsten Stand seit Jahren, auf 2,4 (März 1983: 3,2) Monate. Die Kapazitätsauslastung im Stahlbau verharrt zur Zeit bei nur 62 Prozent. Positive Indikatoren dagegen seien der Anstieg der inländischen Auftragseingänge um 5,2 Prozent und der „deutlich höhere" Auftragseingang aus dem Ausland (im Vergleich zu den letzten drei Quartalen 1983). Eine verstärkte Nachfrage erwartet der Stahlbau vor allem im Wirtschaftshochbau, im Kraftwerksbau, beim Umweltschutz und im Brückenbau.

Citroën produziert wieder

Paris (rtr) – Nach der Beilegung des Arbeitskonflikts erwartet der französische Automobilhersteller Citroën ab heute wieder ein normales Produktionsniveau. Ein Unternehmenssprecher sagte, die Arbeit in den Werken Nanterre, Asnieres und Levallois werde wieder aufgenommen.

Bemühen um Ostaufträge

Paris (VWD) – Frankreich bemüht sich augenblicklich um neue Aufträge aus Ostblockstaaten. Die „DDR" und Frankreich verhandeln zur Zeit über Projekte im Auftragswert von 2,3 Mrd.Franc, verlautet aus französischen Regierungskreisen. Auch mit Moskau steht Paris über neue Wirtschaftsprojekte in fortgeschrittenen Verhandlungen.

Howe: Welthandel fördern

London (rtr) – Beim Gipfeltreffen der sieben wichtigsten westlichen Industrienationen im Juni sollte nach Ansicht des britischen Außenministers Geoffrey Howe der Aufschwung gesichert und der Welthandel gefördert werden. Howe sagte vor Vereinigungen des Verbands Südostasiatischer Nationen (Asean), Premierministerin Margaret Thatcher werde als Gastgeberin beide Ziele zu Schwerpunkten der Diskussionen machen. Eine feste Tagesordnung gebe es jedoch nicht.

Arbeitslosigkeit gesunken

Brüssel (AP) – Die Zahl der Arbeitslosen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (ohne Griechenland) ist im April saisonbereinigt gegenüber März um 227 000 auf 12,5 Mill. zurückgegangen. Dies teilte das Statistische Amt der EG mit. Die Arbeitslosenquote sank gegenüber März von 11,3 auf 11,1 Prozent.

Mehr Autos zugelassen

Flensburg (dpa/VWD) – Von Januar bis Ende April 1984 sind in der Bundesrepublik fast 1,1 Mill. fabrikneue Kraftfahrzeuge zugelassen worden. Das waren 1,5 Prozent mehr als im ersten Drittel 1983 und nur 15000 Autos weniger als im gleichen Zeitraum des Autorekordjahres 1978.

Gewinntransfer verboten

Buenos Aires (AP) – Die argentinische Regierung hat am Montag den im Lande tätigen ausländischen Unternehmen untersagt, Gewinne oder Investitionskapital ins Ausland zu transferieren. Sie begründete ihr Dekret mit der Notwendigkeit, die Devisenreserven des Landes wegen der hohen Auslandsverschuldung von 43,6 Milliarden Dollar zu schonen.

Vatikanbank zahlt

Rom (AP) – Die Vatikanbank, Institut für Religöse Werke hat nach einem Bericht der italienischen Nachrichtenagentur Ansa ein vorläufiges Abkommen unterzeichnet, mit dem sie sich zur Zahlung von 250 Mill. Dollar an die Liquidatoren und Gläubigerbanken des italienischen Geldinstituts Banco Ambrosiano verpflichtet.

Lloyds dementiert

London (VWD) – Lloyds of London hat dementiert, daß sie wegen der Gefahren für die internationale Schiffahrt im Persischen Golf keine Schiffe in diesem Bereich mehr versichere. Ein Sprecher erklärte, für entsprechende US-Presseberichte vom Wochenende gebe es keinerlei Grundlage.

US-STAHLINDUSTRIE / Japaner zeigen Interesse

Konsolidierung gelingt

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Konsolidierung der US-Stahlindustrie, die während der Rezession sechs Mrd. Dollar verlor, macht weitere Fortschritte. Nahezu perfekt ist die Ehe zwischen Jones & Laughlin, die zur LTV Corp. in Dallas gehört, und der Republik Steel Corp. in Cleveland, nachdem 65 und 82 Prozent der Aktionäre der Fusion zugestimmt haben. Das Plazet des zuständigen Bundesgerichtes gilt als sicher; von Ende Juni an firmieren die beiden Gesellschaften unter dem Namen LTV Steel Corp. Vorstandsvorsitzender und „Chief Executive Officer" wird E. Bradley Jones, bisher Chef von Republic Steel. Durch den Zusammenschluß entsteht Amerikas zweitgrößter Stahlkonzern mit 46 000 Beschäftigten.

Erfüllt werden die Washingtoner Wettbewerbsauflagen, wonach LTV Steel etwa ein Fünftel der Produktionskapazitäten stillegen muß. Geschlossen wurde schon das Republik-Werk in Buffalo, New York; außerdem soll die Kohlenstoffstahl-Anlage in Gadsden, Alabama, sowie Republics Spezialstahlfabrik in Massillon, Ohio, verkauft werden. Nach der Fusion wird das Großunternehmen vier Bereiche bedienen: Flach-, Stab-, Rohr- und Edelstahl. Durch Lagerabbau und das Ende der Doppelgleisigkeit verspricht sich das Management einmalige Einsparungen in Höhe von 400 Mill. Dollar.

In der US-Stahlbranche kursieren Gerücbte, daß die Japaner Interesse am Kauf der Werke in Buffalo, Gadsden und Massillon bekundet haben. Überrascben sollte das nicht; denn die Erzeugung einer wachsenden Zahl japanischer Autos in Amerika recbtfertigt eine eigene Stahlbasis: Toyota baut mit General Motors von 1985 an in Kalifornien jährlich 250 000 Autos, Nissan läßt in Tennessee Kleinlaster vom Band laufen und Honda verdoppelt die Ausstoßkapazität in Ohio. Vor der Tür stehen zudem Toyo Kogyo (Mazda) und Mitsubishi.

BAUINDUSTRIE / Herion: Schon 1986 kommt der nächste Abschwung

Warnung vor Ausbau der Kapazitäten

HANNA GIESKES, Bonn

„Wie soll es eigentlich in unserer Branche weitergehen?" Günther Herion, Präsident im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, ist „beunruhigt": Nach den vorliegenden Daten werde die leichte Erholung am Bau schon 1986 von einer neuen Rezession abgelöst. Bis 1990 müßten die Belegschaften voraussichtlich um 100 000 bis 170 000 Beschäftigte verringert werden, sagte Herion gestern vor der Mitgliederversammlung seines Verbandes in Bonn.

Er warnte die Mitglieder seiner Organisation davor, auf Ausweitung der Umsätze und Aufstockung der Kapazitäten zu setzen. Jetzt komme es auf „Abbau, Anpassung und betrieblichen Strukturwandel" an. Überdies müsse der Bauunternehmer „über den Tellerrand einer Ein- oder Zweijahresplanung hinaussehen".

Tatsächlich lassen die Zahlen großen Optimismus kaum zu: Zwar ist die Bauproduktion im ersten Quartal 1984 real um 6,4 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 1983 gestiegen, aber der Auftragseingang sank im selben Zeitraum um 3,4 Prozent. Die Steigerung der Bauproduktion sei lediglich durch den zügigen Abbau der Bestände bedingt, meint Herion, der nicht mehr damit rechnet, daß die Bauaufträge in diesem Jahr noch „wesentlich" ansteigen werden.

Gewisse Chancen vermag der Bauindustriepräsident im Wirtschaftsbau zu erkennen, „wenngleich auch hier die privatwirtschaftlichen Investitionen zurückgehen werden". Der Wohnungsbau werde an Bedeutung verlieren, die Zahl der Neubauwohnungen unter 300 000 im Jahr fallen. Besondere Aufmerksamkeit richtet die Branche auf den öffentlichen Bau, der 60 Prozent zu ihren Umsatzerlösen beisteuert, „und hier haben wir große Sorgen".

Obwohl weiterhin ein hoher Baubedarf bestehe, „nicht zuletzt in den Bereichen Modernisierung, Instandhaltung und Ersatz", werden laut mittelfristiger Finanzplanung die Bauausgaben der Gebietskörperschaften zwischen 1980 und 1987 real um 50 Prozent gesunken sein. Zur Finanzierung der Bauaufgaben seien darum neue Wege einzuschlagen, meint Herion: „Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, daß immer alles vom Staat bezahlt werden soll." So könne beispielsweise der Bau von Brücken von Privaten übernommen und durch Benutzungsgebühren finanziert werden.

Schließlich müsse auch eine investitionsfördernde Wirtschafts- und Finanzpolitik durchgesetzt werden, fordert Herion, der immer noch hofft, daß der Auslauftermin für die Mehrwertsteueroption im Bauherrenmodell verschoben wird. Insbesondere die Gemeinden müßten Gelegenheit erhalten, wieder mehr zu investieren. Doch Herion hat auch da Bedenken, „denn trotz eines Abbaus ihrer Neuverschuldung müssen sich die Gemeinden zur Zeit mehr und mehr auf den Sozialbereich konzentrieren".

DGZ / Ertragsscharten konnten ausgewetzt werden

Innerlich Speck angesetzt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Im letzten Jahr gelang es der Deutschen Girozentrale-Deutsche Kommunalbank- (DGZ), Frankfurt, die Ertragsscharten von 1980/81 auszu- wetzen, und innerlich Speck anzusetzen. Mit einem auf 144 Mill. DM fast verdoppelten Teilbetriebsergeb- nis aus dem laufenden Geschäft (Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Verwaltungsaufwand und Afa) sowie dem Gewinn aus dem Eigenhandel verfügte die Bank über eine so hohe „Verteilungsmasse" wie nie zuvor, aus der sie nach Abführung von 63,6 (34,7) Mill. DM an den Fiskus und Ausweis eines Jahresüberschusses von 23,5 (20,5) Mill. DM rund 90 Mill. DM übrig behielt, die sie zu Effektenabschreibungen, zu einer Zehn-Millionen-Abschreibung auf eine Forderung an die SMH-Bank und zum größten Teil zu Wertberichtigungen auf ihr internationales Kreditengagement nutzte.

Einschließlich ihrer Luxemburger Eurotöchter hat die DGZ nach Angaben ihres Vorstandsvorsitzenden Ernst-Otto Sandvoß rund 360 Mill. DM an Problemländer ausgeliehen, wovon weniger als die Hälfte durch Einzelwertberichtigungen abgesichert ist. Gäbe es noch zwei weitere so ertragsstarke Jahre und keine Zunahme der Problemkredite, könnte die DGZ das Thema Länderrisiken praktisch „vergessen".

Aus ihrem Jahresüberschuß zahlt die Bank 18,5 Mill. DM (6 Prozent) an die Eigner, und mit wieder 5 Mill. DM werden die Rücklagen dotiert. Nach der Kapitalerhöhung von 310 auf 380 Mill. DM zu Beginn dieses Jahres erreicht das Eigenkapital 560 Mill. DM, was 1,8 Prozent der Bilanzsumme entspricht, die 1983 um 5,1 Prozent auf 29,3 Mrd. DM gestiegen ist.

Das Bilanzwachstum wurde bei Flaute im Kreditgeschäft mit industriellen Großkunden und dem Staat vornehmlich vom Geldhandel und vom Wertpapiergeschäft getragen, Sparten, in denen sich der Liquiditätsausgleichsstelle der Sparkassenorganisation zusätzliche Geschäftsmöglichkeiten boten, zum Beispiel durch Beteiligung an Wertpapierpensionsgeschäften mit der Bundesbank.

Im Auslandsgeschäft konzentrierte sich die DGZ auf exportorientiertes Kreditgeschäft, möglichst mit Hermesdeckung, und das reine Finanzkreditgeschäft bemühte sie sich, wie Sandvoß sagte, in den Grenzen zu halten, die sich mit der Fähigkeit zur Risikoübernahme vereinbaren lassen. Vom gesamten Kreditvolumen (20 Mrd. DM) entfallen etwa 60 Prozent auf inländische öffentliche Kreditnehmer; der Rest verteilt sich etwa zu gleichen Teilen auf inländische Banken, Industrie und Ausland.

ITALIEN / Gas-Abkommen mit Moskau unterzeichnet

Bezug aus Sibirien ab 1985

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Heute unterzeichnen die Vertreter der sowjetischen Gasexportgesellschaft Sojuzgazexport und des staatlichen italienischen Energiekonzerns Eni in Moskau das neue Abkommen zum Bezug von Sibiriengas. Damit verpflicbtet sich die Eni-Erdgasvertriebsgesellschaft Snam ab 1992 jährlicb mindestens 4,4 bzw. höchstens 5,5 Milliarden Kubikmeter Gas und vom Jahr 2008 an 4,8 bzw. 6,0 Milliarden Kubikmeter abzunehmen.

Das erste Gas wird Ende dieses Jahres in die Leitung einströmen. Für 1985 ist eine Abnahmemenge von nicht ganz einer Milliarde Kubikmeter vorgesehen, die sich in den darauffolgenden sieben Jahren stufenweise mehr als vervierfachen wird. Mit dem Sibiriengas wird Italien am Ende dieses Jahrzehnts über zwei Drittel seines Bedarfs mit Importen decken, gegenüber derzeit rund 55 Prozent.

Im laufenden Jahr wird mit einem Inlandskonsum von 30 bis 31 Milliarden Kubikmeter gerechnet, gegenüber 22,5 Milliarden im Jahre 1983. Diese Verbrauchsmenge soll bis 1990 auf 38 bis 40 Milliarden Kubikmeter zunehmen. Ursprünglich hatte der inzwischen revidierte staatliche Energieplan ab Mitte der 80er Jahre eine eigene italienische Erdgasförderung von nur sieben bis acht Milliarden Kubikmeter statt den bisherigen 11 bis 12 Milliarden jährlich vorgesehen.

Dank der Entdeckung neuer Lagerstätten, die die Reserven inzwischen kräftig erhöbt haben, braucht die Förderung aber nicht zurückgenommen zu werden. Den Rest deckt das Gas aus Algerien (11 Milliarden Kubikmeter), Holland (4,5), Libyen (0,7) und aus der Sowjetunion, die schon jetzt 6,6 Milliarden Kubikmeter jährlich liefert. Im Jahre 2000 werden die Industrie und die Petrochemie in Italien 17 Prozent ihres Energie- und Rohstoffbedarfs mit Erdgas decken. Die Haushalte zu 45 Prozent. Die Sowjetunion hat sich verpflichtet, die der italienischen Energiebilanz entstehenden zusätzlichen Kosten durch Bau- und Lieferaufträge für die italienische Industrie abzubauen. Insgesamt sollen Aufträge im Wert von über 2000 Milliarden Lire vergeben werden, die von sowjetischer Seite in Erwartung der Unterschrift unter das Gasabkommen bisher zum Teil zurückgehalten wurden.

Spirituosen-Konsum weiter gesunken

dal. Hamburg

Die Spirituosen-Hersteller der Bundesrepublik haben sich von der mehrmaligen Erhöhung der Branntweinsteuer noch nicht erholt. Nach Angaben des Bundesverbands der Spirituosen-Indsutrie, Bonn, ist der Pro-Kopf-Verbrauch im vergangenen Jahr erneut um 1,5 Prozent zurückgegangen und liegt gegenwärtig bei etwa 6,7 Litern. Einen ursächlichen Zusammenhang mit den Steuererhöhungen kann nach Meinung des wiedergewählten Verbandspräsidenten Kurt Grün „niemand ernsthaft bestreiten". Aus den bekanntgegebenen Zahlen geht jedoch deutlich ein Abflachen des Umsatzrückgangs hervor. Zusammen mit der zweimaligen Erhöhung der Branntweinsteuer auf schließlich 30 Prozent war der Pro-Kopf-Verbrauch von 1980 bis 1983 um 16,3 Prozent zurückgegangen. Die Steuereinnahmen sind ebenfalls gesunken, wenn auch nicht in dem gleichen Maße.

Importe sind am Gesamtumsatz noch immer mit 36 Prozent beteiligt, obwohl sie seit 1980 beträchtlich zurückgegangen sind. Die Ausfuhr von Spirituosen ist hingegen 1983 um insgesamt sieben Prozent gestiegen.

EFTA / Seit sieben Jahren wieder gemeinsame Sitzung

Lange Empfehlungs-Liste

R. GATERMANN, Stockholm

Zum erstenmal seit sieben Jahren haben sich die Regierungschefs der sieben Efta-Länder – nur der Norweger fehlte wegen Krankheit – wieder zu einer gemeinsamen Sitzung versammelt, und zwar auf der schwedischen Ostsee-Insel Gotland. Man wolle beweisen, daß die Efta lebt und bei guter Gesundheit ist, erklärte der gastgebende schwedische Ministerpräsident Olof Palme. Die Kommission hat eine lange Liste mit Vorschlägen zu einem erweiterten Freihandel innerhalb der Organisation und mit der Umwelt vorbereitet. Sie fordert jedoch auch, daß die Efta häufiger als bisher u. a. in der OECD und im Gatt mit einem einheitlichen Konzept auftritt.

Das beste, was der Efta geschehen könnte – so Olof Palme – sei, daß andere Länder und Organisationen ihre Ideen aufnähmen. Der EG schreibt er in diesem Zusammenhang nur einen Fortschritt zu: Die Entwicklung einer gemeinsamen Außenpolitik. Etwas, wovon zumindest Schweden nicht immer begeistert ist. Im übrigen sieht Palme eine wachsende Kluft zwischen den beiden Organisationen. Mit Nachdruck verwies Schwedens Regierungschef darauf, daß die Arbeitslosigkeit – mit einer Ausnahme – bei den Efta-Mitgliedern niedriger ist als in der EG, was er zum großen Teil mit dem innerhalb der Efta geübten Freihandel begründet.

Die beratende Kommission der Efta legte den ebenfalls auf Gotland versammelten Handelsministern eine lange Liste mit Empfehlungen vor. Auf deren Erfolgsaussichten angesprochen, erklärte Generalsekretär Per Kleppe (Norwegen), die Kommission erziele mit ihren Vorschlägen bei den Mitgliedsländern unterschiedliche Wirkungen. Diesmal fordert man insbesondere einen schnelleren Abbau der tarifären Handelshindernisse innerhalb der Efta so wie eine Erleichterung des Imports aus Entwicklungsländern. Darüber hinaus schlägt man den Aufbau einer europäischen technischen Datenbank vor, eine Vereinfachung der Grenzformalitäten, die Beseitigung von Exportkreditsubventionen, einen Abban der Importquoten für Waren aus den ärmsten Entwicklungsländern und die vom Gatt beschlossene Aufhebung der letzten Zollschranken.

NAMEN

Gerhardt Knappke, Geschäftsführer der IBK, Darmstadt, verläßt auf eigenen Wunsch zum Jahresende das Unternehmen, um sich einer selbständigen Tätigkeit zu widmen. Seine Aufgabe wird ab 1. Juli **Wolfgang Lehmann** übernehmen.

Hans Pöggeler (63), Direktor der Niederlassung Köln der Hochtief AG, ist als Nachfolger von **Klaus Hitzbleck** (54), zum Präsidenten der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie e. V. Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Vizepräsident wurde **Heinz A. Schüssler**, (46).

Hans Peter Hennecke (46) hat das Geschäftsführungs-Ressort „Produktion, Technik, Personal" der Rheinkalksteinwerke und Dolomit Werke, Wülfrath, übernommen als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen **Karl-Heinz Zepter**.

Lambsdorff: Kritik an Handelspartnern

dpa/VWD, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat vor der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels kritisiert, daß die nach außen proklamierten ökonomischen Einsichten nur begrenzten Niederschlag in der alltäglichen Handelspolitik finden. Er bedauerte vor allem, daß es gerade die großen Handelspartner seien, die allzu leicht in den „Instrumentenkasten" des Protektionismus griffen. Als gefährliche Form des Protektionismus bezeichnete er die staatlichen Subventionen. Sie hätten im Stahlbereich das Funktionieren des gemeinsamen Marktes immer mehr in Frage gestellt. Falls Paris Stahlhilfen gewährt, die mit dem EG-Subventionskodex für Stahl nicht vereinbar sind, würde dies die Regierung mit großer Sorge erfüllen, sagte Lambsdorff.

KSB / „Hausgemachter" Ertragssprung

Bald normale Dividende

JOACHIM WEBER, Frankenthal

Die Klein, Schanzlin & Becker AG (KSB), Frankenthal, möchte schon in diesem Jahr wieder einen Gewinn in der „gesunden und normalen Höhe der Jahre 1975 bis 1977" erreichen, kündigt Vorstandschef Wolfgang Kühborth an. Damit soll auch wieder eine „normale" Dividende möglich werden: „Wir denken an 6 bis 7 Mark je Aktie."

Schon 1983 ist der Pumpen- und Armaturen-Spezialist auf dem Weg dahin ein gutes Stück vorangekommen. Obwohl der Umsatz um 3,3 Prozent auf 871 (891) Mill. DM und der Auftragseingang um 2,6 Prozent auf 827 (854) Mill. DM sanken, wurde der Ertrag kräftig verbessert. Das Ergebnis vor Steuern stieg um 86 Prozent auf 26 (14) Mill. DM, das Betriebsergebnis verdoppelte sich auf 30 (15) Mill. DM und das DVFA-Ergebnis je Aktie erreichte 10 (4,20) DM.

Darüber können sich auch die Aktionäre freuen: In der Hauptversammlung am 27. Juni werden sie über eine Dividende von 4 (0) DM je 50-DM-Aktie für die Stammaktien (gut die Hälfte von knapp 70 Mill. DM Grundkapital) und von 5 (2) DM für die Vorzugsaktien beschließen können. Damit scheint das Tief der Jahre 1979 bis 1982 endgültig überwunden.

Auch das neue Jahr hat sich mit einem Umsatz von 170 (169) Mill. DM im ersten Quartal recht gut angelassen. Zwar fehlen runde 65 Mill. DM an Großaufträgen aus dem inländischen Kraftwerksgeschäft, die das erste Quartal 1983 geprägt hatten. Sie sollen jedoch im Laufe des Jahres durch Absatzerfolge im Ausland – unter anderem in China, Japan und in Iran, aber auch durch intensivere Bearbeitung der europäischen Nachbarmärkte – aufgefangen werden, so daß für das Gesamtjahr ein Umsatz etwa auf Vorjahreshöhe erwartet wird.

Wenn nichtsdestoweniger eine weitere merkliche Ertragsverbesserung auf dem Plan steht, dann wird das erneut überwiegend durch interne Bemühungen möglich sein. Der Kurs dahin wurde 1983 schon vorgezeichnet: Straffung der Organisation, Verbesserung der Abläufe und Modernisierung der Herstellmethoden (mit Sachinvestitionen von 38 nach 28 Mill. DM, deren Höhe 1984 gehalten werden soll).

Die Effekte der innerbetriehlichen Kleinarbeit waren beachtlich: Zum zweiten Mal ging der Personalaufwand zurück, auch der Materialaufwand sank und gleichzeitig wurde die Wertschöpfung durch Reduzierung der Fremdaufträge erhöht. Zudem wurde der negative Zinssaldo in zwei Jahren von 24 auf 2,5 Mill. DM zurückgefahren. Einziger Schönheitsfehler: die Zahl der Arbeitsplätze ging weiter auf 6900 (7300) zurück, wie gewohnt fast ohne Entlassungen.

ADCA / Nur noch acht Stützpunkte

Konzentration beendet

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die seit dem Jahreswechsel mehrheitlich zur niederländischen Rabobank gehörende Adca-Bank, Frankfurt, blickt „mit Zuversicht und Selbstvertrauen" in die Zukunft, nachdem 1983 die bereits vor vier Jahren eingeleitete Konzentration auf nachhaltige Geschäftsaktivitäten „mit einem entscheidenden Schritt fortgeführt und abgeschlossen" wurde: Das Bremer Filialgeschäft mit 700 Mill. DM Geschäftsvolumen – darunter 550 Mill. DM Kreditvolumen und 142 Mill. DM Spareinlagen – sowie 60 000 Kundenkonten und 250 Mitarbeitern wurde an vier andere Banken übertragen. Jetzt hat die Bank nur noch acht Stützpunkte (Berlin, Bonn, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart), an denen sie ihr Geschäft auf mittelständische gewerbliche und vermögende Privatkunden konzentriert.

Mit dieser Umstrukturierung war eine weitere Schrumpfung der Bilanzsumme um 23,2 Prozent auf knapp 1,9 Mrd. DM und des Kreditvolumens um 26 Prozent auf 1,6 Mrd. DM sowie der Kundeneinlagen um 556 Mill. auf 480 Mill. DM verbunden. Außerdem veräußerte die Adca ihre mit dem Bremer Geschäft zusammenhängenden Beteiligungen an der Norddeutschen Steingutfabrik, der Bremer Hotelgesellschaft und der Vereinigten Bausparkasse AG i. L., Bremen, wodurch sich das Beteiligungsportefeuille von 9,3 auf zwei Mill. DM ermäßigte.

In der Ertragsrechnung machte sich die Umstrukturierung auch bemerkbar. So sank der Zinsüberschuß um 2,4 Prozent auf 69 Mill. DM weniger stark als das durchschnittliche Geschäftsvolumen. Der Jahresüberschuß erhöhte sich von 0,9 auf 6,9 Mill. DM, wovon 3,4 Mill. DM in die Rücklagen eingestellt und 3,5 Mill. DM vorgetragen werden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

19 Prozent bei Ruhrgas

Essen (VWD) – Die Verwaltung der Ruhrgas AG, Essen, schlägt der Hauptversammlung am 26. Juni vor, aus dem Bilanzgewinn 1983 von 171 Mill. DM eine unveränderte Dividende von 9,50 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 900 Mill. DM auszuschütten. Außerdem soll die Hauptversammlung der Übertragung von einigen Anteilsrechten an der Ruhrgas zustimmen.

Heidelzement erhöht

Heidelberg (dpa/VWD) – Die Heidelberger Zement AG, Heidelberg, einer der beiden führenden Zementhersteller der Bundesrepublik, schlägt auf 1983 eine auf 7 (Vorjahr 6,50) DM erhöhte Dividende je 50-DM-Aktie auf das aus Gesellschaftsmitteln um 10 Mill. DM zu erhöhende Grundkapital von 130 Mill. DM vor. Die Hauptversammlung findet am 12. Juli statt. Großaktionäre sind die Dresdner Bank AG sowie die B. Metzler seel. Sohn & Co., Frankfurt.

Preag zahlt 15 Prozent

Hannover (dos) – Die zum Veba-Konzern gehörende Preußische Elektrizitäts-AG (Preag), Hannover, wird für 1983 eine um 1 Prozent auf 15 Prozent erhöhte Dividende ausschütten. Nach Angaben des Vorstands wird der Bilanzgewinn mit 117 (109) Mill. DM ausgewiesen. Das Grundkapital beträgt unverändert 780 Mill. DM. Der Aufsichtsrat hat ferner Ulrich Segatz, bisher Sprecher des Vorstands, zum Vorstandsvorsitzenden und Hermann Krämer unter Beibehaltung seiner Funktion als Vorstandssprecher der Nordwestdeutsche Kraftwerke AG zum Vorstandsmitglied der Preag bestellt.

Unveränderte Dividende

Oelde (hdt.) – Die in der Landtechnik tätige Westfalia Separator AG, Oelde, schlägt für das Geschäftsjahr 1983 eine unverändete Dividende von 6 Prozent aus dem 5,8 (10,7) Mill. DM Bilanzgewinn vor. Der Umsatz des Unternehmens war im Vorjahr um 3 Prozent auf 416 Mill. DM gestiegen.

Pracht Air verkauft

Hamburg (DW.) – Die Hapag-Lloyd AG, Hamburg hat die in der Pracht Air Service GmbH, Stuttgart, zusammengefaßten Luft- und Seefracht-Aktivitäten der Pracht-Organisation an die Jardine Matheson und Co. Ltd. veräußert. Die nationalen und europäischen Landverkehre sowie die inländische Lagerung und Distribution verbleiben bei der Pracht GmbH und Co. KG, Haiger, als Tochtergesellschaft der Hapag-Lloyd AG.

HAFTPFLICHTVERBAND DER INDUSTRIE / Bestandssanierung läuft aus

Ergebnis hat sich verschlechtert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der Haftpflichtverband der Deutschen Industrie a. G. (HDI), Hannover, hat 1983 das „außergewöhnlich gute Ergebnis des Vorjahres" nicht ganz erreicht. Vorstandschef Hans Faber, der am Jahresende in den Ruhestand tritt – zu seinem Nachfolger wurde der stellvertretende Vorstandsvorsitzende, Adolf Morsbach, ernannt – nennt als Ursache vor allem die auf 96,4 (92,1) Prozent gestiegene Schadenquote. Die 1983 wirksam gewordene Schadenbelastung nahm auf 79,6 (76,6) Prozent der verdienten Beiträge zu.

Immerhin ermöglicht es das Rohergebnis von 82,3 (91,8) Mill. DM, den Rückstellungen für Beitragsrückerstattung wieder 46,5 (47,8) Mill. DM zuzuführen. Ausgeschüttet werden in der Kfz-Haftpflicht bis zu 20 Prozent und in der Fahrzeugvollversicherung 5 Prozent der anspruchsberechtigten Beiträge. Selbst in der Industrie-Feuerversicherung gewährt der HDI als einziger Versicherer Beitragsrückerstattungen von 5 Prozent.

Die Schwankungsrückstellungen wurden um 20,8 (24) Mill. DM auf 137,6 Mill. DM aufgestockt. Der verbleibende Überschuß von 15 (20) Mill. DM wird zur Stärkung des Eigenkapitals, das 175 Mill. DM erreicht, genutzt. Die Garantiemittel werden mit 1,196 (1,115) Mrd. DM ausgewiesen, mit 176 (167,5) Prozent der Beitragseinnahmen liegt der HDI deutlich über dem Branchendurchschnitt.

Die Beitragseinnahmen erhöhten sich im Berichtsjahr um 2,6 Prozent auf 1,18 (1,15) Mrd. DM. Faber weist darauf hin, daß im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen erneut „schlecht verlaufende Bestände" gekündigt wurden. Diese Sanierung habe zwar seit 1982 Beitragsverluste von rund 50 Mill. DM gebracht, dem Ergebnis aber gut getan. Die Aktion nähere sich jetzt ihrem Ende.

Vom Gesamtgeschäft entfallen 62,9 (63,4) Prozent auf die Kraftfahrtversicherung, unverändert 13,8 Prozent auf die Feuer- und 12,5 Prozent auf die Allgemeine Haftpflichtversicherung. Das technische Ergebnis, das 1982 noch mit 0,1 Prozent negativ war, verbesserte sich auf plus 0,6 Prozent der Prämien. Im allgemeinen Geschäft erhöhten sich die Erträge auf 140,5 (99,7) Mill. DM – eine Folge des auf 25,7 (2,6) Mill. DM erhöhten Abgangs von Kapitalanlagen und der Auflösung von 6b-Rücklagen (11,5 Mill. DM). Ihnen stehen Aufwendungen von 106,8 (52,3) Mill. DM gegenüber. Dieser Anstieg resultiert aus Sonderabschreibungen (23 Mill. DM) und der Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus langfristigen Mietverträgen (31,5 Mill. DM).

Für 1984 rechnet Faber mit einer leichten Steigerung des Beitragszuwachses. In den ersten vier Monaten ergab sich bei den Beiträgen ein Plus von 4,4 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit und gemessen an der Vertragszahl eine Zunahme von 1,8 Prozent. Der Schadenverlauf sei etwas günstiger.

HUSSEL / Günstige Ertragsentwicklung im Konzern der Fachhandelsketten – Marktposition ausgebaut

Permanente Strukturbesserung ist vorrangig

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Glänzend hat die Hagener Hussel Holding AG 1983 abgeschlossen; nicht weniger günstig wird nach der Prognose des Vorstandsvorsitzenden Jörn Kreke 1984 mit einer Steigerung des „vergleichbaren" Umsatzes um 6 bis 7 Prozent enden. Den 2500 Eigentümern von 77,5 (72,5) Mill. DM Aktienkapital (Großaktionäre sind die Familiengruppen Kreke und Eklöh) wird eine Dividendenaufstockung auf 8 (7) DM vorgeschlagen (Hauptversammlung am 28. Juni).

Der Jahresüberschuß von 24,5 (14,8) Mill. DM, mit 4,5 (-) Mill. DM steuerfreiem Buchgewinn aus Beteiligungsverkauf verschönt, reicht auch noch zur Rücklagenverstärkung um 12 (4,5) Mill. auf 60,8 Mill. DM. Das DVFA-Nettoergebnis je Aktie besserte sich auf 15,75 (14) DM, der von Sondereinflüssen bereinigte Brutto-Cash-flow auf 83 (70,6) Mill. DM oder 8,3 (7,4) Prozent des Nettoumsatzes.

Erreicht wurde das alles mit einem im Konzern bei 5804 (5777) Beschäftigten und 764 (731) Filialen um 5,2 (18,9) Prozent auf 1,11 Mrd. DM gesteigerten Bruttoumsatz (mit MWSt). Rechnet man die 1983 auf 50 Prozent reduzierte und nicht mehr konsolidierte Beteiligung an dem holsteinischen Lebensmittel-Filialunternehmen Wandmaker GmbH auch für 1982 nicht mit, desgleichen nicht sonstige Veränderungen mit Konsolidierungskreis, so hat sich der vergleichbare Umsatz 1983 um 8,9 Prozent und auf unveränderten Verkaufsflächen um 6 Prozent erhöht. Zu Recht wertet Kreke das als ein weit über den deutschen Einzelhandelsdurchschnitt hinausragendes Ergebnis.

Entscheidend für diesen Erfolg waren unter den fünf Fachhandelsketten der Holding wiederum die beiden größten, bei denen man die eigene Marktposition „weiter gefestigt", will sagen, ausgebaut habe: Parfümerien (Douglas) mit 367 (317) Mill. und Drogerien (Fuchs und die nun vereinte Berliner Gruppe Korvett/Drospa) mit 341 (218) Mill. DM Umsatz. Nicht nur in diesen beiden Sparten war die Ertragsentwicklung zumindest „zufriedenstellend".

Auch die lange Zeit kränkelnde Sparte Bücher/Zeitschriften (Montanus und die Berlin-Hamburg Stilke-Gruppe) trugen aus 202 (195) Mill. DM Umsatz per Saldo erstmals positiv zum Konzernergebnis bei. „Hervorragend" im Ertrag schloßen die Hussel-Süßwaren-Filialen ab, die nebst dem 1984 aufgegebenen Sügro-Großhandel 151 (140) Mill. DM Umsatz erzielte. Nur die Sparte Schmuck/Uhren mit 51,5 (46,9) Mill. DM Umsatz befriedigt noch nicht, da hier die Umstellung der 20 (17) Filialen vom Billiganbieter zum „leistungsstarken Fachgeschäft" frühestens 1984 Erfolge verspricht.

Permanente Strukturbesserung hält Kreke ohnehin für das Wichtigste der Holding-Strategie, um nicht eines Tages mit einem auch durch Mitbestimmung schwierig zu lösenden „Bereinigungsstau" konfrontiert zu werden. So wird 1984 aus der Stilke-Gruppe das Berliner Kiosk-Geschäft (50 Geschäfte mit etwa 25 Mill. DM Umsatz) an Berliner Großhändler verkauft. Dadurch und durch Verzicht auf den Sügro-Großhandel dürfte der „vergleichbare" Konzernumsatz 1984 etwa auf Vorjahreshöhe bleiben – aber mit weiter verbesserter Ertragsqualität.

Um diese brauchte sich die Holding hinsichtlich der Innenfinanzierungskraft auch 1983, wie gewohnt, nicht zu sorgen. Die Konzern-Sachinvestitionen von 54,9 (53,7) Mill. DM, diesmal mit 25,1 (-) Mill. DM aus Immobilien-Investitionen zwecks Fristwahrung bei der steuerneutralen Wiederanlage von 6b-Rücklagen, konnten mit 44,7 (30,4) Mill DM aus Abschreibungen und auch mit dem Rest aus der Innenfinanzierung bestritten werden. Der Zinsaufwandsaldo sank auf 2 (3,7) Mill. DM. Die Eigenkapitalquote erreicht mit 44 Prozent des Konzern-Bilanzvolumens einen nicht nur für den Einzelhandel stolzen Wert.

JETAIR

Jungfernflug noch im Juni?

DANKWARD SEITZ, München

Nach mehrmaliger Verschiebung ihres Jungfernfluges hofft die neue deutsche Chartergesellschaft Jetair Luftverkehrs-AG, München, endgültig Anfang Juni zum erstenmal von München aus mit Touristen nach Griechenland starten zu können. Mitbegründer und Vorstandsmitglied Wolfgang Jünger, ehemaliger Pilot bei den Gesellschaften Aero-Lloyd und Bavaria-Germanair, zeigt sich überzeugt, diesen Termin einhalten zu können, auch wenn Tag und Uhrzeit noch nicht genau feststehen. Denn noch war es nicht möglich, die erste der beiden Boeing 727, die vor wenigen Tagen von der Air Panama übernommen worden ist, wegen der Wahlunruhen aus dem mittelamerikanischen Land herauszufliegen.

Seine Chance sieht Jünger vor allem in dem „guten" Standort München. Keine Luftverkehrsgesellschaft sei in der bayerischen Landeshauptstadt beheimatet, obwohl hier die Voraussetzungen ausgezeichnet seien. So habe München 1983 bei einem Flugpauschal-Reiseverkehr einen Zuwachs von über 14 Prozent gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 1 Prozent verzeichnen können, und dieser Trend setze sich weiter fort. Vorerst wenigstens sollen sich die Jetair-Aktivitäten daher auf den süddeutschen Raum mit Flugzielen nach Griechenland, Israel, Türkei und Mallorca sowie London konzentrieren.

Zur Absicherung des Flugbetriebs setzt Jünger auf eine enge Kooperation mit mittelständischen Reiseunternehmen. Angestrebt wird dazu eine gegenseitige kapitalmäßige Beteiligung. Bei einer Einsatzzeit von nur 2600 Stunden im Jahr pro Flugzeug prognostiziert Jünger für 1984 bei einem Umsatz von 30 Mill. DM einen Gewinn von 0,7 Mill. DM. Seine Planung reicht schon bis 1986 – mit 75 nach 70 Mill. DM Umsatz und einem Gewinn von 8,6 nach 7,9 Mill. DM.

Die beiden ersten Flugzeuge (Stückpreis: knapp 3 Mill. Dollar) sind nach Angaben von Jünger zu 70 Prozent von zwei deutschen Großbanken langfristig finanziert worden. Zur weiteren Expansion – 1985 solle eine dritte Boeing 727 angeschafft werden – bietet Jetair im Rahmen einer Kapitalerhöhung auf 15 (10) Mill. DM privaten Anlegern 100 000 Vorzugsaktien zum Kurs von 195 DM je 50-DM-Aktie an. Sie sind mit einer Garantiedividende von 5 Prozent ausgestattet. So auskunftsfreudig Jünger sonst auch ist, die bisherigen Jetair-Großaktionäre will er nicht nennen. Als Emissionshaus fungiert die Mainzer Anlegergenossenschaft Kapital & Wert, unterstützt von der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank, die die Aktien in ihren Telefonhandel aufnehmen wird. Eine Börseneinführung soll spätestens in zwei Jahren erfolgen.

READYMIX / Ausschüttung fast verdoppelt – Baukonjunktur wird schwächer

Ein Spitzenjahr für den Transportsektor

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Jedes Auf und Ab der Baukonjunktur trifft naturgemäß zuerst den Rohbau und seine Zulieferanten. Die positive Seite dieser Erfahrungsregel spürte die Ratinger Readymix AG für Beteiligungen, größter Produzent im deutschen Transportbetonmarkt, 1983 mit einem Gewinnaufschwung, der dank Rationalisierung und Strukturbesserung im eigenen Haus noch ganz erheblich über das bei mäßigen Preissteigerungen erzielte Wachstum des Konzern-Fremdumsatzes auf 1,17 (1,04) Mrd. DM hinausging. Der Gewinn vor Steuern sprang auf 79,8 (41,8) Mill. DM, der Brutto-Cash-flow auf 149 (110) Mill. DM, der Jahresüberschuß im Konzern auf 44,4 (23,7) Mill. und bei der als Holding fungierenden AG auf 34,5 (16,7) Mill. DM.

Gleichfalls fast verdoppelt wurde aus diesem Ertragssegen die Ausschüttung auf 18 (15) Prozent Dividende und 10 (-) Prozent Bonus für die Eigentümer von 100 Mill. DM Holding-Aktienkapital: Londoner RMC-Group (63,6 Prozent, Klöckner & Co. und Raab Karcher AG mit je 12,72 Prozent, Rheinische Kalksteinwerke GmbH mit 10,96 Prozent). Daneben reichte es noch zur Aufstokkung der Rücklagen um 6,5 (2) Mill. auf 73,7 Mill. DM.

Schwächer wird es auch im Ertrag mit der wohl im zweiten Halbjahr 1984 heraufziehenden Abschwächung der Baukonjunktur. Für den Vorstandsvorsitzenden Hermann Warmke ein Anlaß, nach dem bislang besten Readymix-Jahr auch die für die Eigentümer 1983 stolze Eigenkapitalrendite von 16 Prozent zu relativieren: Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (davon drei dividendenlos) sei die Eigenkapitalrendite mit knapp 7 Prozent etwas unter dem Kapitalmarktzins geblieben.

In ihren drei Hauptsparten hat die Readymix-Gruppe 1983 rund 8,5 (7,9) Mill cbm Transportbeton produziert, 9,8 (6,5) Mill. t Kies/Sand/Split und 1,3 (1,2) Mill. t Zement nebst Nebenprodukten. Zum Transportgeschäft (74 Prozent Umsatzanteil) verweist Warmke darauf, daß die gesamte, etwa 2000 Betriebe starke Branche auch mit ihrem 1983er Produktionsanstieg um 5,9 Prozent auf 48,7 Mill. cbm um 15 Prozent hinter dem nie wieder erreichbaren Niveau der besten 70er Jahre zurückblieb. Die Kapazität der Betriebe reiche hingegen immer noch für das Doppelte des 1983er Ausstoßes – und in etlichen Regionen des deutschen Marktes herrsche unverändert verlustreicher Verdrängungswettbewerb.

Die 2696 (2661) Mitarbeiter starke Readymix-Gruppe antwortete darauf mit Produktivitätsverbesserung. So wurde die 1983er Produktionssteigerung mit nur noch 242 (250) Transportbetonbetrieben und verkleinertem Fuhrpark erzielt.

HERBERTS

Mit Farben besser verdient

dpa/VWD, Wuppertal

Der Wuppertaler Farben- und Lackhersteller Herberts GmbH – 100prozentige Tochter der Hoechst AG – erwirtschaftete nach eigenen Angaben in der Inlandsgruppe nach mehreren Verlustjahren 1983 wieder ein positives Ergebnis. Der Gewinn von 6,9 Mill. DM wurde an die Muttergesellschaft abgeführt. Auch das 1. Quartal 1984 sei bei einem Umsatz von 263 Mill. DM befriedigend verlaufen und habe der guten Beschäftigung in der Autoindustrie entsprochen. Angekündigt wurden Preiserhöhungen, da sich allein die Rohstoffe um sieben Prozent verteuerten.

1983 hat Herberts unrentable Geschäftsbereiche abgebaut, dabei aber den Umsatz in der Inlandsgruppe mit 740,9 Mill. DM (Exportquote: 29 Prozent) auf Vorjahresniveau gehalten. Einschließlich Auslandsgesellschaften stellte sich der Umsatz auf fast eine Mrd. DM, was einem Mengenabsatz von rund 125 000 Tonnen entsprach.

Die Investitionen der Gruppe sollen 1984 auf Vorjahresniveau (27 Mill. DM) bleiben und in den nächsten zwei Jahren wieder ansteigen. Die Beschäftigtenzahl der Herberts-Gruppe sank zum Jahresende 1983 um 4,7 Prozent auf 3962.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bersenbrück: Bernhard Heidemann, Bauingenieur; **Braunschweig:** Nachl. d. Helmut Heinrich Friedrich August Schrader; **Düsseldorf:** Floortex Teppich-Teppichboden Textilrohstoffges. mbH; **Hannover:** Stahlflanschen Otto Stüdemann GmbH & Co. KG; **Mainz:** Jörg Norbert Werner Giloi, Mainz-Bretzenheim; Rudolf Lucas GmbH; **Neu-Ulm:** Dream Discothekeneinrichtung- u. Betriebs-Ges. mbH, Neu-Ulm/Reutti; Nachl. d. Karl Frey, Günzburg; **Osterholz-Scharmbeck:** Nachl. d. Erich Thäle, Hambergen; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Nachl. d. Erich Heinz Kehrwald.

Anschlußkonkurs eröffnet: Bremen-Blumenthal: HELO Vertriebsges. mbH u. Co. KG, Bremen; **Hannover:** Werner Beuges. mbH & Co. KG.

Aktien weiter freundlich

Meinungskäufe in Erwartung auf ein baldiges Streikende

DW.- Gerüchte, wonach sich die Kontrahenten in der Metallindustrie nähergekommen sind und die Wiederaufnahme der Arbeit in der kommenden Woche möglich werden soll, lösten an der Dienstagbörse Meinungskäufe aus. Sie erstreckten sich über die gesamte Marktbreite. Dabei ließen sich die Anleger von dem erneuten Kursverfall an der New Yorker Börse nicht beeindrucken. Auch wenn es gegen Börsenschluß teilweise zu Gewinnmitnahmen kam, so blieben doch in den meisten Papieren begrenzte Kursgewinne übrig.

Auf der Kaufliste standen vornehmlich solche Papiere, von denen angenommen wird, daß sie nach Abbruch der Streiks das besondere Interesse der Ausländer finden werden. Dazu zählten neben den klassischen Ausländertiteln, wie Siemens, die Aktien der Großchemie und Daimler auch Papiere wie Veba und Schering. Porsche erreichten mit 1045 DM einen neuen Höchststand. Auch hier sollen weiterhin Kaufaufträge aus dem Ausland vorliegen. Die Konditionen für die Optionsanleihe der Commerzbank wurden mit Befriedigung aufgenommen, der Commerzbank-Kurs zog um etwa 4 DM an. Die Vorliebe für Papiere der Kommunikationstechnik dokumentiert sich in weiteren Kursgewinnen bei PKI und SEL. Unter diesen Umständen blickt man mit besonderer Erwartung der Nixdorfemission entgegen.

Düsseldorf: Girmes erhöhten sich um 4,20 DM auf 170 DM, AEG Kabel Rheydt befestigten sich um 5 DM auf 270 DM und Gildemeister zogen um 3,10 DM auf 66 DM an. Audi NSU fielen um 4 DM auf 265 DM, Gerresheimer Glas verminderten sich um 3,50 DM auf 145 DM und Kochs Adler gaben um 5 DM auf 365 DM nach.

Frankfurt: Hartmann & Braun St. erhöhten sich um 10 DM auf 370 DM, Mercedes befestigten sich um 8,50 DM auf 500 DM, Pfälz. Hypobank zogen um 10 DM auf 470 DM an. Veith Pirelli konnten sich um 9 Dm auf 220 DM verbessern und VGT stiegen um 5 DM auf 135 DM.

Hamburg: Kühltransil zogen weiter an und mußten bei 610 DM plus 10 DM zugeteilt werden. Phoenix Gummi wurden mit 136 DM plus 1 DM gehandelt. Von Versorgungspapieren blieben HEW bei 97 DM unverändert und NKW Vz. gingen bis 181 DM plus 0,90 DM aus dem Markt.

München: Agrob Vz. fielen um 10 DM auf 221 DM, Diamalt verminderten sich um 2 DM auf 102,20 DM und Grünzweig gaben um 2 DM auf 128 DM nach. Audi NSU befestigten sich um 1 DM auf 264 DM, Dywidag stiegen um 2 DM auf 185 DM und NAK Stoffe konnten sich um 1 DM verbessern.

Berlin: Detewe erhöhten sich um 5 DM, Schering um 3,50 DM, Kempinski und Ohrenstein um je 2,50 DM. Berliner Kindl lagen um 1,50 DM, Herlitz St. um 1 DM und Bekula um 0,70 DM freundlicher. Herlitz Vz. gaben um 1,40 DM nach.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 150,9 (150,0)
WELT-Umsatzindex: 1661 (2004)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Wien

Amsterdam

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Paris

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 22. 5. 84: 563 Optionen = 28 850 (22 700) Aktien, davon 105 Verkaufsoptionen = 5450 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-110/2,5, 10-90/15,5, 10-100/3,5, 10-100/7,3, 1-100/10,4, 1-110/6,6, BASF 7-160/9, 7-170/4, 10-170/8, 10-180/3,5, 1-180/9,3, 1-190/3,5, Bayer 7-170/7,5, 7-180/3,2, 10-170/13, 10-180/7,3, 10-190/4,1, 1-180/11,6, BHF 1-280/19,4, BMW 7-400/10, 7-410/5, 7-420/2,9, Commerzbank 7-170/6,6, 7-180/2,5, 10-170/10, 10-180/5,9, 10-190/3,4, 1-170/13, 1-190/6,4, Conti 7-120/7,6, 7-130/2,5, 10-120/11,6, 10-130/5,5, 10-140/3,5, 1-140/6,1, Daimler 7-590/10, Deutsche Bank 10-400/7,35, 1-400/11,5, Degussa 7-380/10,1, Dresdner Bank 7-170/5,4, 7-180/2, 10-170/10,6, 10-180/5,9, 1-190/5, Hoechst 10-190/4,95, 1-200/5,8, Hoesch 10-120/6,4, 10-130/3,2, 1-130/6, Klöckner 7-45/17, 7-60/4, 7-65/2, 10-60/5,9, 1-70/3,1, MAN 10-160/7, Mannesmann 7-150/3, 10-150/7,5, 10-160/6, 1-160/5,4, Siemens 7-402/3, 10-400/14,7, Thyssen 7-85/3, 7-90/1,2, 10-85/7, 10-90/3,5, 10-95/2, 1-90/6,4, VEBA 7-170/3,5, 10-170/6,4, 10-180/2,6, VEW 10-120/6, VW 7-190/9,5, 7-200/5,6, 7-210/2, 7-230/1, 10-190/18,5, 10-200/10,9, 10-210/7,5, 10-220/4,7, 1-190/19,9, 1-200/17, 1-210/13,4, 1-230/6, Alcan 10-90/3,8, Chrysler 10-65/6, 1-65/9,8, 1-75/6,5, Elf 7-90/2,8, 10-90/8,95, Philips 10-45/2,4, 1-45/3. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-100/5,1, 10-95/3,2, 1-90/3,3 BASF 1-160/4,5, BMW 7-380/10,4, 10-390/14,4, Commerzbank 10-170/5,6, Conti 1-120/5, Daimler 10-550/10, Deutsche Bank 7-358/3, Dresdner Bank 10-170/4,3, 1-170/6,8, Hoechst 10-170/7,6, Klöckner 7-60/2,2, 7-65/5, 10-60/3,4, Siemens 7-390/7, 7-400/14, 1-370/3,6, Thyssen 7-85/3, 1-80/2,5, VEBA 7-170/3,4, VW 7-180/1,5, 7-190/5, 7-200/9, 7-210/17, 10-180/3,5, 10-190/6,5, 10-200/12, 1-180/4,6, 190/7, Chrysler 10-60/3, 1-65/7, Litton 7-180/8. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.7, 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 22. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅝–10⅞	5⅛–5⅜	3⅛–3⅜
3 Monate	11½–11¾	5¾–6⅛	2⅞–4⅛
6 Monate	12 –12¼	6⅛–6⅜	4⅛–4⅜
12 Monate	12¾–13	6½–6¾	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 22. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1320,00	1653,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1245,00	1508,55
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	632,70
1 £ Sovereign alt	243,00	299,82
1 £ Sovereign Elizabeth II.	236,00	291,84
20 belgische Franken	196,00	241,68
10 Rubel Tscherwonez	258,00	319,20
2 südafrikanische Rand	238,00	292,98
Krüger Rand, neu	1063,00	1251,72
Maple Leaf	1063,00	1251,72
Platin Noble Man	1109,00	1304,10

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	265,00	329,46
20 schweiz. Franken „Vreneli"	195,00	246,24
20 franz. Franken „Napoléon"	190,00	240,54
100 österr. Kronen (Neuprägung)	979,00	1179,90
20 österr. Kronen (Neuprägung)	196,00	246,24
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	465,00	570,00
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 12 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

22. 5. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurse[4]	Sorten*1 Ankauf	Sorten*1 Verkauf
New York[3])	2,7405	2,7485	2,7080	2,70	2,79
London[1])	3,809	3,823	3,785	3,77	3,92
Dublin[1])	3,066	3,080	3,025	3,01	3,16
Montreal[3])	2,1174	2,1254	2,0929	2,07	2,17
Amsterd.	88,790	89,010	88,85	88,00	90,00
Zürich	121,005	121,205	121,105	119,75	122,50
Brüssel	4,911	4,931	4,853	4,76	4,96
Paris	32,450	32,610	32,00	31,75	33,50
Kopenh.	27,230	27,350	26,98	26,25	28,25
Oslo	35,085	35,205	34,865	34,25	36,00
Stockh.**)	33,890	34,060	33,56	33,00	34,75
Mailand[2]) **)	1,618	1,628	1,584	1,58	1,68
Wien	14,210	14,250	14,194	14,12	14,34
Madrid**)	1,784	1,794	1,744	1,70	1,93
Lissabon**)	1,957	1,977	1,887	1,65	2,45
Tokio	1,1755	1,1785	–	1,14	1,20
Helsinki	47,120	47,320	46,06	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	10,00
Rio	–	–	–	0,08	0,33
Athen*) **)	2,5030	2,5570	–	2,20	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*1	2,4635	2,4825	–	2,30	2,51
Johannesbg.*1	2,1435	2,1625	–	1,70	1,95

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die Gesprächsbereitschaft der Tarifparteien verhalf der D-Mark am 22. 5. zu teilweise deutlichen Kursgewinnen, obwohl die aktuelle Situation vorerst davon unberührt blieb. Der US-Dollar fiel amtlich auf 2,7445 zurück, ohne daß ein Eingreifen der Bundesbank zu verzeichnen war. Der Rückgang der Ordereingänge für langlebige Wirtschaftsgüter um 6,7 Prozent für April drückte den Dollar am Nachmittag bis 2,7400, ehe es aufgrund von Positionseindeckungen zu einer Befestigung bis 2,7490 kam, die von festen Tagesgeldsätzen von 10½ Prozent unterstützt wurden. Den höchsten Tagesverlust mit einem Rückgang um 9,3 Promille auf 3,816 hatte das Englische Pfund, nachdem aus dem Mittleren Osten keine neuen belastenden Meldungen kamen. Einen Rückschlag in fast gleicher Höhe erlitt der Yen, der mit 1,1770 erstmals in diesem Monat unter 1,18 gehandelt wurde. US-Dollar in: Amsterdam 3,0680; Brüssel 55,775; Paris 8,4365; Mailand 1691,75; Wien 19,2800; Zürich 2,2662; Ir. Pfund/DM 3,073; Pfund/Dollar 1,3904; Pfund/DM 3,816.

Ostmarkkurs am 22. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,75; Verkauf 19,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Abschläge für Termin-Dollar notierten am 22. Mai wenig geändert, am Euromarkt befestigten sich die Dollar-Zinssätze um ⅛ Prozent, bei gleichzeitiger Abschwächung der D-Mark-Sätze.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,20/1,15	3,88/3,78	8,07/7,87
Pfund/Dollar	0,24/0,28	0,82/0,86	1,75/1,79
Pfund/DM	1,70/0,30	3,80/2,10	7,10/5,70
FF/DM	26/10	62/46	126/110

Geldmarktsätze

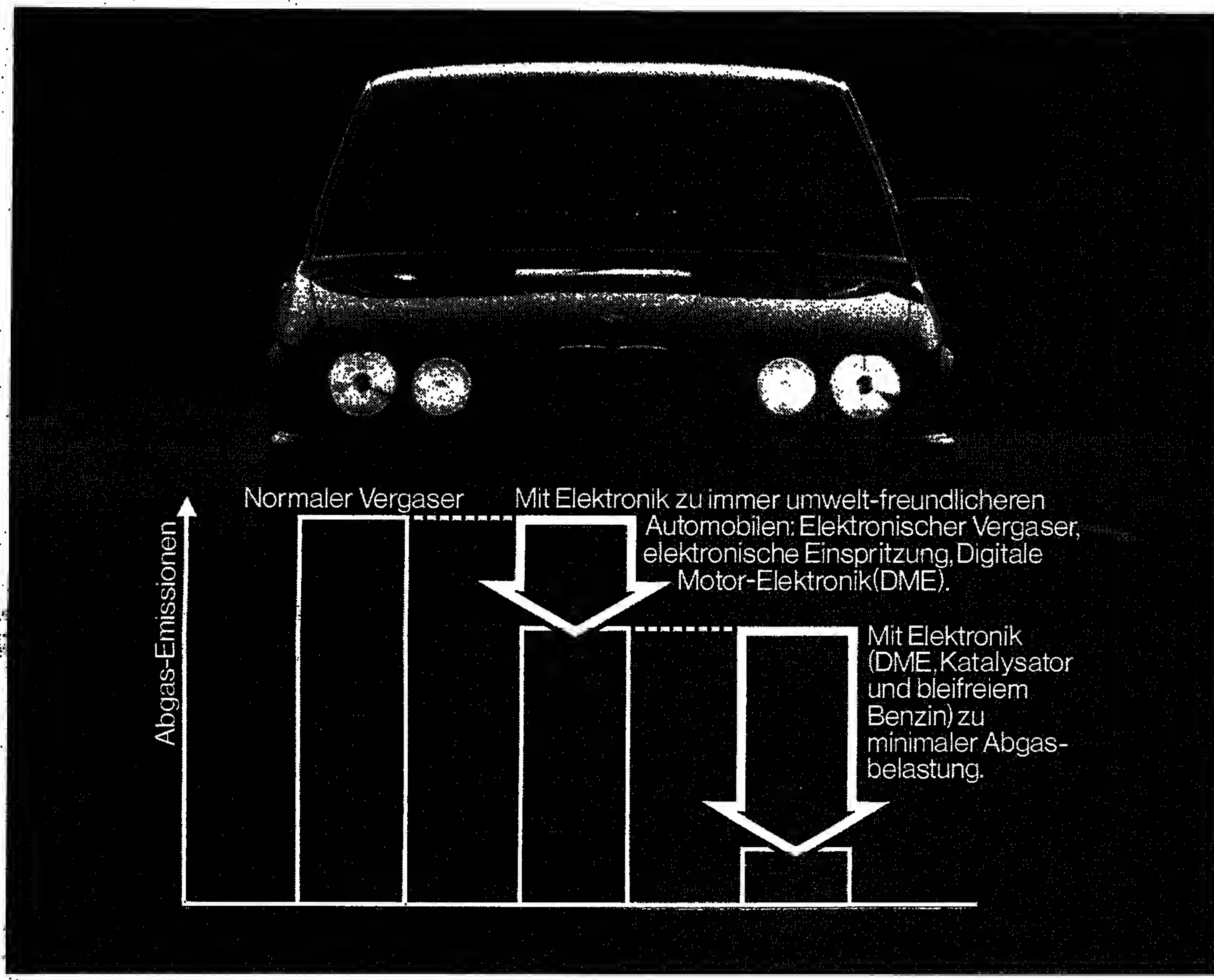
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22. 5.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 22. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 22. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,26) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/5 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,27) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

Günstigste Schadstoff-Konzentrationen beim Abgas erfordern intelligente Triebwerks-Elektronik.

Und intelligente Elektronik beim Triebwerk heißt heute BMW.



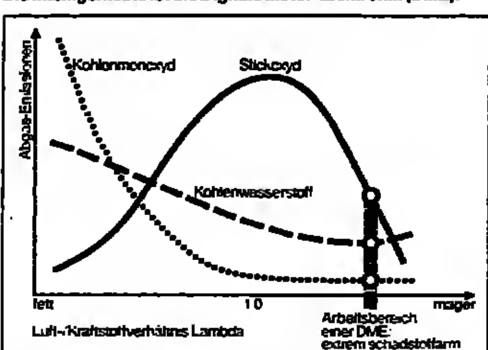
Auf dem Weg zu geringeren Abgas-Emissionen sind immer anspruchsvollere Gemischaufbereitungs-Systeme und elektronische Triebwerkssteuerungen notwendig: elektronische Vergaser, elektronische Einspritzung, Digitale Motor-Elektronik.
Die Grafik oben zeigt die erreichbaren Fortschritte.
Die gegenwärtig umweltfreundlichste technische Lösung ist die Digitale Motor-Elektronik – kombiniert mit Katalysator und Lambda-Regelung und bleifreiem Benzin.
Eine Lösung, wia sie BMW z.B. mit dem 525e in Katalysator-Ausführung seit Januar '84 auch in der Bundesrepublik anbietet.
Da diese Automobile aber zwingend bleifreies Benzin voraussetzen, weil verbleites Benzin die Lambda-Sonde unbrauchbar macht und den Katalysator zerstört, ist ihr Einsatz zum jetzigen Zeitpunkt nur für eine kleine Nutzergruppe sinnvoll.
Z.B. für Behörden, bei denen die Automobile in einem begrenzten Umkreis um den Heimatstandort betrieben werden und damit immer an einem bestimmten Ort vorschriftsmäßig betankt werden können.
Eine größere Verbreitung aolcher Lösungen erfordert die europaweite Einführung von unverbleitem Benzin.

Gerade dies aber scheint gegenwärtig nur sehr schwer und vor allen Dingen nicht besonders schnell erreichbar.
Die Entlastung der Umwelt sollte jedoch nicht solange auf sich warten lassen, bis Schritt für Schritt ausreichend Tankstellen unverbleites Benzin anbieten.
Denn wesentliche Verbesserungen lassen sich schon jetzt realisieren.

Hätten alle Automobile so intelligente elektronische Triebwerkssteuerungen wie BMW, wären wichtige Umweltschutzziele bereits heute erreicht.
Ein Beispiel für die Vorteile der Elektronik ist ihre unbeirrbare Präzision.
Elektronische Triebwerkssteuerungen – wie sie BMW konsequent einsetzt – haben im Gegensatz zu mechanischer Technik nicht die unangenehme Eigenschaft, sich zum Schlechten hin zu verändern.
Die selbsttätig eintretenden Veränderungen herkömmlicher Zünd- und Vergasersysteme durch Verschleiß, Verschmutzungen und fehlenda oder fehlerhafte Wartung können erfahrungsgemäß zu bis zu 40 % mehr Verbrauch und zu erheblich schlechteren Abgaszusammensetzungen führen.

BMW hat so frühzeitig und so konsequent wie kein anderer modernste elektronische Triebwerkssteuerungen entwickelt und eingesetzt.
BMW besitzt damit einen Vorsprung und eine breite Basis von Know-how – was es uns möglich macht, neue Aufgaben erfolgreich zu lösen.
Und das heißt für uns z.B., die Umwelt zu schonen, ohne durch Kompromisse beim Automobil – z.B. mangelnde aktive Sicherheit oder zuwenig konditionserhaltenden Komfort – neue Risiken zu schaffen.
Schon 35 % des gesamten BMW Modell-Programms werden mit der Digitalen Motor-Elektronik ausgerüstet. In der gehobenen Mittelklasse z.B. der BMW 525e.
90 % dar Modelle haben die elektronische Einapritzanlage. Und selbst die Einstiegamodelle – die BMW 316 und 518 – besitzen ala naueste technische Entwicklung elektronisch gesteuerte Vergaser.
BMW ist der Meinung, daß alle gemeinsam die Herausforderung des Umweltgedankens annehmen müssen.
In die Jahre gekommene Spareutoa allerdings leisten wegen ihrer beschränkten technischen Fähigkeiten bei der Umweltentlastung keineswegs den Beitrag, den manche erhoffen oder verkünden.
Die konsequente Nutzung der technischen Möglichkeiten ist die beste Lösung, dem wachsenden Bedürfnia nach Erhaltung und Verbesserung der Umwelt Rechnung zu tragen.
Sicher ein guter Grund mehr, sich beim nächsten Autokauf für fortschrittlichste Technik und für BMW zu entscheiden.

Wieviel Stickoxyde, Kohlenwasserstoffe und Kohlenmonoxyd Ihr Automobil ausstößt, hängt ganz entscheidend davon ab, wie intelligent seine Triebwerkssteuerung ist.
Die intelligenteste ist die Digitale Motor-Elektronik (DME).



Zwischen Abgasemission und Luft-/Kraftstoffverhältnis beim Verbrennungsvorgang besteht ein direkter Zusammenhang: Sehr mageres Gemisch, also relativ viel Luft und wenig Kraftstoff, führt zu günstigen Werten bei den Stickoxyden und insbesondere bei den Kohlenwasserstoffen sowie beim Kohlenmonoxyd.
Ein sicherer Betrieb des Motors exakt in diesem kleinen Bereich kurz unterhalb der Zündunwilligkeit des Kraftstoff-Luft-Gemischs bei unterschiedlichsten Betriebsbedingungen ist mit einfacher, herkömmlicher Technik nicht zu erreichen.
Dazu ist die Intelligenz der kompletten Computersteuerung des Triebwerks, der Digitalen Motor-Elektronik, erforderlich.
Ein äußerst aktueller Beleg dafür, wie wichtig hochwertige neue Technik beim Automobil ist.



Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Montag die Gold- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Leicht abgeschwächt ging Silber aus dem Markt. Fester, mit Ausnahme des schwachen verfügbaren Monats, notierte Kaffee. Durchweg niedriger wurde Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	21. 5.	18. 5.
Mai	396,50	383,00
Juli	369,00	358,00
Sept.	369,00	358,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	21. 5.	18. 5.
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	245,85	245,25
Amber Durum	230,50	223,65

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	geschl.	141,50
Juli	geschl.	142,50
Okt.	geschl.	144,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	geschl.	143,50
Juli	geschl.	138,00
Okt.	geschl.	126,80

Hafer Chicago (c/bush)	21. 5.	18. 5.
Mai	133,00	187,75
Juli	191,50	189,00
Sept.	189,25	186,25

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	365,50	355,75
Juli	354,50	349,75
Sept.	327,25	322,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	21. 5.	18. 5.
Mai	geschl.	144
Juli	geschl.	140,40
Okt.	geschl.	130,20

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Terminkontr. Mai	154,00	156,00
Juli	156,10	154,25
Sept.	156,00	151,75

Kakao New York ($/t)	21. 5.	18. 5.
Terminkontr. Juli	2686	2705
Sept.	2690	2707
Dez.	2537	2580
Umsatz	5495	10579

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	6,09	5,83
Sept.	6,37	6,12
Okt.	6,60	6,36
Jan.	7,10	6,90
März	7,73	7,48
Umsatz	12 265	4 925

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	21. 5.	18. 5.
	5,55	–

Kaffee London (£/t) Robusta-	22. 5.	21. 5.
Kontrakt Mai	2445–2450	2490–2500
Juli	2495–2500	2505–2510
Sept.	2415–2418	2408–2410
Umsatz	4819	7803

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	2043–2049	2065–2069
Juli	2053–2054	2074–2075
Sept.	2050–2051	2066–2067
Umsatz	5079	5976

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	167,00–169,00	169,40–170,00
Okt.	175,00–176,60	177,40–178,40
Dez.	187,00–189,00	189,00–190,80
Umsatz	44	1175

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	22. 5.	21. 5.
schw. Sarawak spez.	350,00	647,50
weißer Sarawak	640,00	640,00
weißer Muntok	647,50	350,00

Erdnußöl(?) New York (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Juli	179,10	180,50
Sept.	179,00	179,00
Nov.	177,40	177,00
Jan.	177,20	177,00
März	177,10	177,10
Umsatz	1200	3000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Südstaaten fob Werk	59,00	59,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	40,25	39,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	39,95	41,00
Juli	39,25	39,75
Aug.	37,60	38,25
Sept.	35,70	36,00
Okt.	32,60	32,80
Dez.	30,85	30,80
Jan.	30,00	30,00

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	41,50	42,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	35,00	35,50
Choice white hog 4% fr. F.	22,00	22,00

Talg New York (c/lb)		
top white	23,00	23,00
fancy	22,75	22,25
bleichfähig	21,00	21,00
yellow max 10% fr. F.	18,75	18,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	53,35	53,80
Juli	57,30	57,80
Aug.	56,05	58,85

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	65,05	66,55
Juli	64,40	66,10
Aug.	63,35	65,00

Häute Chicago (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Ochsen einh. schwere River Northern	63,00	63,00
Kühe einh. schwere River Northern	70,00	70,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	898,00	899,00
Juli	892,50	889,00
Aug.	878,00	867,00
Sept.	802,00	800,00
Nov.	746,50	747,00
Jan.	756,50	759,00
März	786,00	770,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	198,30	197,00
Juli	204,00	202,00
Aug.	205,00	203,00
Sept.	197,00	197,00
Okt.	187,50	188,00
Dez.	188,20	187,50
Jan.	189,00	189,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	21. 5.	18. 5.
Mai	geschl.	396,50
Juli	geschl.	400,00
Okt.	geschl.	392,50

Kokosöl New York (c/lb)	21. 5.	15. 5.
Westküste fob Werk	66,00	66,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	22. 5.	21. 5.
jegl. Herk. cif	1190,00	1200,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	645,00	645,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	1110,00	1080,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	288,00	305,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1540,00	1550,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	345,00	345,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	21. 5.	18. 5.
Juli	85,35	84,80
Aug.	82,35	80,80
Okt.	80,62	79,90
Dez.	77,45	76,80
März	78,50	77,00
Mai	78,00	78,30

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	50,25	51,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	22. 5.	21. 5.
Mai	421–437	420–437
Aug.	451–454	448–451
Okt.	451–452	448–452
Umsatz	21	41

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	22. 5.	21. 5.
Mai	52,00	52,00
Juli	50,20	50,10
Okt.	50,70	50,60
Dez.	50,60	50,80
Umsatz	6750	2250

Tendenz: stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	22. 5.	21. 5.
Mai	567,0–569,0	572,0–576,0
Juli	577,0–581,0	580,0–581,0
Okt.	575,5–577,0	568,0–570,0
Umsatz	37	28

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	22. 5.	21. 5.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	22. 5.	21. 5.
Mai	13 896	13 897
Juni	13 869	13 866

Kautschuk London (p/kg)	22. 5.	21. 5.
Nr. 1 RSS loco	69,75–72,25	69,00–71,00
Juni	70,00–71,00	68,00–71,00
Juli	71,50–72,50	69,50
Aug.	73,10–73,40	72,00–72,50

Tendenz: stetig/ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	22. 5.	21. 5.
Juni	220,50–221,50	221,00–221,50
Juli	225,75–226,50	226,00–225,50
Nr. 2 RSS Juni	218,00–219,00	218,50–219,50
Nr. 3 RSS Juni	214,50–215,50	214,00–215,00
Nr. 4 RSS Juni	207,50–208,50	207,50–208,00

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	22. 5.	21. 5.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 lbs – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	22. 5.	21. 5.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	127,88–128,07	131,21–131,50
drittfolg. Monat	127,31–127,80	129,86–129,86
Zink: Basis London		
laufend. Monat	277,93–279,08	288,27–288,55
drittfolg. Monat	258,82–259,81	264,53–264,92
Produz.-Preis	299,59	301,88
Reinzinn 99,9%	3806–3843	3826–3864

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	22. 5.	21. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	391,67–393,58	395,03–397,86
Blei in Kabeln	135,50–136,50	139,00–140,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	22. 5.	21. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	386–390	389–393
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	427–434	430–437
MS 63	418–423	421–425

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	22. 5.	21. 5.
	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	22. 5.	21. 5.
Leg. 225	410–423	410–423
Leg. 226	412–425	412–425
Leg. 231	442–455	442–455
Leg. 233	452–465	452–465

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	22. 5.	21. 5.
Platin (DM je g)	37,85	37,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 000	34 300
Rücknahmepr.	33 250	33 550
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 870	34 200
Rücknahmepr.	33 340	33 670
verarbeitet	35 550	35 890
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 605	33 800
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	815,10	827,20
Rücknahmepr.	796,70	810,00
verarbeitet	851,30	863,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	22. 5.	21. 5.
London 10.30	378,15	380,35
15.00	379,50	380,75
Zürich mittags	378,80–379,30	379,80–380,30
Paris (Fr/1-kg-Barren) mittags	102 750	103 400
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	653,70	640,40
3 Monate	668,35	654,95
6 Monate	683,95	670,30
12 Monate	718,95	700,80
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	280,40	281,65
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	111,05	112,25

New Yorker Preise	21. 5.	18. 5.
Gold H & H Ankauf	380,75	375,00
Silber H & H Ankauf	919,50	899,00
Platin fr. Händlerpr.	385,00–388,50	385,00–388,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	155,00–156,00	154,50–155,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	909,00	911,00
Juni	911,00	913,00
Juli	919,00	922,00
Sept.	938,00	941,00
Dez.	968,00	971,00
Jan.	978,00	980,40
März	996,00	1050,00
Umsatz	27 000	32 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Mai	63,35	62,60
Juni	63,40	63,05
Juli	64,00	63,60
Sept.	65,45	65,10
Dez.	67,50	67,10
Jan.	68,20	67,00
März	69,55	69,10
Umsatz	7 000	1 000

Londoner Metallbörse

	22. 5.	21. 5.
Aluminium (£/t) Kasse	914,50–915,50	900,00–901,00
3 Monate	930,00–931,00	917,50–918,50
Blei (£/t) Kasse	333,50–334,50	343,00–344,00
3 Monate	334,00–334,50	339,50–340,00
Kupfer Higbergrade (£/t) mittags Kasse	1012,0–1012,5	1013,5–1014,0
3 Monate	1030,0–1030,5	1030,0–1030,5
abends Kasse	1010,5–1011,0	1018,5–1019,0
3 Monate	1028,0–1028,5	1035,0–1035,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1015,0–1016,0	1021,0–1022,5
3 Monate	1026,0–1028,5	1031,0–1033,0
Zink (£/t) Kasse	723,00–726,00	743,00–744,00
3 Monate	673,00–674,00	682,00–682,50
Zinn (£/t) Kasse	9055–9060	9070–9075
3 Monate	8965–8965	8960–8965
Quecksilber ($/Fl.)	300–315	300–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	85–90	85–90

Herr, ich habe mein Leben im Glauben an Dich vollendet, nun gib Du mir Deinen Frieden.

Rüdiger Hansen

* 1907 † 1984

Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und des Ehrenringes der Stadt Hürth

Er bleibt Vorbild in seiner Bescheidenheit.

Hinter dieser Eigenschaft verbergen sich ein starker Glaube, Liebe für die Seinen, Rechtschaffenheit in seinen Entscheidungen, leidenschaftlicher Einsatz für die Würde des Menschen.

Um ein Gedenken bitten

Christine Hansen geb. Breuer
Heribert Hansen
Martina Hansen geb. Paul
Gregor, Alexander, Eckhard und Anverwandte

5030 Hürth, den 21. Mai 1984
Norbert-Pees-Weg 5

Das Requiem wird gehalten am Freitag, dem 25. Mai 1984, 10 Uhr, Pfarrkirche St. Katharina, Alt-Hürth. Die Beisetzung erfolgt am selben Tage um 11 Uhr von der Trauerhalle des Friedhofes, Alt-Hürth, aus.

Von Beileidsbesuchen und Beileidsbezeugungen am Grabe bitten wir abzusehen.



MANNESMANN
Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Einladung zur Hauptversammlung

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Donnerstag, dem 5. Juli 1984, 10.00 Uhr, im Messe-Kongreß-Center, Düsseldorf, Stockumer Kirchstraße, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts – mit Konzernabschlüssen Inland und Welt und Konzerngeschäftsbericht – sowie des Aufsichtsratsberichts für das Geschäftsjahr 1983; Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
2. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
4. Neuwahl des Aufsichtsrats
5. Beschlußfassung über die Ermächtigung des Vorstands, das Grundkapital um bis zu DM 250 Millionen zu erhöhen (genehmigtes Kapital)
6. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 27. Juni 1984 bei einer Hinterlegungsstelle hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Der vollständige Wortlaut der Einladung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung sowie Hinweisen zur Teilnahmeberechtigung und zur Stimmrechtsbeschränkung gemäß § 16 Absatz (2) der Satzung ist im Bundesanzeiger Nr. 97 vom 23. Mai 1984 und in einem gesonderten Schreiben an die Aktionäre enthalten.

Düsseldorf, im Mai 1984

Der Vorstand

Nach langer, tapfer und geduldig ertragener Krankheit, im starken Glauben an eine Genesung, hat uns meine liebe, gütige Frau, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Alicia Loytved-Hardegg
geb. Holnick Saez

am 18. 5. 1984 für immer verlassen.

Ihre Liebe und Fürsorge galt der ganzen Familie. Wir danken ihr dafür von Herzen.

Im Namen der Hinterbliebenen
Wolfgang Loytved-Hardegg

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis auf dem Friedhof San Isidro, Madrid, stattgefunden.

Madrid, den 18. Mai 1984
Paseo de la Castellana, 121
Bilbao, Nürnberg, Berlin, Waiblingen, Neubeckum

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80, -39 42 oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Strom fürs Neckarland

Die Aktionäre unserer Gesellschaft laden wir ein zur

75. ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG

am Freitag, 29. Juni 1984, 10.00 Uhr,
im Saal der Stadthalle, Grabbrunnenstraße 21, 7300 Esslingen (Neckar)

Tagesordnung

1. Vorlage des zum 31. Dezember 1983 festgestellten Jahresabschlusses mit dem Geschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1983
3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats
4. Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals und Änderung der Satzung
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984

Die Vorschläge zur Beschlußfassung über die einzelnen Tagesordnungspunkte gemäß § 124 AktG sind im Bundesanzeiger, Ausgabe Nr. 91 vom 15. Mai 1984, veröffentlicht worden.

Nach § 17 der Satzung sind zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 22. Juni 1984 bei der Hauptkasse unserer Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer deutschen Wertpapiersammelbank oder bei den nachstehend genannten Bankinstituten hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale, Stuttgart
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft, Stuttgart
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft, Berlin
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft, München, Berlin, Frankfurt (Main), Hamburg und Stuttgart
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt (Main), Berlin, Hamburg, München und Stuttgart
Commerzbank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, Berlin, Frankfurt (Main), Hamburg, München und Stuttgart
Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main), Hamburg, München und Stuttgart
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft, Berlin
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft, Saarbrücken
Deutsche Genossenschaftsbank, Frankfurt (Main)
Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main), Hamburg, München und Stuttgart
Landesgirokasse Öffentliche Bank und Landessparkasse, Stuttgart.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden. Die Ausübung des Stimmrechts ist in jedem Fall unter Vorlage der Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung bis spätestens 26. Juni 1984 bei der Gesellschaft anzumelden. Wird der Nachweis bei der Anmeldung in Abschrift eingereicht, so ist die Urschrift vor Beginn der Versammlung vorzulegen.

Esslingen am Neckar, im Mai 1984

NECKARWERKE
Elektrizitätsversorgungs-AG
Der Vorstand

NECKARWERKE

HARPENER AKTIENGESELLSCHAFT
Dortmund

Wir erlauben uns, die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der

am Montag, dem 2. Juli 1984, 11.00 Uhr
im großen Saal des Restaurants „Krone",
Dortmund, Markt 10,

stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

einzuladen.

Tagesordnung

1. a) Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. 12. 1983 mit dem Geschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
   b) Vorlage des Teilkonzernabschlusses und des Teilkonzerngeschäftsberichts zum 31. 12. 1983
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 1983
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983
4. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984

Die vollständige Einladung mit den Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 96 vom 22. Mai 1984 veröffentlicht worden. Außerdem verweisen wir auf die unseren Aktionären von ihren Depotbanken zugehenden Unterlagen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am **Dienstag, dem 26. Juni 1984,** bei der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der in der vollständigen Einladung aufgeführten Hinterlegungsstellen in den üblichen Geschäftsstunden hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

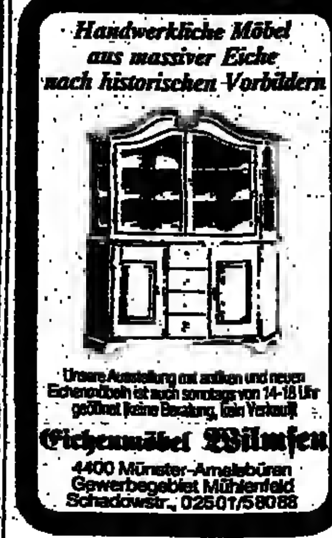
Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer Bank bis zum Ende der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank ist die von diesen hierüber auszustellende Bescheinigung spätestens am **Mittwoch, dem 27. Juni 1984,** bei der Gesellschaft einzureichen.

Den zur Teilnahme berechtigten Personen werden Eintritts- und Stimmkarten erteilt.

Dortmund, im Mai 1984

Der Vorstand



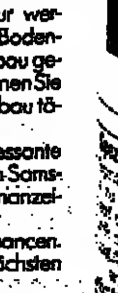






Ihre Chance im Mittleren Osten?

Wollen Sie Ihr Können und Ihre englischen Sprachkenntnisse zwei Jahre auf einer großen Autobahn-Baustelle einsetzen? Als Labor-Ingenieur werden Sie auf den Gebieten Bodenmechanik und Asphaltstraßenbau gefordert. Als Labor-Techniker können Sie selbständig im Asphaltstraßenbau tätig werden.
Diese und viele andere interessante Stellenangebote finden Sie am Samstag, 26. Mai, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 0 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44
Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61
Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 00 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Bundesanleihen

		22. 5.	21. 5.
F 8 Bund 78 III	9/84	99,95	99,95
8¼ dgl. 78	9/84	100,4	100,35G
6 dgl. 76 IV	12/84	99,9bG	99,95
6¼ dgl. 79	1/85	99,95bG	99,9
8½ dgl. 73 I	3/85	101,4	101,4G
7 dgl. 79	4/85	100,35	100,3
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,6	100,6
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,15	101,15
8 dgl. 76 IV	10/85	101,4	101,4
5½ dgl. 78 II	3/86	98,25	98,2

		22. 5.	21. 5.
F 8½ dgl. 79	2/85	100	00,95
8½ dgl. 73	2/85	101,2	101,2
7 dgl. 77	2/87	99,16	99,16
8 dgl. 77	9/87	95,45	95,4G
8 dgl. 78 6	7/88	93,8	93,5
8½ dgl. 77	5/89	94,65	94,65G
8 dgl. 79 I	7/89	100,2	100,15
6 dgl. 78 I	2/90	90,9	91,1
6 dgl. 80 II	7/90	99,7	99,65
8 dgl. 01	3/91	104	104
10½ dgl. 01	9/91	111,8G	111,8G
10½ dgl. 01	11/1	110,75G	110,75G

Bankschuldverschreib.

	22. 5.	21. 5.
F 8 Allg. Hypo. Pf 1	82	82
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5G	100,5G
F 7½ Bakola Pf 104	100,9G	100,9G
8 dgl. Pf 108	103,6G	103,8G
10 dgl. Pf 168	107,9G	107,9G
7 dgl. KS 132	95,75G	95,75G
8 dgl. KS 155	99,35G	99,35G
9 dgl. KS 169	102,8G	102,8G

Bundesbahn

		22. 5.	21. 5.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,35	100,35
6¼ dgl. 76	9/84	100,4	100,4
6 dgl. 76 III	11/84	99,95	99,95

Renten teilweise freundlicher

Mit dem sinkenden Dollarkurs hat der deutsche Rentenmarkt an Stabilität zurückgewonnen. Die Kurse öffentlicher Anleihen lagen überwiegend etwas freundlicher. Nur in Einzelfällen, wo noch Renditeangleichungen notwendig waren, gab es begrenzte Kursherabsetzungen. Die 8 1/4prozentige Bahnanleihe blieb zum Emissionskurs gesucht. Bei den Pfandbriefen war das Geschäft weiterhin ruhig. Ähnliches gilt für die DM-Auslandsanleihen, die auf DM lautenden Argentinien-Emissionen sind allerdings zur Zeit empfindlich. Bei ihnen gibt es teilweise steigende Renditen.

	22. 5.	21. 5.
M 5½ Bayer.Hdbk Pf 14	92,25G	92,25G
8 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	85,25G	85,25G
7 dgl. Pf 3	94,75bG	94,75G
7 dgl. Pf 27	100bG	100bG
6½ dgl. KS 14	97,5G	97,5G
7¾ dgl. KS 27	89,25bG	83,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74,25G	74,25G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G

	22. 5.	21. 5.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,1	90,1
6 dgl. 47	70	79G
F 5 Helaba Pf 6	109G	109G
6 dgl. Pf 00	94,4	04,4G
6 dgl. Pf 73	100,9G	100,8G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 9 Hyp.i.Hbg. Pf 00	82G	01,25
8½ dgl. Pf 00	89,9	88,9G

	22. 5.	21. 5.
M 5 Verbank Nbg. Pf 85	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	79G	79G
7 dgl. Pf 100	100,1G	100,1G
6 6 WestLB Pf 350	101,10	101,19
6¾ dgl. Pf 403	97,85G	97,85G
9½ dgl. Pf 1007	106,35G	100,35G
6 dgl. Pf 1015	00G	99G
7 dgl. KO 556	100,1G	100,15G
6¼ dgl. KS 420	95,45G	95,45G
9¼ dgl. KO 1301	104,6G	104,6G

	22. 5.	21. 5.
M 6 Südboden Pf 41	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 57	77G	77G
8½ dgl. Pf 143	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 87	94,5bG	94,5bG
7½ dgl. Pf 184	96G	96G
7 dgl. KS 49	93G	93G
7½ dgl. KS 61	100,5G	100,5G
8 dgl. KS 133	99,5G	99,5G
8½ dgl. KS 132	101G	101bG
9 dgl. KS 185	103G	103G
9½ dgl. KS 171	104G	104G

	22. 5.	21. 5.
7½ dgl. 71	100,1	100,16
4½ Harpen 59	201D	201DT
6 Hoesch 84	99,6G	99,6G
7½ dgl. 71	100G	99,8G
7½ Karstadt 71	99,9	99,8T
7½ Kaufhof 71	99,8G	99,8G
7¾ dgl. 71	99,75T	99,75T
7½ dgl. 75	99,5T	99,5T
7½ Klöckner W. 71	99,25T	99,25T
8 dgl. 72	99,85T	99,85T

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Industrieanleihen

Ausländische Aktien in DM

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Versicherungsmakler

So einfach ist das: mit einem Gewerbeschein, bei jedem Ordnungsamt erhältlich, kann man sich als Versicherungsmakler „niederlassen", eine bestimmte Ausbildung wird nicht verlangt, also auch keine fachliche Qualifikation. Der Titel allein ist nicht geschützt. Angesichts der ebenso verantwortungsvollen wie anspruchsvollen Tätigkeit des seriösen Maklers als eines von Versicherungsgesellschaft und Versicherungsnehmer gleichermaßen rechtlich wie wirtschaftlich unabhängigen Vermittlers kann leicht der Gedanke aufkommen, unter dem Mantel der Berufskollegen könne leicht auch der unseriöse Pseudomakler sein Geschäft machen. Angesichts des scharfen Wettbewerbs in Assekuranz und Maklerschaft wäre das auch kein Wunder.

Mit der Schaffung eigener Standes- und Berufsregeln, denen sich jeder der rund 140 Mitglieder des Vereins Deutscher Versicherungsmakler (VDVM) freiwillig unterworfen hat und die nach den Erfordernissen von Markt und Wettbewerb gelegentlich aktualisiert, sprich verschärft werden, hat der Berufsstand nach Jahren des Mißverständnisses, aber auch des Mißverhaltens einiger weniger eine wesentliche Profilierung erfahren. Der Zugang zum Verein ist an Qualifikation gebunden, aber auch an das Vorhandensein einer Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von 500 000 Mark.

Obwohl der Versicherungsmakler seine Arbeit auch nach den Interessen der Versicherer an einem gesunden, funktionsfähigen Markt orientiert, ist er in erster Linie Berater und Vertreter seiner Kunden. Das umfaßt nicht nur den Abschluß von Verträgen, sondern zuvor die Prüfung von Versicherungsbedürfnissen, verlangt Markt- und Konditionenübersicht auf oft unübersichtlichen Tarifgebieten.

Alle dies Leistungen werden, unbeschadet der Unabhängigkeit des Maklers, durch die von den Versicherungen gezahlten Provisionen abgegolten, denn Abschluß- und Verwaltungskosten sind Teil ihrer kalkulierten und in Rechnung gestellten Prämien.

HARALD POSNY

MASSPROGRAMME / Makler – unentbehrlicher Dienstleister für die Wirtschaft im Ausland

Als internationaler Partner gefragt

F. G. von GAERTNER, Hamburg

Durch die ungebrochene Bereitschaft deutscher Unternehmen, im Ausland zu investieren wächst zwangsläufig die Bedeutung international tätiger Dienstleistungsunternehmen, und hier insbesondere auch die der Versicherungsmakler. Während in den USA und England Unternehmen mit großer Selbstverständlichkeit einen von den Versicherungsgesellschaften unabhängigen Versicherungsmakler in die Konzeption und Betreuung ihrer Versicherungsprogramme einschalten, ist es bei uns noch weithin unbekannt, welche Vorteile dadurch entstehen.

Obgleich von der Aufgabenstellung hier durchaus vergleichbar, werden Versicherungsmakler noch nicht so selbstverständlich beschäftigt wie Unternehmensberater oder Wirtschaftsprüfer. Selbst große Unternehmen entwickeln – vielleicht aus Tradition heraus – ihre Versicherungsphilosophie noch immer in eigener Regie. Um so unverständlicher ist dies, wenn man bedenkt, daß der Versicherungsmakler keine zusätzlichen Kosten verursacht. Da er den Versicherungsgesellschaften eine Vielzahl von Arbeiten abnimmt, angefangen von der Risikobeurteilung über die Gestaltung des Versicherungsprogramms bis hin zur Schadensabwicklung, erhält er nach internationalen Usancen einen Teil der in jeder Versicherungsprämie eingerechneten Verwaltungs- und Vertriebskosten als Courtage.

Seine besondere Berechtigung hat der Versicherungsmakler im internationalen Bereich. Die fortschreitende Industrialisierung, der ungebremste Drang deutscher Unternehmen ins Ausland, das ständig wachsende Umweltbewußtsein und viele Faktoren mehr sind Gründe dafür, daß selbst multinational arbeitende Großkonzerne, auch bei Einschaltung ihrer Auslandsniederlassungen, ihre Versicherungsprobleme nicht mehr ohne fachkundige Unterstützung bewältigen können.

Bindeglied

Eine Vielfalt von Vorschriften, gesetzlichen Auflagen, die Unterschiede in den Versicherungsformen und viele Dinge mehr erschweren nicht nur die Beurteilung der notwendigen und bereits bestehenden Versicherungsverträge, sie hinterlassen auch oftmals ein Gefühl der Unsicherheit, ein Gefühl, das sich immer dann als zutreffend erwies, wenn zum Beispiel eine aus dem Ausland erwartete Schadenzahlung ausblieb.

Hier nun kann der international tätige Versicherungsmakler eine Lücke schließen. Als fachkundiger Interessenvertreter seines Kunden ist er Bindeglied zu den Versicherungsgesellschaften im In- und Ausland. In der Regel arbeitet er im Rahmen einer weltweit operierenden Kette von Korrespondenzmaklern, in einigen Fällen auch mit eigenen Auslandsrepräsentanten. Eine kürzlich durchgeführte Umfrgae des Vereins Deutscher Versicherungs-Makler (VDVM) ergab, daß schon rund 30 Prozent der 150 Mitgliedsfirmen im internationalen Bereich arbeiten, sicherlich auch ein Hinweis darauf, daß immer mehr Unternehmen die Notwendigkeit dieser Dienstleistung erkannt haben.

Zu Beginn seiner Tätigkeit analysiert der Versicherungsmakler die im In- und Ausland vorhandenen Risiken, gibt gezielte Empfehlungen über Schadenverhütungsmaßnahmen und führt dann eine Bestandsaufnahme aller Versicherungsverträge durch. Anhand der gesammelten Information entwickelt er zusammen mit den in den einzelnen Ländern ansässigen Korrespondenzmaklern bzw. seinen eigenen Repräsentanten ein weltweites Versicherungsprogramm.

Im Rahmen dieses Programms stellt er sicher, daß in einzelnen Ländern vorhandene Deckungslücken sinnvoll geschlossen werden und die gemeinsam mit der Muttergesellschaft erarbeitete weltweite Risiko-, Schadenverhütungs- und Versicherungsphilosophie konsequent realisiert wird. In diesem Punkte muß er von der Muttergesellschaft unterstützt werden. Nur so kann er in seiner Aufgabe als Koordinator erfolgreich sein. Die gebündelte Kaufkraft der weltweit zu zahlenden Versicherungsprämien setzt der Versicherungsmakler zum Vorteil des Kunden ein. Erreichen läßt sich dies durch zum Beispiel Konzentration bestimmter Versicherungen auf eine international arbeitende Kette von Versicherungsgesellschaften.

Der dadurch geschaffene Risikoausgleich kann nicht nur zu Verbesserungen auf der Bedingungsseite führen, auch finanzielle Vorteile sind durchaus möglich.

Gezielte Unterrichtung

So führt die Zusammenfassung von in verschiedenen Ländern bestehenden Personenversicherungen in einem internationalen Vertrag bei günstigem Schadenverlauf des internationalen Vertrages zu einer zusätzlichen Gewinnbeteiligung für die Muttergesellschaft.

Durch gezielten Informationsaustausch der in der Korrespondentenkette tätigen Versicherungsmakler wird der Kunde stets über die für ihn relevanten Neuerungen auf den ausländischen Versicherungsmärkten unterrichtet. Die Tätigkeit im internationalen Bereich wirkt sich zwangsläufig auch innovativ aus. So wurden schon einige neue Versicherungsformen durch Versicherungsmakler initiiert oder wesentlich beeinflußt, auch für manches zunächst unversicherbar erscheinende Risiko dann letztlich doch noch ein Versicherungsmarkt gefunden.

KFZ-HAFTPFLICHT

13 Prozent zwischen billig und teuer

Py. Düsseldorf

In einem Preisvergleich hat der ADAC zwischen der preiswertesten Auto-Haftpflichtversicherung (WGV Schwäbische Allgemeine) und der teuersten Gesellschaft (Feuersozietät Berlin) eine Beitragsspanne von 13,4 Prozent festgestellt. Beide Gesellschaften sind jedoch nur regionale Anbieter, die außerhalb ihrer Stammlande nicht versichern. Günstigster bundesweit anbietender Auto-Haftpflichtversicherer ist die Deutsche Allgemeine (Frankfurt), deren Tarif 6,9 Prozent unter dem Marktdurchschnitt liegt. Zu den preisgünstigsten Gesellschaften (fast vier Prozent und mehr als der Durchschnitt) gehören neben Gerling, Patria und DEVK Allgemeine (alle Köln), Haftpflichtverband HDI und Vereinigte Haftpflicht (beide Hannover) sowie HUK Coburg Allgemeine (Coburg) drei 1983 gegründete Gesellschaften: die Direktversicherer (ohne Außendienst) Europa (Köln), Dialog (Hamburg) und Auto Direkt (Oberursel).

Versicherungen können sofort und fristlos bei einem Wechsel des Autos, nach einem Schaden oder spätestens drei Monate vor der nächsten Beitrags-Hauptfälligkeit (Jahrestag des Abschlusses) gekündigt werden.

VERSICHERUNGS-SCHUTZVERBAND

Mehr mit Kunden sprechen

KARL-HEINZ STEPHAN, Bonn

Beifall für die Lebensversicherer kommt aus Bonn, vom Deutschen Versicherungs-Schutzverband (DVS), dem organisatorischen Zusammenschluß von 4500 Versicherungsnehmern, das sind Fachverbände und Unternehmen des Handels und der gewerblichen Wirtschaft, woran die Industrie mit 80 Prozent der Mitglieder beteiligt ist: Gelobt wird insbesondere die zeitnähere und effektiv höhere Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Überschüssen der Kapitallebensversicherung.

Von den Anfang 1984 mit den Versicherern aufgenommenen Verhandlungen über eine Anpassung des Produkt-Haftpflichtmodells erwartet der Verband ein Ergebnis, das dazu beiträgt, „die Sparte verständlicher und für den Kunden attraktiver zu machen". Kritisch werden hingegen die Sanierungsbemühungen der Assekuranz beurteilt: „Durch bloße Erhöhung der Prämie" – ohne vorher die Ursachen der Verluste ausreichend analysiert und durch sachgerechte Maßnahmen wie Selbstbehalte beseitigt zu haben – könne sie kein Verständnis erwarten.

Die Versicherer würden darauf verweisen, daß beispielsweise das industrielle Feuergeschäft seit Jahren verlustreich sei und das hierdurch ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigt werde. Hiermit werde aber „nur die halbe Wahrheit" gesagt: Denn die Verluste liegen lediglich im versicherungstechnischen Geschäft, sie werden jedoch durch das allgemeine Geschäft mehr als ausgeglichen.

Die neue Hausratsversicherung bringe Bedingungen, durch die dem Versicherer fast jedes Risiko abgenommen werde. Durch Summenanpassungs- und Prämiensatzanpassungsklauseln werde erreicht, daß mit der Versicherungssumme auch die Prämie jährlich automatisch steige. Die Möglichkeit zur Vertragskündigung wie auch einige Verbesserungen im Deckungsumfang bieten hierfür, aus der Sicht des Verbandes, kein ausreichendes Äquivalent.

Im Rahmen der Autoversicherung wendet sich der DVS gegen die von ihm befürchtete weitere Aufgliederung des K-Tarifes, was mit dem Grundgedanken der Versicherung als einer Gefahrengemeinschaft nicht vereinbar sei.

Betriebsrente über Gerling

Py. Düsseldorf

Nach dem „Gerling Institut für Schadenforschung und Schadenverhütung" und dem „Gerling Institut für Risk Management und Risk Consulting" hat der Kölner Versicherungskonzern mit der Gründung des „Gerling Institut für Betriebliche Altersversorgung" (GIBA) seine spezielle Dienstleistung für Wirtschaft und Industrie erweitert. Das neue Institut steht für alle Fragen der Betrieblichen Altersversorgung zur Verfügung und arbeitet Lösungsvorschläge unter versicherungsmathematischen und betriebswirtschaftlichen, unter arbeits- und steuerrechtlichen Aspekten aus. GIBA geht es um die Analyse des Ist-Zustands sowie um Möglichkeiten einer Veränderung der Rechtsform, der Finanzierung oder auch des Leistungsumfangs.

Entschädigung abgewiesen

Der Bundesgerichtshof hat die Klage eines Autobesitzers abgewiesen, der von seiner Versicherung Entschädigung für sein gestohlenes, vollkaskoversichertes Fahrzeug verlangt hatte. Die Frage nach früheren Schäden an dem Fahrzeug hatte der Kläger verneint, obwohl er ein Jahr vorher einen Unfall gehabt hatte. Der BGH: Der Versicherer könne sich auf völlige Leistungsfreiheit berufen, wenn die vorsätzliche Verletzung der Aufklärungspflicht generell geeignet sei, die berechtigten Interessen des Versicherers ernsthaft zu gefährden, und dem Versicherungsnehmer ein erhebliches Verschulden zur Last falle. Dabei genüge es, daß der Verstoß generell geeignet war, die Interessen des Versicherers in ernster Weise zu gefährden. (BGH-Urt. v. 7. 12. 1983 – IVa ZR 231/81.)

KHS

Gegen Einbuße bei Krankengeld

Py. Düsseldorf

Gesetzlich und privat Krankenversicherte müssen seit Beginn dieses Jahres von ihrem Krankengeld eigene Beiträge, vor allem für die Rentenversicherung, zahlen, wenn sie nicht ihre Rentenansprüche vermindern wollen. Aufgrund des Haushalts-Begleitgesetzes 1984 müssen gesetzlich Versicherte, so der Berliner Verein Krankenversicherung AG, monatlich bis zu 360 Mark nach Ende der sechswöchigen Lohnfortzahlung entrichten, für privat Krankenversicherte ergibt sich während einer Krankheit für längstens 18 Monate ein zusätzlicher Aufwand von maximal monatlich 673 Mark. Die Versicherungen raten daher zum Abschluß einer privaten Krankentagegeld-Versicherung in der Höhe, die jetzt als Beitrag zu zahlen ist.

Diebstahl muß bewiesen werden

KHS. Bonn

Auf die Sicherung leicht erreichbarer Fenster durch Gitter, Rolläden, Riegel und abschließbare Fenster macht die Kriminalpolizei immer wieder aufmerksam. Für die Zahlung aus der Hausratversicherung kommt es nach Einbruch-Diebstahl, so der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK), jedoch nicht darauf an, wie gut der Einstieg gesichert war, sondern nur darauf, daß der Dieb Gewalt anwenden mußte. Die Versicherung zahlt sogar dann, wenn sich der Dieb eingeschlichen hat oder als Fassadenkletterer eingestiegen ist.

Da Einbruchspuren dagegen immer beweiskräftig für sich sprechen, empfiehlt der BVK, es nicht bei „vertragsgemäßen" Minimalsicherungen zu belassen.

NEUE TARIFE

Doppelverdiener-Preise

Mit einer Risikoversicherung für zwei Pesonen bietet die E & L Lebensversicherung (Equity & Law), Wiesbaden, hohe Absicherung zu einem günstigen Beitrag. Der Todesfallschutz wird gleichzeitig zwei Versicherten garantiert. Allerdings wird die vereinbarte Versicherungssumme ausschließlich im Todesfall des zuerst Sterbenden fällig. Wesentlicher Vorzug dieser Lösung ist der Preisvorteil. Der Beitrag ist geringer als beim Abschluß von zwei Risikoversicherungen, mit denen jeder Partner den anderen begünstigt. Mit dem beitragssenkenden Sofortüberschuß kostet eine Versicherungssumme von 200 000 Mark für einen 35jährigen und eine 32jährige bei 20 Jahren Vertragslaufzeit monatlich 190,20 Mark.

Sofortbonus im Todesfall

Im Todesfall des Versicherten zahlt die Albingia Lebensversicherung AG, Hamburg, schon im 1. Jahr bei Risikoversicherungen 50 Prozent und bei Kapital-Lebensversicherungen 10 Prozent mehr als die abgeschlossene Versicherungssumme.

Selbstbeteiligung

Die Neckura-Versicherung AG, Oberursel/Taunus, hat für ihre Privathaftpflicht-Versicherung eine Selbstbeteiligung eingeführt. Ist der Kunde bereit, im Schadensfall 100 Mark bei einem Sachschaden selbst zu tragen, verringert sich der normale Jahresbeitrag um 16 Prozent, für Einzelpersonen um 14 Prozent.

Für Beamten-Anwärter

Für Beamten-Anwärter hat die Vereinigte Krankenversicherung, München, ein Spezialangebot entwickelt. Der Tarif stellt eine notwendige Ergänzung der Beihilfe bei ambulanter, stationärer und zahnärztlicher Behandlung dar. Ein 19jähriger alleinstehender Beamten-Anwärter zahlt zum Beispiel als Privatversicherter nur 24 Mark im Monat.

Begleitung für das Kind

Die Colonia Krankenversicherung übernimmt bei Kindern bis zum vollendeten fünften Lebensjahr die Kosten für die Unterbringung einer Begleitperson für maximal fünf Tage. Voraussetzung: Die Begleitung ist krankenhauskostenversichert.

RISK MANAGEMENT – RISK CONSULTING / Werte und Gefahren steigen stetig

Die Sicherheit programmieren

HERWIG GÜCKELHORN, Köln

Nach Beispielen für berechtigte Nervosität im Risikobereich der Unternehmen muß man nicht lange suchen. Ansprüche etwa, die aus einer immer weiter gezogenen Produzentenhaftung erhoben werden, gelten als kaum überschaubar. Neue Produkte, höhere Werte, eine international die Schadenhöhe stets vergrößernde Rechtsprechung schaffen Unsicherheit.

In anderen Fällen zeigt die Erfahrung, daß Betriebsunterbrechungen als Folge von Feuerschäden unmittelbar an die Existenz gehen, weil sie neben der Rentabilität sofort die Liquidität gefährden. Komplizierte, umfangreiche Risiken wiegen immer schwerer. Doch ein Risiko ist noch kein Schaden. Aus der eher bangen Frage „Kann man ein Risiko programmieren?" ergibt sich das wichtige unternehmerische Ziel: soweit irgendmöglich die Risikobeherrschung zu programmieren.

Risk Management und Risk Coosulting gehören heute, wenn sie richtig gesehen werden, zur strategischen Planung eines Unternehmens auf oberster Führungsebene. Die traditionell geübte partielle oder systematische Analyse sämtlicher möglicher Risiken läßt geeignete Maßnahmen zur Verminderung oder Bewältigung ihrer denkbaren Auswirkungen treffen. Aus einem einheitlichen Konzept heraus können dann alle Sicherheitsmaßnahmen aufeinander abgestimmt werden.

Das – sehr vereinfachte – Schema der unternehmerischen Risikopolitik könnte wie folgt aussehen:

- Feststellung der Sicherheitsfaktoren und der Störungspotentiale: Menschen, Anlagen, Produkte, Materialien, Zulieferungs- und Absatzwege Geldwerte und Erträge;
- Identifizierung und Quantifizierung der Verlustmöglichkeiten: Schadenerfahrungen auch überbetrieblicher Art, Überlegungen zur Höhe und mutmaßlichen Wahrscheinlichkeit von Schäden;
- Maßnahmen zur Risikominderung: Material-Substitution, Überprüfung der Arbeitsabläufe, Förderung der Risikosensibilität bei Mitarbeitern, zusätzliche Sicherheitsanlagen, zur finanziellen Sicherung vertraglicher und versicherungsmäßige Überlegungen;
- Entscheidungen zur Risikopolitik im Rahmen der Unternehmensstrategie: Vertragsgestaltung, gezieltes Selbsttragen von Risikoteilen durch das Unternehmen, Koordination von anderen Maßnahmen, Versicherung.

Eine nach diesen Richtlinien individuell abgeklopfte Existenzsicherung erleichtert die eigentlichen unternehmerischen Entscheidungen ganz wesentlich, auch wenn es keine Risikominderung „auf Null" gibt. Die Notwendigkeit heißt: Alle Risiken müssen erkannt, schwere Risiken müssen beeinflußt werden, von der Schadenverhütung bis zur finanziellen Vorsorge. Auch scheinbar abseitige Gefahren, z. B. Industriespionage, gehören in das Gesamtkonzept der Überlegungen. Es ist nicht überbewertet, wenn man feststellt, daß neben die traditiooellen Aufgaben Beschaffung, Produktion, Absatz und Finanzierung gleichrangig das programmierte Risikomanagement tritt. Es verlangt ebensoviel Sorgfalt, Fachwissen und Entscheidungskraft, und es kann angesichts der Gefahrenballungen ebenso existenzentscheidend sein.

Auch für die Versicherungswirtschaft, die ihrem Wesen nach seit langem Risikospezialist ist, bedeutet Risk Management eine gewisse Umstellung. Die Philosophie der spartenweisen Absicherung tritt zurück. Mehr noch bei konsequenter Anwendung der geschilderten Methodik wird der Versicherungsvertrag bewußt in ein Bündel risikopolitischer Maßnahmen eingegliedert, unter Verzicht auf Anspruch der Ausschließlichkeit des Versicherungsschutzes.

Nützlicher Ratgeber

Adolf Bauer, Winfried Brosch und Günther Schneidewind: „Richtig versichert – besser versichert", Praktischer Ratgeber für alle Versicherten. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, München, 1984, 316 S., Paperback, 28 Mark.

Erstaunlich, wie wenige Versicherungsnehmer darüber informiert sind, welche Ansprüche ihnen zustehen. Hierüber informiert der jetzt erschienene Ratgeber. Ein Fragenkatalog am Anfang des Buches enthält mehr als 200 nach Sparten geordnete Sach- und Suchhinweise, die ein schnelles Auffinden der Antworten gewährleisten. So beschäftigt sich der Ratgeber unter anderem in einer mehrseitigen Darstellung mit der unlängst veränderten Rechtssituation bei den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten in der Gesetzlichen Rentenversicherung, die von Millionen von freiwillig versicherten Bundesbürgern bis Ende Juni 1984 weitreichende Entscheidungen verlangt. In einem 40 Seiten starken Tabellenanhang wurden die Beiträge und Leistungen der verschiedenen Sparten der privaten Versicherung übersichtlich zusammengefaßt. Gegenüber anderen mehr theoretisierenden und andereo eher verunsichernden Schriften ist dies eine für den Kunden hilfreiche Neuerscheinung. KHS

AACHENER SPRACHSCHATZSUCHE / „So nötig wie das Feld den Dung braucht der Mensch Versicherung"

Mit klugen Sprüchen den Alltag meistern

URSULA BELDE, Aachen

Die Bundesbürger lieben nicht nur kluge Sprüche, sie erfinden auch gern eigene. Diese Erfahrung machte kürzlich die Aachener und Münchener Versicherungsgruppe: Sie erntete kiloweise Zuschriften, nachdem sie die Öffentlichkeit zwischen Lübeck und München auf „Sprachschatzsuche" geschickt hatte. 40 000 Einsender fabulierten zu den Themen „Vorsorgen und Versichern", gruben Verschollenes aus und setzten bekannte Weisheiten fort wie „Heiliger Sankt Florian, schütz unser Haus, zünd andre an". Fortsetzung: „So hat er's aber nicht gemacht, er hat zuerst an meins gedacht."

Nach dem Motto „Reim dich oder ich freß dich" wurden die Silben zurechtgeknetet. So reimen sich „Versicherungen" vorwiegend auf „Engelszungen", „kichert" auf „versichert" und „lynchen" auf „wünschen". Einer der prämierten Sprüche, der wegen seiner Prägnanz sogar den Juroren die Sprache verschlagen haben soll, ist dieser: „Versichert ist die Habe, ruhig schläft der Schwabe".

Sprach- und Sozialforscher waren mit von der Partie, als es ans Auswerten ging. Die Vorarbeit leistete eine Jury aus arbeitslosen Deutschlehrern. Über die engere Auswahl der 24 Preisträger entschieden Jürgen von Manger („Tegtmeier"), Robert Lembke, Professor Erwin Scheuch und Otto Nüssler von der Gesellschaft für deutsche Sprache.

Wer den Schaden hat, dem helfen keine klugen Sprüche. Da aber die meisten Versicherungsnehmer in erster Linie pünktliche Beitragszahler sind, bleibt ihnen genügend Phantasie, sich sprachschöpferisch zu betätigen. Zum Beispiel so: „So nötig wie das Feld den Dung, braucht der Mensch Versicherung" oder dieser ernstgemeinte Rat: „Sich're Dich auf allen Wegen, Unheil kommt stets ungelegen". Erfahrung verrät offenbar diese Weisheit: „Mit Dukaten nach dem Brande kommt die Villa neu zustande." Ein Schadensfall, mit Humor betrachtet, sieht so aus: „Sein Besitz scheint manchem sicher, aber ach als Qualm entwich er." Einen der ersten Preise bekam dieser zwar logisch zwingende und versicherungsfreundliche, wenn auch sprachlich schlimme Reim: „Wer nicht pennt, der rennt, bevor es brennt, zum Versicherungsagent."

Nun soll der originelle und inzwischen gedruckt vorliegende Beitrag zur Image-Pflege nicht vom Kleingedruckten ablenken. Vielmehr sei eine Branche, die Zufälle mit Absicherung in Einklang bringen möchte, darauf angewiesen, eine einfache und allgemein verständliche Sprache zu sprechen. Der Aachener und Münchener waren geflügelte Worte zudem in die Wiege gelegt: Der Gründer David Hansemann ist als preußischer Finanzminister durch ein Zitat vor den Vereinigten Preußischen Landtagen bekannt geworden: „Bei Geldfragen hört die Gemütlichkeit auf." Versicherungsspezifisch sind auch jene heute gern verwendeten Alltagssprüche „Ein Unglück kommt selten allein", „Zeit ist Geld" und „Aus Schaden wird man klug".

NACHRICHTEN

„Zu klein Gedrucktes"

Düsseldorf (Py.) – Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB), die infolge der drucktechnischen Gestaltung nur mit der Lupe und selbst dann nicht ohne Mühe zu lesen sind, werden nicht Bestandteil des Vertrags. Das entschied der Bundesgerichtshof (30. 5. 83, VersR 1983 S. 1077 ff). Das Unternehmen hatte die AGB in zwei knapp 9,5 Zentimeter breiten Spalten einer DIN-A4-Seite mit jeweils über 150 Zeilen bei einer Zeilenhöhe von einem Millimeter und noch kleinerem Zeilenabstand abgedruckt.

Makler-Weltkongreß

Hamburg (Py.) – Vom 28. Mai bis zum 1. Juni 1984 findet in Madrid der 2. Weltkongreß der Versicherungsvermittler statt. Makler und Agenten aus mehr als 30 Ländern werden an dieser von den beiden Weltverbänden BIPAR und Copaprose gemeinsam ausgerichteten Veranstaltung teilnehmen. Für den Kongreß sind als Leitthemen die Funktioo des Versicherungsvermittlers in der Gesellschaft und die Erarbeitung einheitlicher, international gültiger Wettbewerbsregeln vorgesehen.

Verbraucher-Kritik

Bonn (VWD) – Als „höchst ungerecht" hat die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AGV) die voraussichtlich im Sommer in Kraft tretenden Änderungen im Versicherungsschutz für Fahrräder kritisiert. Nach deo neuen Bedingungen für die Hausratversicherung ist der einfache Diebstahl nicht mehr gedeckt. Wer sein Fahrrad dennoch versichern will, muß eine Zusatzversicherung abschließen, deren Prämie jedoch an die Versicherungssumme der Hausratversicherung gebunden ist. Bei einer Versicherungssumme von 100 000 Mark wird die Fahrradprämie bei etwa 50 Mark liegen.

Olympia-Versicherer

Düsseldorf (Py.) – Die Colonia Versicherungsgruppe in Köln ist 1984 offizieller Förderer und Versicherer der Olympia-Mannschaften der Bundesrepublik Deutschland während der Sommerspiele in Los Angeles (wie zuvor auch während der Winterspiele in Sarajevo). Für das Olympia-Team wurde zum Beispiel ein umfangreiches Versicherungspaket, bestehend aus Unfall-, Haftpflicht-, Reisegepäck-, Kranken-, Rechtsschutz- und Transportversicherungen, abgeschlossen.

Neuer „Christophorus"

Düsseldorf (Py.) – Statt unter dem durch einstweilige Verfügung untersagten Namen „Christopborus" Versicherung AG wird die Transatlantische Versicherung AG, Hamburg, ihren neugegründeten Kfz-Direktversicherer vorerst unter dem Nameo „telcon" arbeiten lassen. Telcon will sich mit besonders verbraucherfreundlichem Service und niedrigen Prämien am Markt profilieren. Gleichwohl sollen alle Rechtsmittel zur Durchsetzung des geplanten Namens ausgeschöpft werden. Der HUK-Verband hatte ein Verbot unter Hinweis auf Namensgleichheit mit einer von ihm initiierten Stiftung zur Förderung der Verkehrserziehung erwirkt.

„Kraftprobe": Ein Mädchen boxt sich durch

Ende in der Wolkenwand

Die 15jährige Paulina lebt zur Zeit allein, da ihre Mutter eine Entziehungskur macht. Das Mädchen ist jedoch sehr selbständig und kommt auch ohne Aufsicht gut zurecht. Sie geht weiterhin zur Schule, versorgt die Wohnung und die beiden Meerschweinchen und jobbt abends in einem Autokino. Den Erwachsenen jedoch – Nachbarn, Lehrern und der Fürsorge – ist Paulinas Selbständigkeit suspekt: Schließlich ist sie noch ein Kind, das Aufsicht und Fürsorge braucht. Als sie gar noch den Heimzögling Blues in ihre Wohnung aufnimmt, greifen die Erwachsenen ein...

Ursprünglich hatte Erwin Keusch („Das Brot des Bäckers") die Vorlage „Ich bin eine Wolke" von Dagmar Kekulé verfilmen sollen. Aber seine

Kraftprobe – ARD, 20.15 Uhr

Vorstellungen über die Geschichte haben der Autorin nicht gefallen. Weil sie sich nicht einigen konnten, ist Heidi Genée mit der Aufgabe betraut worden. Sie hat die „Kraftprobe" 1981 gedreht. Sie habe sich, so erläuterte die Regisseurin, ziemlich genau an das Buch gehalten. „Nur der Schluß, der ist bei mir anders, offener, versöhnlicher, nicht so hart wie im Buch."

Aber gerade diese Änderung hat ihr negative Stimmen von der Kritik eingebracht. Man warf ihr vor, sie würde sich mit diesem ins Schemenhaft-Nebulöse entrückten Ende (Paulina läuft in eine wabernde Wolkenwand hinein) vor einer Entscheidung drücken. Der Film sei vornehmlich eine Arbeitsstudie für Sozialarbeiter, die sich hinterher freuen könnten, daß sie doch eigentlich gar nicht so sind.

Die Rolle der Paulina hat Heidi Genées Tochter Kristin übernommen. Mehrere Gründe führten zu diesem Entschluß: „Es gibt viele Ähnlichkeiten zwischen Kristin und Paulina", erläuterte Frau Genée. „Sie bleibt auch meistens schön cool, kann manchmal sehr wild sein, ist auf der anderen Seite aber auch sehr sensibel. Und dann kann man mit Jugendlichen – Kristin war damals vierzehn – ja nicht so arbeiten wie mit Erwachsenen. Man müßte eigentlich mit ihnen leben, sie richtig gut kennen. Dieses Problem fiel natürlich bei Kristin weg."

Auch der Tochter scheint die Arbeit gefallen zu haben – mit einigen Abstrichen: „Mit einem fremdem Regisseur zu arbeiten wäre für mich natürlich viel schwieriger gewesen. Aber mit meiner Mutter hat es Spaß gemacht, obwohl ich mir manchmal gedacht habe:'Zu Hause bestimmt sie schon über mich und dann jetzt auch noch beim Drehen'."

Auf die Frage, wie sich Kristin Genée auf der Leinwand gefallen habe, erwiderte sie: „Also manchmal bin ich doch tiefer in meinen Sessel gerutscht und hab' gedacht, o Gott, ist das bescheuert. Es ist schon komisch, sich so zu sehen, als wäre man eine ganz andere Person. Heute, nach über zwei Jahren, ist das anders. Heute sehe ich mehr den Film als Ganzes, nicht mehr in erster Linie mich als Schauspielerin."

In weiteren Rollen sind Hannelore Hoger, Kai Taschner, Erika Wackernagel und Michael Roll zu sehen.

DW



Kann Paulina (Kristin Genée) sich selbst versorgen – oder beginnt sie zu verwahrlosen? FOTO: TELEBUNK

KRITIK

Identität im neuen Staat

Ein Geschäftsmann, der die drittgrößte Versicherungsgesellschaft Nigerias besitzt, müßte eigentlich rundum zufrieden sein. Doch weit gefehlt: Er fühlt sich erst dann richtig wohl, wenn er sein Büro verlassen und in seinem Heimatdorf endlich in seiner Yoruba-Muttersprache reden kann – nach einer anstrengenden Arbeitswoche in der gefährlichen Hauptstadt Lagos. Das Oxford-Englisch darf er dann vorläufig vergessen. Es ist und bleibt für ihn eine fremde Sprache. Selbst wenn man sie sehr gut beherrscht, kann man nie wissen, ob alle Nigerianer sie auch genauso gut verstehen.

Der Fernsehbericht **Alte Völker – junge Staaten** des Westafrika-Korrespondenten Luc Leysen innerhalb der ARD-Reihe „Arme Welt – Reiche Welt" war eine kenntnisreiche Illustration der Bedeutung und Wirkung des Stammes im modernen Afrika. Er machte eindringlich klar, daß der afrikanische Stamm nicht unbedingt gegen die Errichtung größerer Staatsgebilde ist. Wichtigste Voraussetzung bleibt jedoch, daß alle Minderheiten ihre Identität im neuen Staat wiederfinden können. Dazu gehört selbstverständlich auch das politische Mitspracherecht.

Die Regierenden sollten sich also nicht mit dem bloßen „Hofieren" der traditionellen Stammes-Häuptlinge zufrieden geben. Um eine „neue Nation" zu gründen, müssen die Bürger des neuen Staates nicht nur das Gefühl, sondern vor allem die Garantie der sozialen und psychologischen Sicherheit bekommen – so wie sie sie im Dorf bzw. in ihrem Stamm haben. Denn dort findet jeder die notwendige „Geborgenheit", die ein Mensch braucht, um selbstsicher zu agieren und zu leben. Geborgenheit bedeutet in diesem Zusammenhang mehr als nur „materieller Reichtum"; sie ist vor allem eine Grundlage für mentale Ausgeglichenheit.

Ob die Menschen aus Afrika – sprich aus Ife, der heimlichen Hauptstadt der Yoruba – stammen oder nicht, der Ooni, König der Yoruba, hat recht, wenn er behauptet, daß die außerafrikanischen Völker von den Yoruba lernen können: Zwar keine hohe Technologie, aber das Gefühl der Sicherheit innerhalb der Familie und der Gesellschaft.

VUMBI-LOKO MBUTA

Heftpflaster fürs Trikot?

har – In Bayern geht wieder einmal das Gespenst der Ausblendung um; die stolzen Schon-Kabelfernseher Münchens müssen jetzt sonntags auf den englischen „Sky Channel" verzichten, weil dort zwischen Sendungen kurze Werbeblöcke eingefügt sind – übrigens für Produkte, die in der Bundesrepublik nicht zu haben sind. Das darf nicht sein, denn für Fersehwerbung gilt bekanntlich das Gebot „Sonntags nie".

Wirklich? Kann man bald damit rechnen, daß die Plakate, die deutsche Sportplätze schmuckvoll umrahmen, bei sonntäglichen Übertragungen schamhaft überdeckt werden? Daß Sportler die Firmennamen auf ihren Trikots mit Heftpflaster überkleben?

Daß Schlagersänger feiertags überhaupt nicht mehr auftreten dürfen, weil jeder Vortrag eines neuen Hits ja automatisch Reklame für die ihn produzierende Plattenfirma bedeutet?

Und wie schützt man die werbeempfindlichen Zuschauer gegen die Sonntagsreklame aus Nachbarländern, in denen die Sonntags-Werbung erlaubt ist? Sollte man – nach bewährtem Muster – Störsender einbauen? Oder auch hier, was durchaus möglich wäre, nicht alle Empfänger, sondern nur die „Kabeljaus" durch Abschaltung benachbarter Sender bestrafen, was freilich die Erfolgschancen des neuen Mediums nicht eben begünstigen würde?

Vielleicht sollte man lieber einmal darüber nachdenken, ob Reklame, die den Bürger ja beim Sonntagsspaziergang auf Schritt und Tritt verfolgt, ausgerechnet sonntags am Fernsehschirm so viel Unheil anrichtet, daß man sie verbieten muß.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF
- **9.25 Sesamstraße**
- **10.00 heute**
- **10.05 Das gelbe Taschentuch**
- **11.45 Umschau**
- **12.10 Alte Völker – Junge Staaten**
- **12.55 Presseschau**
- **13.00 heute**

ARD

10.00 Bundesversammlung in Bonn
Wahl des 6. Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland
16.00 Tagesschau
16.10 Die Queen besucht ihre Soldaten
Königin Elizabeth II. bei der britischen Rheinarmee
16.55 Null ist Spitze
Sechsteilige englische Fernsehserie
5. Teil: Ein Glück kommt selten allein
17.20 Kein Tag wie jeder andere
Roberts und Ragnas abenteuerliche Reise
Letzter Teil des Fernsehfilms von und mit Hans-Georg Ullrich und Detlef Gumm
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Kraftprobe
Spielfilm (1982)
Nach dem Roman „Ich bin eine Wolke" von Dagmar Kekulé
Regie: Heidi Genée
21.45 Brennpunkt
Die Sendung beschäftigt sich mit der Wahl des neuen Bundespräsidenten
22.30 Tagesthemen
23.00 Nick Lewis, Chief Inspector
Der Mann mit den zwei Gesichtern
Regie: Les Chatfield
Eines Tages bittet eine attraktive Frau Nick Lewis, ihrem Mann zu helfen, der seiner kriminellen Vergangenheit nicht entfliehen kann. Er, der anonym bleiben möchte, wurde von Lewis einst hinter Gitter gebracht. Heute, nachdem er sich kosmetischen Operationen unterzogen und seinen Namen geändert hat, arbeitet er erfolgreich als Manager einer Firma für Alarmanlagen. Doch plötzlich wird er mit seiner Vergangenheit erpreßt...
23.45 Tagesschau

ZDF

15.20 Sport aktuell
Aus Düsseldorf: Tennis-World-Team-Cup
16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Der Zauberlehrling
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kompass
Unser Planetensystem steht diesmal im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Jugendserie. Sie beschäftigt sich mit der Entstehung der Milchstraße und berichtet, welche wichtigen Erkenntnisse die Beobachtungen von Nikolaus Kopernikus und Galileo Galilei für die Astronomie gebracht haben.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Caterina Valente
17.50 Bret Maverick
Der Banküberfall
Goldstaub im Wert von 100 000 Dollar lagert im Safe der Bank von Sweetwater und wartet auf den Abtransport. Da tauchen plötzlich vier verwegene Gestalten auf, die es offensichtlich auf das Gold abgesehen haben.
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Gewählt – gefragt
Der neue Bundespräsident stellt sich den Bürgern
Gesprächsleitung: Reinhard Appel
21.00 Der Denver-Clan
Familienglück
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 Aspekte extra
Das Beste aus Cannes
Die Preisträger des Filmfestivals 1984
22.30 Tennis World Team Cup
22.50 Vater und Sohn
Das kleine Fernsehspiel
Von Thomas Mitscherlich
0.20 heute



Nick Lewis, Chief Inspector (Tom Adams, r.) kann mit Hilfe von Sergeant Masters (Robert Walker) auch den Fall vom „Mann mit den zwei Gesichtern" lösen (ARD, 23.00 Uhr). FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitness
22.15 Das Gespenst der Freiheit
Französischer Spielfilm (1974)
Regie: Luis Buñuel
23.55 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Wo Tiere noch unter sich sind
19.00 Tierfilmer am stählernen Faden
19.15 Mikroelektronik
Ein Fernsehkurs in 26 Teilen
19.30 [illegible]
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Ein Wirtschaftsmagazin
21.00 Der Vietnam-Krieg
21.45 Ein Gespenst geht nach Amerika
Englischer Spielfilm (1957)
23.05 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Die fabelhafte Familie Ko in der Zauberkiste
Im Papierland
19.00 Natur und Freizeit
19.45 Tiersprechstunde
20.15 Stadtgespräch
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Wie heiratet man seine Chefin? (2)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
Heute mit: Public Image Limited
20.15 Reisewege zur Kunst
Südostengland
Film von Marlene Franz
21.00 Stunden des Terrors
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Regie: Harmon Jones
22.15 Aus dem Reisetagebuch des André Malraux
Das imaginäre Museum
12. Folge
Film von Jean-Marie Drot

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kiel '84
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 [illegible]
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 [illegible]
Brasilianischer Fernsehfilm in acht Teilen
22.30 Z. E. N.
22.35 Faszination
23.20 Rundschau

Der Klügere gibt nach

bth. – Bei den Berliner Philharmonikern hängt der Haussegen noch immer schief. Da hatte man gedacht, durch den freiwilligen Auszug der Klarinettistin Sabine Meyer sei wieder Frieden eingekehrt, die Vorfreude auf den endlich begonnenen Kammermusiksaal täte ein übriges, den philharmonischen Optimismus zu heben, doch schon geht der Streit von neuem los (vergl. WELT v. 21. Juni).

Die Fronten sind klar: Chefdirigent Herbert von Karajan will für den Rest seiner Jahre partout weiter mit dem derzeitigen Intendanten Peter Girth zusammenarbeiten, dessen Vertrag bis 1985 befristet ist. Man sollte das verstehen: Karajan wird dann 77 Jahre alt sein, und ihm ohne Not noch einmal einen neuen Geschäftspartner an die Seite zu stellen wäre kaum zumutbar. Aber die Not ist da, und sie ist groß.

Die Musiker des sich selbst verwaltenden Orchesters sind mit ihrem Intendanten längst zerstritten. Ein Mosaik aus kleinen und großen Verärgerungen ist über die Jahre entstanden. Schon der frühere Kunstsenator Kewenig entsprach deshalb dem Votum des Orchesters und teilte Girth fristgemäß mit, daß sein Vertrag nicht über 1985 hinaus verlängert werden würde.

Das Bündel für Kewenigs Nachfolger Volker Hassemer war damit geschnürt, doch der hat es bis heute nicht lösen können. Versöhnung konnte er nicht stiften, und einen Nachfolger für Girth, auf den auch Karajan einlenken würde, fand er bis heute nicht. Konnte ihn wohl auch nicht finden, denn Karajan lenkt nicht ein.

Das Orchester liebt Karajan, will ihn unter keinen Umständen verlieren. Wie sollte es auch, wissen die Musiker doch nur zu gut, daß sie Ruhm und Ruf zu einem ganz großen Teil diesem ihrem Chef verdanken: Karajan liebt das Orchester, das sein Geschöpf ist, wie ein Vater seine Kinder: streng, aber mit Herz. Um Berlins wie um der Musik willen darf dieser gordische Knoten, der sich da geschürzt hat, nicht mit dem Schwert durchgehauen werden. Wer immer aber letztlich nachgeben wird, das Orchester oder Karajan – er darf sich das Sprichwort zu eigen machen und sich den Klügeren nennen.

Cannes: Sacharow-Film

Eine große Leistung von Jack Gold

Zu einer eindeutigen politischen Demonstration reichte es nicht: Der amerikanisch-britische Film „Sacharow", der mit Hilfe und unter Mitwirkung von Sacharows Kindern und Enkelkindern kürzlich in England abgedreht wurde (vergl. WELT vom 21. April), kam *nicht* ins offizielle Rahmenprogramm der Filmfestspiele von Cannes. Immerhin läuft er jetzt in einem kleinen Kino *neben* dem Festspielprogramm, und eine rege Mundpropaganda sorgt dafür, daß sich Zuschauer aus aller Herren Ländern einfinden.

Es handelt sich um einen regelrechten Spielfilm mit Glenda Jackson und Jason Robards in den Rollen des Ehepaares Sacharow. Aber jedes Detail, das gezeigt wird, entspricht genau der historischen Wahrheit. Und die emotionale Wirkung ist ganz außerordentlich. In der Vorstellung, die wir sahen, blieben die Zuschauer, nachdem das Licht wieder angegangen war, noch minutenlang stumm sitzen.

Regisseur Jack Gold hat eine bemerkenswerte Leistung zustande gebracht. Penibel und sorgfältig werden die einzelnen Entwicklungsetappen Sacharows vom „Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe" zum Menschenrechtskämpfer und Friedensnobelpreisträger nachgestellt, ohne daß je der mindeste Eindruck von Künstlichkeit und Krampf aufkommt. Jede Szene wirkt beklemmend, bis hin zu den Szenen von der Verbannung Sacharows nach Gorki, mit denen der Film schließt.

„Mein Film ist eine politische Geschichte", sagt Jack Gold. „Er ist aber auch die Geschichte vom einsamen Kampf eines einzelnen Mannes, der, von unerschütterlichem Mut besessen, nicht aufgibt." Inzwischen haben Yves Montand, Simone Signoret und 3500 weitere französische Künstler und Intellektuelle die Aufnahme des Sacharow-Films ins Programm des französischen Fernsehens gefordert. Doch Frankreichs Fernsehverantwortliche versteckten sich bisher hinter angeblichen technischen Schwierigkeiten. Der Film sei noch nicht synchronisiert. Dafür erklärte Georges Marchais, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, im Fernsehen, Sacharow werde in einem Krankenhaus „gut gepflegt". Das bedeutet nichts anderes als Zwangsernährung. Die Sorgen um das Schicksal Sacharows wachsen – auch unter vielen Besuchern der Festspiele an der Croisette.

CONSTANCE KNITTER

Im Blickfeld: Deutsche Wissenschaft in Italien

Nur Leistung zählt im Palazzo Zuccari

Es sind Oasen des Forscherfleißes, keine Elfenbeintürme, aber immerhin wohleingerichtete Palazzi mit glorioser Historie und einem Ambiente, das gediegener wissenschaftlicher Arbeit höchst zuträglich ist. Die deutschen geisteswissenschaftlichen Institute in Italien, die jetzt vom Bonner Wissenschaftsministerium in einer eigens dafür organisierten Kampagne der interessierten Öffentlichkeit nahegebracht werden sollen, haben ihre eigene Tradition. Am Anfang stand der romantische Drang nach Süden, der Traum von der Wiedergewinnung der Antike. Italienreisen glichen damals, im 18. und 19. Jahrhundert, Erkundungsreisen zu den Quellen europäischer Kultur. Kein Wissenschaftler oder Künstler kam ohne sie aus.

Aber warum sollte jeder einzelne jeweils von neuem anfangen? Sollte es nicht möglich sein, das Wissen vor Ort weiterzugeben? Aus solchen Überlegungen entstand 1829 in Rom als erstes der großen deutschen Institute auf dem geschichtsträchtigen Boden des Kapitols das „Instituto di corrispondenza archeologica", aus dem sich später das berühmte Deutsche Archäologische Institut entwikkelte. Auch wenn es inzwischen seine Zentrale in Berlin und weitere Abteilungen in Athen, Istanbul, Kairo, Bagdad, Teheran und Madrid hat, bildet Rom doch noch immer den Kern der Einrichtung, gewissermaßen seine Seele.

Das Haus in der Via Sardegna verfügt über die größte archäologische Spezialbibliothek in deutschem Besitz (mit 120 000 Bänden und 771 laufenden Zeitschriften). Das wissen die Italiener, denen die Archäologie keineswegs als Beschäftigung mit unnützen Resten der Vergangenheit gilt, zu schätzen. Da die Büchersammlung nur Promovierten und ausgewiesenen Wissenschaftlern offensteht, herrscht hier, trotz regster Benutzung, die gediegene Arbeitsatmosphäre einer feinen Privatbibliothek.

Das Deutsche Archäologische Institut „ressortiert" übrigens beim Auswärtigen Amt in Bonn, während die anderen Institute auf italienischem Boden, das Kunsthistorische Institut in Florenz und das Deutsche Historische Institut, beide 1888 gegründet, sowie die 1913 gestiftete Bibliotheca Hertziana vom Bundesminister für Forschung und Technologie finanziert werden. Gemessen am Gesamtetat des Ministeriums, aus dem mehr als sieben Milliarden Mark der Forschung, der Großforschung vor allem (Energieforschung mit Reaktorentwicklung, Weltraumforschung, physikalisch-chemische Grundlagenforschung), zugute kommen, nehmen sich die 3,26 Millionen für das Kunsthistorische Institut und die 3,42 Millionen für das Historische Institut (die Hertziana erhält ihre Mittel von der Max-Planck-Gesellschaft und damit nur zur Hälfte vom Wissenschaftsministerium) recht bescheiden aus. Ihre Arbeit wird dadurch ausreichend gesichert. Neuerdings sind sie sogar ein Lieblingskind der Bonner Regierung.

Erst kürzlich nutzte Minister Riesenhuber eine Reise nach Rom zu seinem italienischen Amtskollegen, um im Historischen Institut über die Förderung der Geisteswissenschaften als einem Schwerpunkt der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland zu referieren. Dabei klang allerdings auch die Befürchtung an, daß in der Bundesrepublik nicht recht gewürdigt werde, was diese Institute wirklich leisten. Sie produzieren eben selten „Sensationen". Ihre Bedeutung liegt nicht zuletzt darin, Forschern aus den verschiedensten Disziplinen einen vorzüglichen Apparat wissenschaftlicher Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Das Florentiner Institut und die Hertziana besitzen beispielsweise Fachbibliotheken mit jeweils mehr als 150 000 Bänden und Phototheken mit etwa 400 000 wissenschaftlichen Aufnahmen von italienischen Kunstwerken seit der Antike. Sie wurden damit auch international zu hochgeschätzten Zentren der Forschung über die Kunst Italiens.

Aber natürlich begnügen sich die Institute nicht mit solchen „Hilfsdiensten". Sie arbeiten selbst an Projekten, die ihnen in Italien schon hohe Anerkennung eintrugen. So erschließt das Kunsthistorische Institut u. a. mit seinem „Siena-Projekt" seit 1977 die Bau- und Kulturgeschichte der Kirchen in Siena. Das Historische Institut ediert mit dem Repertorium Germanicum und den Nuntiaturberichten aus den Archiven des Vatikans wichtige Quellen zur deutsch-italienischen Geschichte. Und die Bibliotheca Hertziana rückte erst unlängst ins öffentliche Bewußtsein, weil die bemerkenswerte Ausstellung „Raffael als Architekt" (s. WELT v. 21. 3.) wesentlich auf den Forschungen eines der beiden Direktoren, Christoph Frommel, basiert.

Daneben laufen eine Fülle kleinerer Vorhaben, über die italienische Kunst, über die politischen Beziehungen zwischen den deutschen Ländern und Italien und über das Römische Reich und seine Nachwirkungen. Die Voraussetzungen für derartige Arbeiten sind vorzüglich. Abseits vom politisierten, in Gremien zersplitterten Universitätsbetrieb in Deutschland können sich die Wissenschaftler im Florentiner Palazzo Capponi, in Roms traditionsreichem Palazzo Zuccari oder im Neubau des Historischen Instituts an der Via Aurelia Antica ganz auf ihre Forschungen konzentrieren.

Dem Besucher fällt immer wieder das ausgeprägte Traditionsbewußtsein dieser Institute auf. Man ist hier stolz, Schüler eines anerkannten Wissenschaftlers zu sein, sein Werk fortzusetzen, in einer Überlieferung zu stehen, die sich durch Scheinaktualitäten und politische Opportunitäten nicht ablenken läßt. Hier ist, so scheint es, die wissenschaftliche Welt noch in Ordnung, weil allein die Leistung zählt. Die Ansprüche sind hoch. Deshalb fällt es den Historikern und Kunsthistorikern nicht immer leicht, Stipendiaten zu finden. Die klassischen Sprachen sind dem akademischen Nachwuchs nicht mehr unbedingt vertraut, und auch das Italienische ist ihm nicht allgemein geläufig.

Aber gerade wegen der hohen Ansprüche, die sie stellen: Die deutschen geisteswissenschaftlichen Einrichtungen in Italien erweisen sich auch heute noch – so exotisch und esoterisch sie auf den ersten Blick scheinen mögen – als ein solides Bauwerk, das zu bewahren der deutschen Forschungspolitik gut ansteht.

PETER DITTMAR

Das Philadelphia Orchestra auf Europa-Tournee

Bunte Postkartengrüße

Ein Orchester im Umbruch. Stephen Sell, Executive Director des Philadelphia Orchestra, gibt unumwunden zu, daß man nach 44 Jahren mit Eugene Ormandy als Chefdirigent nun mit Riccardo Muti auf der Suche nach einem neuen Orchester-Stil sei. Mit Muti geht Philadelphias Elite-Ensemble jetzt zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren auf Europa-Tournee. Sie führt die amerikanischen Musiker in 17 Tagen von München nach Wien, London, Berlin (1. Juni), Paris und in sechs italienische Städte. Eine Tour de Force, die das Orchester, wie es Stephen Sell in München vorrechnet, 2,8 Millionen Mark kostet.

Kartenpreise von 40 bis 140 Mark führten denn auch dazu, daß die Münchener Abende des Philadelphia Orchestra nicht ausverkauft waren. Und das, obwohl für den ersten Svjatoslav Richter angekündigt war, der Ravels Klavierkonzert für die linke Hand spielen sollte. Leider bekam Richter am Tage des Konzerts Herzbeschwerden und sagte ab. Statt dessen gab es de Fallas „Dreispitz"-Suite.

Sie wurde unter Riccardo Muti zu einer knallig bunten Folklore-Postkarte: Tempoverschiebungen, wo strikter Rhythmus erforderlich gewesen wäre, pauschale Brillanz, wo es klanglicher Abstufungen bedurft hätte. Auch in den „Zwei Bildern" von Bartók wirkte Muti kaum überzeugend: Weder die impressionistischen Farben des ersten noch die tänzerische Wucht des zweiten Bildes wollten sich so recht einstellen.

Nun ist Riccardo Muti gewiß ein temperamentvoller und virtuoser Orchester-Dompteur. Und so machten César Francks Symphonie in d-Moll und die Ausschnitte aus Prokofjews „Romeo und Julia"-Ballett unleugbar Eindruck. Wie die Philadelphians etwa die Tybalt-Szenen in der „Romeo und Julia"-Musik spielten, mit welch aggressiver Kraft der Blechbläser, mit welcher atemberaubenden Perfektion der Streicher – das macht ihnen sicherlich kein Orchester der Welt heute nach. Allerdings: César Franck klang hier mehr nach Wagner und Hollywood, als es den Noten gutgetan hätte.

Bleibt als Ereignis der beiden Münchener Konzerte Mahlers 1. Sinfonie. Ein Stück, mit dem das Orchester unter Muti schon vor gut eineinhalb Jahren in Deutschland zu hören war und das auch von Mutis Vorgänger, Eugene Ormandy, gern auf Konzertreisen aufgeführt wurde. Wohl deshalb, weil hier die Ausnahmequalitäten des Orchesters besonders gut zur Geltung kommen, die grandiose Ausdrucksintensität der Celli, das herrlich brillante Blech, die sensibel musizierenden Holzbläser.

Unlängst äußerte Münchens eigenwilliger Generalmusikdirektor Sergiu Celibidache, daß in den amerikanischen Orchestern zwar gute Techniker, aber keine guten Musiker säßen. Philadelphia-Manager Stephen Sell kann angesichts der Münchener Ovationen für seine Musiker dazu nur lachen: „Wir würden Celibidache ohnehin nicht einladen. Denn 17 Proben könnten wir ihm gar nicht bezahlen."

VOLKER BOSER



Feines Gespür für absurde Bildermärchen: „Die Witwe", Collage aus Illustrationsstichen des 19. Jahrhunderts von Franz Roh, aus der Nürnberger Ausstellung FOTO: KATALOG

Zwischen Gruseln und Lachen: Nürnberg zeigt Collagen von Franz Roh

Bayerns Löwe vor dem Unterleib

Er war hochgeschätzt als Kunstkritiker und Kunsthistoriker. Er verfaßte vielbeachtete Werke über Dürer, Breughel und Rubens, schrieb große kunsthistorische Abhandlungen wie die „Geschichte der deutschen Kunst von 1900 bis zur Gegenwart" und hatte ein besonderes Faible für Fotografie. Doch das war nicht der ganze Franz Roh (1890–1965). In seinem Inneren gab es einen versteckten Winkel, der ihn auf kreative Nebenwege lockte. Das führt jetzt, fast zwanzig Jahre nach seinem Tode, die Nürnberger Kunsthalle mit seinen Collagen vor.

Rohs Gespür für absurde, groteske Bildermärchen, seine Vorliebe für das Irrationale mag mit seiner Kindheit zusammenhängen, die den Psychodeutern das rechte Futter zu liefern scheint: die Mutter, allem Künstlerischem zugetan, hochmusikalisch, Hyperästhetin und Vegetarierin; der Vater ein Textilfabrikant, ein Tatmensch und ein großer Fleischesser. „Von Kindesbeinen an hatte ich eine zerstückte und doch zusammenhängende Welt erfahren", schreibt Franz Roh. Und später heißt es: „Auf meinem Tisch lag ein großes Durcheinander von Abbildungen, und ich merkte, daß sich durch solche Begegnungen seltsame Steigerungen der Teile ergeben."

Bereits in den frühen 20er Jahren entstanden seine ersten Collagen. Während Roh als Kunsthistoriker allen Stilen gleiches Interesse entgegenbrachte, blieb er als Collageur ein reiner Jünger des Surrealismus. Dies hängt sicher mit der engen Bekanntschaft mit Max Ernst zusammen, mit dem er in regelmäßiger Korrespondenz stand. Dennoch ist die Arbeitsweise beider völlig verschieden. Während Max Ernst in ganzen Bildzyklen dachte, ganze Bildromane zusammenmontierte, ging Franz Roh immer vom einzelnen Bild aus.

Roh, der 1933 wegen defätistischer Äußerungen für einige Monate eingesperrt wurde, beschloß nach seiner Freilassung, künftig zu schweigen. Jedenfalls in der Öffentlichkeit. Seine Collagen wurden so zu einem Dialog mit sich selbst. Zuerst verwendet er alte Kupfer- und Illustrationsstiche des 18. und 19. Jahrhunderts, später weicht er auf Reproduktionsfotos aus. Das ist der einzige vage Hinweis auf die Entstehungszeit, denn Roh hat seine Collagen nicht datiert.

Die schwarz-weißen Blätter zeigen witzige Tagträume und ironische Metamorphosen. Sie reizen die Phantasie, wecken eigene spielerische Bildassoziationen und lassen zwischen Gruseln und Lachen schwanken. „Trümmersymphonie" heißt ein Blatt, das kurz nach dem Krieg entstand. Es ist eine Huldigung an Rohs Wahlheimat München. Das Fragment einer Illustrierten-Schönen wächst aus den Trümmern, der Unterleib einer Balletteuse schwingt sich über diese Steinwüste, die von einem bayerischen Löwen bewacht wird.

Nicht alle Collagen sind vom gleichen Einfallsreichtum. Ein paar allerdings reichen durchaus an Max Ernst heran. Da dampft beispielsweise ein Eisenbahnzug, abendlich erleuchtet, durch die afrikanische Steppe, am Horizont flammt ein wilder Brand, in dessen Rauchwolken ein Frauenkopf aufsteigt. Im Vordergrund eine zweite Frau mit Blick auf den Zug. „Die Witwe" heißt das Blatt. Aber wer ist nun die Witwe? (Bis 27. Mai, anschließend Lindau, Katalog 28 Mark)

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Zerstören und erhalten – U. Rückriems „Teilungen" im Frankfurter Städel

Wie ein Obelisk am Museumsufer

Ulrich Rückriem ist für Frankfurt keine neue Erfahrung. Und der bescheiden-apodiktische Titel „Ulrich Rückriem – Skulpturen" für die Ausstellung im Städel scheint mehr zu versprechen, als dann gehalten wird. Denn im ganzen sind nur sechs Arbeiten zu sehen. In enger Zusammenarbeit zwischen Künstler und Museumsleitung – für Klaus Gallwitz und Ulrich Rückriem ist es die fünfte gemeinsame Ausstellung – entstand jedoch eine sehr pointierte, für diesen Ort speziell zugerichtete Werkschau, deren Gelingen sicher nur durch ein tiefes gegenseitiges Verständnis garantiert war. So wäre ohne die einfühlsame Übernahme von Rückriems Proportions- und Symmetrieverhältnissen und ohne den Einfluß seiner stark reduzierten, lapidaren künstlerischen Sprache auf das Ausstellungskonzept selbst die Wirkung dieser regelrechten Inszenierung sehr viel geringer.

Die Arbeiten des mittlerweile weit bekannten Bildhauers, zumal die ins Monumentale und zu architektonischen Gebilden sich steigernden der letzten Zeit, brauchen Raum. Der ist ihnen in Frankfurt gegeben. So hat die große Stele am Mainufer die gesamte Fassade des Gebäudes, der sie axial-symmetrisch zugeordnet ist, als großartige Kulisse zur Verfügung, und die zwei fast gleichen, sich gegenüberstehenden Granitblöcke im Garten entfalten ihre Kraft vor der ausgedehnten Rückfront. Die Bodenskulpturen im Innern wiederum scheinen sich der beiden Parterre-Hallen regelrecht zu bemächtigen. Rückriems „Ausdehnung" im Städel reicht bis zu zwei frühen Portraitbüsten im 1. Obergeschoß, die zum ständigen Ausstellungsinventar gehören.

Dieses verstreute, mit einem Blick nicht überschaubare Ausstellungskonzept, das den Besucher sozusagen auf die Suche schickt, tut Rückriems Arbeiten gut. Denn sie brauchen sowohl die Isolierung als auch die gestaltete, „zivilisierte" Umgebung, um ihre spezifische Dialektik entfalten zu können. Es sind ja keine spektakulären Überraschungseffekte, die diese konzentrierten Arbeiten auszeichnen, sondern ein leiser, intimer, geradezu ehrfurchtsvoller Dialog des Künstlers mit seinem Material.

Das Natürlich-Unbearbeitete und das Kultiviert-Geordnete sind dabei stets gleichgewichtig. Bereits von der gegenüberliegenden Main-Seite und von den Brücken aus markiert eine hoch aufragende Steinstele, die von weitem zunächst als unbearbeiteter Monolith erkennbar ist, das Gebäude am Museumsufer. Erst beim Herantreten werden die Eingriffe, die Arbeitsvorgänge des Künstlers sichtbar, die jene zehn Meter hohen Steinquadern zu einer Skulptur erheben. Ein Leitmotiv Rückriems seit vielen Jahren wird hier exemplarisch demonstriert: das der Teilungen. Seine Kunst besteht darin, die natürliche Einheit des Steines zu bewahren und zugleich aufzuheben. Das geschieht nicht zufällig, sondern nach klaren, klassisch anmutenden Proportionsverhältnissen – in diesem Fall sind es fünf gleiche Steinsegmente. Der unterste Steinquader wurde größtenteils in den Boden versenkt, wodurch das herausragende Viertel als eine Art bündige Sockelzone auszumachen ist.

Wirkte diese gewaltige Steinmasse von weitem als ein gegenstandsloses Monument, als eine Art Obelisk, so bietet die Nahsicht ein faszinierend lebendiges Wechselspiel: hier eine Vielzahl regelmäßiger kleiner Löcher – die Spuren des Bohrers und damit des Gestalters –, dort eine unregelmäßige Spaltader, die die Individualität des Steines vergegenwärtigt. Perfekt vereinen sich die positiven und negativen Steinsegmente erneut zu einem Ganzen. „Hellgrauer finnischer Granit" lautet sein Name.

So zurückhaltend wie die Titelgebung ist auch Rückriems künstlerische Sprache: behutsam, reduziert, gleichwohl der sogenannten Minimal-Art nur bedingt verwandt. Das „Steinerne" des Steins und das Kunstvolle der Kunst bleiben die zentralen Themen seines Schaffens. Es ist das Bestehen auf der sinnlich-elementaren Qualität des Materials einerseits und andererseits die eindeutige Hinwendung zum klassischen Maß und zur denkmalhaften Statuarik, zu gültigen Elementen großer Kunst also. Beides kommt in der Ausstellung hervorragend zur Geltung. (Bis 19. August, Katalog 20 Mark)

MARIANA HANSTEIN

JOURNAL

Zentralmuseum oder viele Heimatstuben?

DW. Mainz

Soll die Erinnerung an das kulturelle Erbe des deutschen Ostens in einem Zentralmuseum oder in einer Reihe von regionalen Erinnerungsstätten gepflegt werden? An dieser Frage schieden sich die Geister bei der Jahrestagung des Deutschen Museumsbundes, die bis Donnerstag in Mainz stattfindet. Der Vorsitzende des Museumsbundes, Christoph B. Rüger, wandte sich gegen das gegenwärtig „von Bund und Ländern praktizierte Gießkannenprinzip" vieler über die Bundesrepublik verteilter, kleiner Museen, die nichts anderes als „überdimensionierte Heimatstuben" seien. Demgegenüber gab der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, zu bedenken, daß sich Bundes- und Landesbehörden sowie die Repräsentanten der Vertriebenen gegen eine zentrale Einrichtung ausgesprochen hätten, weil dann alle Vertreibungsgebiete nur kurz behandelt werden könnten.

Intendantenwechsel in Essen und Ost-Berlin

dpa, Essen/Berlin

Manfred Mützel (41), bisher Generalintendant in Aachen, wird neuer Gesamtleiter der Bühnen der Stadt Essen. Sein Aachener Vertrag erlaubt es Mützel, das neue Amt sofort anzutreten. Er löst damit David Esrig bzw. (seit 8. Mai) Ilka Boll als kommissarische Leiter ab. In Ost-Berlin wird der Intendant der Deutschen Staatsoper, Hans Pischner, nach über 20jähriger Amtszeit mit Ende der laufenden Spielzeit aus gesundheitlichen Gründen ausscheiden. Zum Nachfolger wurde der bisherige Stellvertreter, Günther Rimkus, berufen.

Rathenow-Stück erstmals in der „DDR"

AFP, Leipzig

Der „DDR"-Schriftsteller Lutz Rathenow, dessen vier erste Bücher nur in der Bundesrepublik erscheinen konnten, wird am 3. Juni mit der Aufführung seines Stückes „Keine Tragödie" im Leipziger Studententheater seine „Heimatpremiere" erleben. Der 32jährige Autor sieht darin ein ermutigendes Zeichen, weil er erstmals einen für ihn wesentlichen Text in der „DDR" vorstellen kann. Die Leipziger Fassung ist jedoch erheblich über den ursprünglichen Text hinaus erweitert worden. Das Stück will politische Manipulation an Menschen – im offiziellen Programmheft heißt es: durch den „Imperialismus" – in grotesker Überhöhung zeigen. Nach Rathenow führe das Stück „jene vor, die sich widerspruchslos einordnen lassen in das Geflecht gesellschaftlicher Normen".

Lyrik-Seminar mit Günter Kunert

DW. Greifenberg

„Lyrik, Lyriker, Lyrikleser" heißt das Thema des 2. Literatur-Seminars, das die Kultur-Werkstatt am Ammersee, Greifenberg, vom 28. Mai bis 2. Juni veranstaltet. Die Leitung obliegt Günter Kunert. Das erste Literatur-Seminar mit dem Thema „Vom Handwerk des Schreibens und über die Kunst des Lesens" (Herbst 1983) hatte eine so große Resonanz, daß es vom 24. bis 28. September wiederholt wird.

Zehn Jahre Corinth-Preis

DW. Esslingen

Seit zehn Jahren verleiht „Die Künstlergilde" den Lovis-Corinth-Preis an Maler, Graphiker und Bildhauer, die durch ihr Leben und Wirken mit den deutschen Kulturlandschaften Mitteldeutschlands und des Ostens verbunden sind. Aus Anlaß dieses Jubiläums ist in der Villa Merkel in Esslingen bis zum 3. Juni eine Ausstellung der Preisträger zu sehen.



Verbindet den musikhistorischen mit dem ästhetischen Reiz: Frans Brüggen FOTO: WILLEM DIEPRAAM

Auf Harnoncourts Spuren: Frans Brüggen und seine originalen Klangbilder

Mit hell zirpendem Hammerklavier

Die Frage nach dem Sinn, Musik aus vergangenen Jahrhunderten mit authentischem und also nicht einem modernen Instrumentarium aufzuführen, ließe sich natürlich auch so stellen: Sollte man heute noch mit der Postkutsche über die Alpen fahren und die Butter vors Fenster statt in den Eisschrank stellen?

So sind denn auch die meisten Bemühungen um ein originales Klangbild mehr von musikhistorischem als von ästhetischem Reiz. Kluge Leute haben dafür stets plausible Argumente zur Hand. Etwa Nikolaus Harnoncourt, wenn er meint, daß jede Zeit genau jene Instrumente besaß, die der Musik der jeweiligen Epoche am besten gerecht wurden.

Einmal mehr kann jetzt vor Ort überprüft werden, inwieweit solche Behauptungen berechtigt sind. Der holländische Flötist Frans Brüggen ist derzeit mit seinem „Orchester des XVIII. Jahrhunderts" auf Deutschland-Tournee. Das Ensemble, 1981 gegründet und in Amsterdam beheimatet, besteht aus gut drei Dutzend Musikern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Werke von Haydn, Mozart und Beethoven so zu interpretieren, wie es zu Lebzeiten der Komponisten üblich war. Wenn auch Brüggens Dirigierbewegungen an Ungelenkigkeit kaum zu überbieten sind, so werden sie doch vom Orchester in ihrer Bedeutung genau verstanden.

Haydns Sinfonie Nr. 90 macht einen respektablen Eindruck. Zwar irritiert anfangs der etwas „seifige" Streicherton, doch immerhin: Die holländischen Musiker sind mit bemerkenswerter Frische und Souveränität am Werk. Ihnen mißlingt technisch weit weniger als anderen Ensembles, die auf authentischen Instrumenten spielen. Den Holzbläsern und Hörnern kann man sogar bescheinigen, daß sie ausgesprochen virtuos agieren.

In Beethovens 1. Sinfonie, die zum Höhepunkt des Münchener Tourneebeginns wurde, imponieren die Tempi, die straff sind bis an die Grenze der Spielbarkeit, vom Orchester aber ohne Mühen bewältigt werden. Daß das aufgelichtete Klangbild sinfonischen Nebel verhindert, vernahm man dankend.

Wo solch historischem Musizieren Grenzen gesetzt sind, das zeigte indessen Mozarts Klavierkonzert KV 491. Abgesehen davon, daß der amerikanische Solist John Gibbons alles andere als ein begnadeter Mozartpianist zu sein scheint, ist der dünne, zirpende Klang des Hammerklaviers nun wirklich nicht dazu geeignet, einem Bösendorfer-Flügel das Wasser zu reichen. Auch wenn es Mozart nicht anders kannte: Wer tuckert heute schon noch mit einem Propellerflugzeug über den großen Teich?

HANS MARTIN

Weitere Konzerte: Heute in Köln, 24. 5. Bremen, 25. 5. Hamburg, 27. 5. Bonn.

Flucht der Gangster endete in Bremen

Geiselnehmer gefaßt / Coup von langer Hand vorbereitet?

AP, Celle

Die beiden mutmaßlichen Geiselnehmer, der 27jährige Peter Strüdinger und der 32jährige Norman Kowollnik, die am Montag morgen in der Justizvollzugsanstalt Celle 1 einen Justizbediensteten in ihre Gewalt genommen hatten und mit 300 000 Mark durch Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen geflüchtet waren, sind gestern mittag in Bremen festgenommen worden.

In dem Geiseldrama hatten die beiden entflohenen Strafgefangenen gestern vormittag eine ihrer beiden Geiseln freigelassen. Wie die Polizei in Celle mitteilte, wurde der 37 Jahre alte Justizbeamte Martin T., mit dem sie aus der Haftanstalt Celle entkommen waren, in der Nähe von Diepholz (Niedersachsen) gefunden. In der Gewalt der beiden Häftlinge befand sich daraufhin weiterhin noch ein Mann, den die Gangster im Lauf der Nacht in Osnabrück als Geisel genommen hatten. Eine Großfahndung der Polizei im Raume Münster/Osnabrück war indes erfolglos geblieben. Die beiden Flüchtigen hatten sich in halsbrecherischer Fahrt den Verfolgern entziehen können.

Das Geiseldrama hatte am Montag morgen in der Celler Vollzugsanstalt I begonnen. Ein 27jähriger mehrfach vorbestrafter und zuletzt zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilter Gefangener hatte zusammen mit einem 32 Jahre alten Komplizen den Vollzugsbeamten mit Hilfe einer selbstgebauten Schrotflinte in seine Gewalt gebracht.

300 000 Mark und ein schnelles Auto

Die beiden Häftlinge verbarrikadierten sich mit ihrem Opfer in einem Wachraum, der nur von innen geöffnet werden konnte und zu dem es keinen Sichtkontakt gab. Über Telefon forderten sie 300 000 Mark Lösegeld und ein schnelles Fluchtauto. Anderenfalls würde die Geisel erschossen und zusätzlich eine Sprengladungen gezündet.

Gegen 23.00 Uhr stellte die Polizei das Geld zur Verfügung und führte die beiden Gangster und ihre Geisel zu einem vor dem Gefängnis bereitgestellten BMW. Mit diesem Wagen rasten die Männer davon. Der Vollzugsbeamte, dem die beiden Flüchtlinge den Sprengstoff um den Hals gebunden hatte, mußte das Auto steuern.

Zunächst konnte die Polizei das Fluchtauto verfolgen. Die Fahrt ging über Hannover in Richtung Bremen, dann nach Osnabrück. Hier steuerte der Wageo zu mitternächtlicher Stunde das Krankenhaus an. Der Haupttäter schien sich in der Umgebung bestens auszukennen.

Nebel verhinderte die Verfolgung

Als bald darauf ein privater BMW 323i (Kennzeichen nach Angaben der Polizei ST – WW – 89, Farbe Rot) vorfuhr, dessen Fahrer einen Patienten in der Ambulanz des Krankenhauses ablieferte, schnappten sie sich diesen Fahrer und zwangen ihn, in seinem eigenen Wagen die Flucht fortzusetzen.

Mit den beiden Ausbrechern und nunmehr zwei Geiseln an Bord ging es zunächst nach Bad Iburg. Hier verlor die Polizei wegen dichten Nebels den neuen Fluchtwagen aus den Augen. Wenig später wurde das Fahrzeug dann bei Münster wieder gesichtet. Offenbar ging die Fahrt anschließend in Richtung Norden. Diepholz liegt auf halber Strecke zwischen Osnabrück und Bremen.

Nicht mehr auszuschließen ist, daß es sich bei der zweiten Geisel um einen Komplizen handelt. Nach Auskunft des Osnabrücker Ambulanzpersonals soll sich der Mann freiwillig als Geisel zur Verfügung gestellt und den Koffer mit dem Lösegeld von einem Auto zum anderen getragen haben. Die Polizei war von vornherein davon ausgegangen, daß es sich bei dem Geiseldrama um ein von langer Hand vorbereitetes Ganovenstück handeln dürfte.

Der freigelassene Vollzugsbeamte, den die Entführer mit Handschellen an einem Baum bei Diepholz gefesselt hatten, ist nach Angaben der Polizei unverletzt aufgefunden worden.

Schweres Beben in China

Experten verblüfft über Standort des Epizentrums

AP/rtr, Peking

Die südchinesische Provinz Jiangsu ist in der Nacht zum Dienstag von einem schweren Erdbeben mit der Stärke 6,2 auf der Richterskala heimgesucht worden. Menschen kamen offenbar nicht ums Leben. Auch größere Sachschäden wurden bisher nicht gemeldet. Das Epizentrum lag 120 Kilometer nordöstlich der Küstenstadt Rudong im Gelben Meer.

In der Zwölf-Millionen-Stadt Shanghai waren die Erschütterungen nach Auskunft des stellvertretenden US-Konsuls Wiedemann noch stark genug, „um die Bilder an den Wänden schepppern zu lassen". In Nanjing stürzten die Einwohner auf die Straße, als das Beben nachts um 23.37 Uhr einsetzte.

Das Beben von Jiangsu hat die Experten überrascht. In geschichtlicher Zeit haben sich in dieser Region, die das Mündungsgebiet des Yangtze umfaßt, lediglich vier schwerere Beben ereignet, davon allerdings kein einziges mehr in der Neuzeit. Das jüngste heftige Beben in China fand in der nordchinesischen Provinz Shandong im vergangenen November statt, wo mindestens 326 Menschen ums Leben kamen und 2800 verletzt wurden. In der Region forderte auch die verheerende Katastrophe von 1976 mehr als eine Viertelmillion Opfer. Genaue Zahlen sind nie ermittelt worden. Westliche Experten gehen von 400 000 bis 750 000 Opfern aus.

Ein Jahr zuvor wär es chinesischen Experten zum ersten Male gelungen, ein Beben nach Zeit und Ort vorherzusagen. Die Bevölkerung konnte rechtzeitig evakuiert werden. Die Erdbebenforschung, die auch in den USA und in Italien mit Hochdruck betrieben wird, ist in China relativ weit fortgeschritten und schließt meteorologische Anzeichen, Erfahrungen aus der Verhaltensforschung bei Tieren und geologische Erkenntnisse ein.

In Berichten über Erdbeben wird die Stärke der Erdstöße in nüchternen Zahlen registriert. Die Meßarten, die Richter- und die Mercalliskala, sagen dem Laien dabei meistens wenig. Die nach oben offene Richterskala beschreibt die Stärke des Stoßes im unterirdischen Herd, die zwölfstufige Mercalliskala trifft Aussagen über seine Wirkung. Jeder Punkt der Richterskala bedeutet dem Vorpunkt gegenüber eine zehnfache Verstärkung. Diese Meßmethode ist jedoch nur aussagekräftig, wenn die Tiefe des Herdes bekannt ist. Die Mercalliskala umfaßt die Stufen eins („unmerklich") bis zwölf („verheerende Katastrophe"). Die jüngsten italienischen Beben erreichten auf dieser Skala acht Punkte, wohingegen für das chinesische Erdbeben von 1976 die Höchstpunktzahl gemessen wurde.



Jahrzehntelang aus den Schlagzeilen verschwunden, aber immer noch an der Aufklärungsfront tätig: die U 2. Einsätze über dem feindlichen Ausland sind inzwischen allerdings überflüssig geworden. FOTO: DPA

Die sagenhafte U 2 ist immer noch im Dienst

24 Jahre nach dem Abschuß dieses Typs macht der US-Aufklärer durch einen Absturz wieder von sich reden

RÜDIGER MONIAC, Bonn

24 Jahre liegen zwischen den Ereignissen, in die jeweils das sagenumwobene amerikanische Aufklärungsflugzeug vom Typ U 2 verwickelt war. Was gestern morgen über Südkorea mit der U 2 geschah, ist im Vergleich mit dem Vorgang vom Mai 1960 nachgerade unbedeutend. Diesmal stürzte ein Flugzeug dieses Typs bei einem Routineflug, wie ein US-Luftwaffensprecher mitteilte, in der Nähe von Osan südlich von Seoul ab. Der Pilot überlebte.

Am 2. Mai 1960 stürzte ebenfalls eine U 2 ab, allerdings nicht aufgrund eines technischen Fehlers, sondern getroffen von einer sowjetischen Luftabwehrrakete. Gary Powers, der amerikanische Offizier im Cockpit des seinerzeit modernsten Aufklärungsflugzeuges, hatte den Auftrag, Militäranlagen in der Sowjetunion aus großer Höhe zu fotografieren. Eine sowjetische Rakete mit Hitzesuchkopf traf seine Maschine. Powers, inzwischen verstorben, konnte sich retten. Der damalige KP-Generalsekretär Chruschtschow nutzte den Abschuß, um sein in Paris geplantes Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower platzen zu lassen. Vorgeplänkel für ein Kräftemessen zwischen den beiden Supermächten, das im November 1962 in die Kuba-Krise führte, die erste Konfrontation der beiden Atommächte, die die Welt erschütterte.

Das Ereignis dieser Woche zeigt aber, daß die U 2, obwohl in ihrer Konzeption als Aufklärungsflugzeug längst veraltet, den US-Streitkräften weiter gute Dienste leistet. Auch heute noch machen die USA mit diesem Typ, wie es Fachleute ausdrücken, strategische Aufklärung. Allerdings dringt die Maschine dazu nicht mehr auf fremdes Territorium vor. Sie operiert in Höhen von über 20 Kilometern und kann von diesem „Hochsitz" aus mit ihren „Sensoren" tief in jedes Territorium hineinblicken und -horchen. Großräumige Bewegungen von Streitkräften in der Größenordnung von Divisionen bleiben dem schwarzgestrichenen Späher mit dem Aussehen eines großen Segelflugzeugs nicht verborgen. Das gehört in Korea zu ihren Hauptaufgaben.

Sie hat sich damit in den letzten zwei Jahrzehnten sehr verlagert. Dies aber ist der stürmischen Entwicklung der Satellitentechnik zu verdanken, ohne die die gegenseitige Überwachung der Weltmächte heute nicht mehr denkbar wäre. Schon vor dem spektakulären Abschuß der U 2 hatte der CIA die eigene Regierung davon überzeugt, daß die von Flugzeugen gelieferten Aufklärungsergebnisse auf lange Sicht nicht ausreichen würden, um die Entwicklung der sowjetischen Streitkräfte zuverlässig analysieren zu können. Aber waren es nicht die USA, die den ersten Schritt in den Weltraum taten. Als am 4. Oktober 1957 die Sowjetunion den ersten künstlichen Erdtrabanten „Sputnik 1" in eine Umlaufbahn schoß, hielt die Welt den Atem an. Dies Ereignis beschleunigte die Entwicklung von US-Satelliten um einiges.

Soweit sich die Supermächte heute in die Karten schauen lassen, läßt sich sagen, daß die moderne Aufklärungstechnik aus dem Weltraum einen Stand kaum mehr überbietbarer Schnelligkeit und Präzision erreicht hat. Das gilt jedenfalls mit Sicherheit für die USA. Ohne mit der Souveränität des überflogenen Landes in Konflikt zu geraten – der Weltraum gilt als frei wie der Ozean –, umkreisen Foto-Satelliten die Erde. Ihre Umlaufbahn führt über beide Pole, so daß sie alle 24 Stunden dasselbe Erdgebiet fotografieren können.

Eine Videokamera mit Zoomobjektiv überträgt die aufgenommenen elektronischen Bilder über eine von anderen Satelliten gebildete Relaisstrecke direkt zum Boden und von da aus direkt ins globale Lagezentrum. Mit Computern werden die elektrischen Signale vom technisch nicht vermeidbaren Rauschen „gesäubert", gespeichert und im Bedarfsfall auf große Darstellungsgeräte projiziert. Die Anlagen sind inzwischen derart hochentwickelt, daß der Computer von sich aus auf Veränderungen hinweist.

Arztbesuch zur Arbeitszeit kann Geld kosten

dpa, Kassel

Arbeitnehmer, die während der Dienstzeit einen Arzt aufsuchen, haben nicht in jedem Fall Anspruch auf Lohnfortzahlung. Wenn die Erkrankung keine Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat und lediglich die Termingestaltung des Arztes den Lohnausfall verursacht, geht nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts der Besuch zu Lasten des Arbeitnehmers. (AZ 5 AZR 455/81 v. 29. Februar 1984). Die Richter wiesen die Revisionsklage eines Fräsers zurück, der für einen Zahnarztbesuch seine Arbeit für knapp zwei Stunden versäumt hatte. Er verlor fünf Tage zuvor aus einem Zahn eine Plombe und hätte einen Termin außerhalb der Arbeitszeit erst drei Wochen später bekommen können. Die Kasseler Richter hoben hervor, daß das Lohnfortzahlungsgesetz und die tarifvertraglichen Regelungen diesen Fall nicht abdeckten. Sie hätten nur für Erkrankungen, die während oder kurz vor der Arbeit aufgetreten seien, Gültigkeit.

Großstadtdschungel

SAD, Wien

Mit einem immergrünen licht- und luftdurchlässigen Pflanzennetz will der Wiener Architekt Franz Fehringer ganze Straßenzüge überdachen, um mit Hilfe dieser natürlichen „Abgasmaske" zur Verbesserung der Lebensqualität von Großstadtbewohnern beitragen.

Pech für Bienen

dpa/SAD, New York/Nancy

Im US-Bundesstaat Lousiana verunglückte ein Lastzug mit einer Ladung von 18 Millionen Bienen. Das Volk hing in einer zwölf Meter langen Wolke summend über der Unfallstelle. Bei Luneville in Ostfrankreich vernichtete ein Insektenvertilgungsmittel den Bestand von 500 Bienenkörben, rund zehn Millionen Bienen.

Gewohnheitsfahrer

dpa, New York

Am Sonntag, als die Verkehrsbehörde von Miami die Bürger der Stadt zu einer freien Fahrt mit der neuen Schnellbahn einlud, hatten sich über 100 000 in die silberglänzenden Wagen gedrängt. Am Montag morgen saßen im ersten regulären Zug ganze fünf Fahrgäste und zwei Beamte. Die Straße parallel zum Schienenstrang bot das gewohnte Bild: Meilenweite Blechschlangen.

Mörder wird Pfarrer

rtr, Edinburgh

Der 39jährige James Nelson, Mörder seiner Mutter und seit neun Jahren in Haft, darf Pfarrer der Kirche von Schottland werden. Deren ehemaliges Oberhaupt, James Matheson, zu der Entscheidung: „Wir glauben, daß Gott all denen vergibt, die wahrhaft bereuen, wie groß ihre Sünden auch gewesen sein mögen."

LEUTE HEUTE

Neue Hüllen

Gegen die Toilette der **Carringtons** aus Denver wirkten die **Ewings** aus Dallas geradezu ärmlich. Das soll sich ändern. Für den Bildschirm-Clan engagierte die Produktionsgesellschaft Lorimar den Ex-Modeschöpfer von Marilyn Monroe, **William Travilla** (59). Seine Kreationen waren ferner in den „Liebesabenteuern des Don Juan" 1949 bereits einen „Oscar" und 1980 einen „Emmy" des amerikanischen Fernsehens wert.

In der Sackgasse

Carl Bernstein, als Reporter der „Washington Post" durch die Aufdeckung des Watergate-Skandals zu Weltruhm gekommen, ist arbeitslos. Die mächtige US-Fernsehgesellschaft ABC hatte Bernstein 1981 zu ihrem Washingtoner Bürochef ernannt – mit 400 000 Mark Jahressalär. Bereits ein Jahr später wurde er als Chef schoo wieder abgesetzt, erhielt nominell aber einen anderen Posten, auf dem ihm jetzt gekündigt wurde. Der Zeitungsmann Bernstein erwies sicb dem Fernsehjob nach Ansicht der ABC nicht gewachsen. Schon seine frühere Frau, die Schriftstellerin **Nora Ophron**, charakterisierte ihn in ihrem Buch wenig schmeichelhaft.

Mutterglück

Patricia „Patty" Hearst (29), Verlegerstochter mit zwiespältiger Vergangenheit als Terroristin, erwartet ihr zweites Kind. Ihr Mann **Bernhard Shaw**, ehemaliger Polizist und Leibwächter der Milliardenerbin, avancierte inzwischen im Konzern des Schwiegervaters zum Sicherheitschef.

Anita Garibaldi Jollet FOTO: AP

Giuseppe Garibaldi FOTO: RÖHNERT



Anita Garibaldi Hibbert FOTO: AP

Streit der Garibaldis ergötzt ganz Italien

KLAUS RÜHLE, Rom

Italiens Nationalheld Giuseppe Garibaldi, zu Lebzeiten als Sanguiniker gefürchtet, wäre als Zeuge des wilden Streits zwischen zwei seiner Urenkelinnen wahrscheinlich explodiert. Beide tragen den Vornamen Anita zu Ehren ihrer Urgroßmutter, der Brasilianerin Anita Ribeiro da Silva, Garibaldis todesmutiger Mitstreiterin und erster Gattin.

Giuseppe Garibaldi, dem Italien seine Einigung verdankt, wird im Volksmund „der Held der beiden Welten" genannt, weil er vor dem siegreichen Befreiungskampf in seiner Heimat eine abenteuerliche revolutionäre Karriere in Südamerika hinter sich hatte. Aus seiner Ehe mit Anita stammten Menotti, Teresita und Ricciotti Garibaldi. Ricciotti hatte 10 Kinder, darunter Sante und Ezio, die Väter der beiden heute zerstrittenen Anitas.

Der Ärger begann damit, daß Italiens Republikanische Partei Anita Garibaldi-Jollet in ihre Kandidatenliste für die bevorstehenden Wahlen zum Europa-Parlament aufnahm. Hiergegen polemisierte kein Geringerer als der sozialistische Parteisekretär und derzeitige Ministerpräsident Bettino Craxi. Er erklärte, die einzig qualifizierte Anita Garibaldi sei die sozialistische Kongreßdelegierte Anita Garibaldi-Hibbert, Tochter von Ezio. Besagte sozialistische Anita griff ihrerseits die republikanische Cousine heftig an und bestritt deren italienische Staatsangehörigkeit. Sie habe nach ihrer Eheschließung mit Monsieur Jollet das Recht verloren, für Italien in das Straßburger Parlament einzuziehen, zumal obendrein in ihren Adern kein echtes Garibaldi-Blut rolle. Onkel Sante habe sie nicht gezeugt, sondern adoptiert.

Empört erwiderte die derart angegiftete andere Anita: „Meine Cousine muß einen Sonnenstich bekommen haben. Bis vor kurzem waren wir noch befreundet. Jetzt faselt sie ein Zeug zusammen, daß einem angst und bange werden kann." In ihrer Entgegnung stellt sie fest, sie habe – erstens – nie auf ihre italienische Staatsangehörigkeit verzichtet, sei – zweitens – eine richtige und keineswegs adoptierte Tochter von Sante Garibaldi, dem Widerstandskämpfer, den die Gestapo 1942 verhaftet und deportiert habe.

Ihr Vater sei nach seiner Befreiung an den Folgen der KZ-Haft gestorben und habe von der französischen Regierung den Generalsrang „post mortem" verliehen bekommen. Drittens kenne man sie seit vielen Jahren als militante Kämpferin der Europa-Bewegung, weshalb sie mit Fug und Recht auch für dieses Parlament kandidiere.

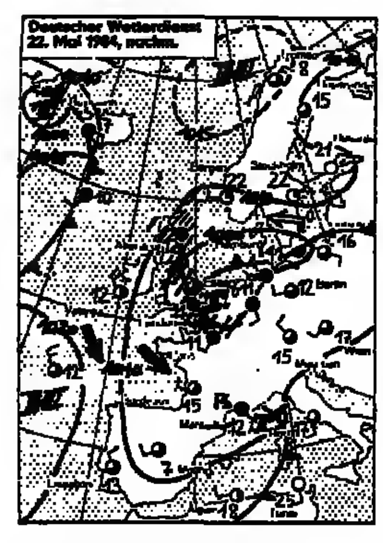
Die Parteiblätter der Sozialisten und der Republikaner in Italien nehmen emsig an dem Amazonen-Kleinkrieg Anteil. Sie verherrlichen jeweils die patriotische Vergangenheit der beiden Anita-Väter, des Ezio in Italien und des Sante in Frankreich. Auch Ezio soll, wie sich nunmehr herausgestellt hat, analog zu Sante in die Fänge der Gestapo gefallen sein. Welcher der beiden Patrioten mehr Ruhm im Kampf gegen Nazis und Faschisten verdient, bleibt offen. Offen bleibt auch – wenigstens bis zur Wahl –, welche der beiden streitbaren Anitas im Endeffekt das Erbe des heroischen Uropas besser zu verwerten verstand.

ZU GUTER LETZT

„Rheinländer gehen schon lange aufrecht" – Überschrift in der „Süddeutschen Zeitung" zu Funden von einer Million Jahre alten Spuren bei Koblenz.

WETTER: Freundlich

Wetterlage: Während der Norden Deutschlands anfangs noch von den Wolkenfeldern einer über Dänemark nordwärts ziehenden Störung beeinflußt wird, setzt sich von Süden her leichter Zwischenhocheinfluß durch.



Vorhersage für Mittwoch

Bundesgebiet und Berlin: Im Norden anfangs noch stärkere Bewölkung, aber kaum Regen. Im Tagesverlauf auch hier, wie schon in den übrigen Landesteilen, wolkig mit zunehmenden Aufheiterungen und, von einzelnen leichteo Schauern abgesehen, trocken, im Alpenvorland Föhn. Tageshöchsttemperaturen im Nordeo um 15 Grad, im Süden um 20 Grad. Schwacher, tagsüber mäßiger Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten

Von Südosten her aufkommende Bewölkung und nachfolgend Regen bei wenig geänderten Temperaturen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	34°
Bonn	11°	Kopenhagen	18°
Dresden	12°	Las Palmas	19°
Essen	11°	London	11°
Frankfurt	12°	Madrid	7°
Hamburg	11°	Mailand	16°
List/Sylt	16°	Mallorca	18°
München	15°	Moskau	21°
Stuttgart	15°	Nizza	16°
Algier	16°	Oslo	22°
Amsterdam	11°	Paris	11°
Athen	24°	Prag	11°
Barcelona	15°	Rom	17°
Brüssel	12°	Stockholm	22°
Budapest	16°	Tel Aviv	31°
Bukarest	25°	Tunis	25°
Helsinki	21°	Wien	17°
Istanbul	26°	Zürich	16°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.19 Uhr, Untergang: 21.19 Uhr, **Mondaufgang:** 3.27 Uhr, Untergang: 14.16 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Eppstein hat Schock überwunden

Ein Jahr nach den Todesschüssen: Nur verletzter Lehrer immer noch dienstunfähig

dpa, Eppstein

Von einem „Wunder" spricht Franz-Adolf Gelhaar, wenn der beim Amoklauf in der Eppsteiner Freiherr-vom-Stein-Schule schwer verletzte Lehrer die Vorfälle des 3. Juni 1983 und sein Überleben schildert. Knapp zwölf Monate nach dem Massaker in dem Taunus-Städtchen, bei dem Gelhaars Kollege Hans-Peter Schmitt, der Polizist Gisbert Beck und die Schulkinder Stephanie Hermann (12), Javier Martinez (11) und Gabriele Siebert (12) von den Kugeln des Exil-Tschechoslowaken Karel Charva tödlich verletzt worden waren, betrat der Pädagoge zum ersten Mal seit dem tragischen Vorfall wieder seine Schule, obwohl er nach wie vor dienstunfähig ist. Die Heilung erscheint ihm als „Geschenk des Himmels".

Wieder Operation

Das Bewußtsein, Verletzungen von acht Kugeln überlebt zu haben, mildert auch die Furcht vor einer weiteren Operation, die an seinem linken Arm nötig geworden ist. Gestern mußte der 47jährige, der seit der Bluttat des offensichtlich geistesgestörten Charva bereits fünf Monate im Hospital verbracht hat, daher das Krankenhaus erneut aufsuchen. Ob er seinen Beruf überhaupt je wieder ausüben kann, ist noch unklar.

Nach den Worten von Schulleiter Willi Belz sind auch die bei dem Anschlag verletzten acht Kinder wieder gesund. Lediglich einer der Schüler müsse wegen einer Beinverletzung noch eine Schiene tragen. In der Schule, die von 700 Kindern besucht wird, „beherrscht das Problem den Alltag nicht mehr", meint Belz. Einzelne Schüler litten allerdings immer noch unter den Folgen der damaligen Ereignisse.

Gehlhaar wie Belz betonen übereinstimmend, den Opfern des von keinem erkennbaren Motiv getragenen Amoklaufs sei großzügig geholfen worden. Unter anderem wurden Erholungsaufenthalte für Kinder und ihre Eltern organisiert, Psychologen zugezogen sowie nach einem Besuch des Kultusministers Hans Krollmann zwei neue Lehrer eingestellt, um die pädagogischen Schwierigkeiten und das Leistungsdefizit in der betroffenen Jahrgangsstufe aufzufangen. Von den rund 100 000 Mark an Spenden kam eine sogar als Pfundnote in einem Brief aus Schottland.

Die beiden Pädagogen machen jedoch auch klar, daß der Schock nach der Tat ohne Selbsthilfe, gegenseitigen Zuspruch und Zusammenhalt von Lehrern, Eltern und Schülern nicht zu bewältigen gewesen wäre. Vor allem Gelhaar läßt keinen Zweifel daran, daß er auch heute noch auf die Hilfe seiner Frau, seiner Freunde, seiner Verwandten und auf die Aufmerksamkeiten seiner Schüler angewiesen ist, um die Nachwirkungen des schrecklichen Erlebnisses bewältigen zu können.

Zorn auf die Presse

Der zurückhaltende und ruhige Lehrer wirkt lediglich aufgeregt, wenn die Rede auf das Verhalten der Presse in der Zeit nach dem Amoklauf kommt. „Wie eine Schar von Geiern" habe sie sich auf die Angehörigen der Opfer gestürzt, meint Gelhaar dazu. Viele seiner Leidensgenossen, die bereits Abstand zu dem Ereignis gewonnen hätten, könnten ihres Zorns und ihrer Bestürzung über die Praktiken einzelner Presseorgane heute noch nicht Herr werden.

Heißer Tip aus den USA

Hamburger Spezialgruppe gelang Rekord-Kokainfang

HORST DALCHOW, Hamburg

Hamburg wird immer mehr zum Einfallstor für riesige Mengen von Rauschgift aus Südamerika. Die Polizei bildet eine spezielle „Ermittlungsgruppe Kokain", um der verhängnisvollen Entwicklung zu begegnen. Am 16. Mai hatten die Beamten der Polizei und der Zollverwaltung, wie erst jetzt bekannt wurde, ihren ersten spektakulären Erfolg: Mit Unterstützung des Bundeskriminalamtes (BKA) fanden sie die größte Menge Kokain, die jemals in einer Einzelaktion in Deutschland beschlagnahmt wurde. Die Pakete mit insgesamt 47 Kilogramm des weißen Pulvers im Wert von 14 Millionen Mark waren in den Lüftungsschächten eines Frachtschiffs zwischen der Außenwand und dem Isolationsmaterial versteckt. Fünf Mitglieder der Besatzung sowie die Empfänger – zwei Bolivianer – wurden festgenommen. Eine Zolldienststelle der USA hatte die Hamburger Kollegen auf den Dampfer aufmerksam gemacht. Das 11 000 BRT große bolivianische Schiff hatte zuvor in Rotterdam festgemacht und in Bremen, wo die Kontrolle der Polizei „routinemäßig" erfolgt war, 38 188 Sack Kaffee gelöscht.

Nach den bisherigen Ermittlungen scheint festzustehen, daß der „Schnee" nicht für den deutschen Markt bestimmt war. Die noch unbekannten Drahtzieher hatten den Hamburger Freihafen lediglich als Tansitstation benutzen wollen. Die im Januar 1984 gebildete Spezialtruppe hatte vor dem großen Schlag bereits fünf Kilo Kokain auf anderen Schiffen beschlagnahmt. Für die Polizei ist trotz aller Erfolge bisher nur „die Spitze eines Eisbergs" sichtbar geworden. Nach Erkenntnissen des BKA werden in jedem Jahr rund 500 Tonnen Kokain produziert – vorwiegend in Südamerika. Die „beinahe unangreifbar" gut organisierten Produzenten und Händler können diese Mengen nicht mehr in den USA absetzen und werden daher auch in Europa immer aktiver. Der Schmuggel durch Flugpassagiere spiele längst nur noch eine untergeordnete, die Schiffahrt eine um so größere Rolle.

1983 wurden allein in der Bundesrepublik Deutschland 106 Kilo Kokain sichergestellt, im Jahr davor lediglich 32. Die Polizei erhofft sich weitere Erfolge dank einer verbesserten Zusammenarbeit mit südamerikanischen Kollegen.